

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidenten der Stadt Leipzig und des Stadtrats zu Großsch.

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Bestellgeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. Telefon Sammelnummer 72206 — **Postfachkonto Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72206. — **Verlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 72206

Inseratenpreise: Die 10gepalt. Kolonelle 35 Pf., bei Platzvorrat 40 Pf.
Stellenangebote 10gep. Kolonelle 25 Pf., Familienanzeigen von Privat
die 10gep. Kolonelle mit 50% Nachsch. Kellereizeile 2 Mk., Inserate v. ausm.
die 10gep. Kolonelle 40 Pf., bei Platzvorrat 50 Pf., Kellereizeile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigstellen und alle Postanstalten entgegen

Die Finanzpläne über Thoiry.

Neue Projekte.

Der Soz. Pressedienst teilt mit:
Der Thoiry-Ausschuss der Reichsregierung nahm am Montag nachmittags in einer zweistündigen Sitzung die Berichte für eine deutsche Hilfe bei der Sanierung des französischen Frank in Frage kommenden Ministerien entgegen. Der Ausschuss wird die eingeleitete Diskussion über diese Berichte in den nächsten Tagen fortsetzen.
Der Sinn dieser Beratungen ist, einen neuen Weg über die finanzielle Hilfe Deutschlands bei der Sanierung des französischen Frank zu suchen, nachdem der bisherige Plan, einen Teil der deutschen Eisenbahnobligationen zu mobilisieren und dadurch von der Gegenseite politische Zugeständnisse im Westen zu erzielen, aus wirtschaftlichen Gründen zunächst zurückgestellt worden ist. Vorläufig steht wieder der Plan einer Auslandsanleihe im Vordergrund, die von dem Reparationsagenten aufgenommen werden müsste und für deren Sicherheit ein Teil der Eisenbahnobligationen in Höhe von 5 bis 6 Milliarden Mark zur Verfügung zu stellen wäre. Diese Anleihe wird auf 3 bis 4 Milliarden Mark bemessen. Auch diesem Plan stehen große Schwierigkeiten entgegen. Sie liegen hauptsächlich darin, daß durch ihn etwa die Hälfte der Eisenbahnobligationen festgelegt würde und so für eine spätere Gesamtlösung der Reparationsfrage nicht mehr in Frage kommen könnte.

Aus dieser Mitteilung ist zunächst mit Klarheit ersichtlich, daß die geplante Mobilisierung der Eisenbahnobligationen für die finanzielle Rechnung von Thoiry die Schwierigkeiten nicht hat überwinden können. Wir haben des Öfteren gezeigt, wo diese liegen. Abgesehen von der technischen Schwierigkeit sind die amerikanischen Hindernisse nicht überbrückt worden: Frankreich hat immer noch nicht seine Schuldenregelung mit Amerika beglichen.

Aber auch eine andere Form der deutsch-französischen Finanzpläne bleibt an amerikanischen Voraussetzungen gebunden. Es ist nicht aus der obigen Mitteilung ganz klar, in welcher Weise man nunmehr die Finanzfrage von Thoiry lösen will. Die obige Mitteilung läßt die Bewertung der Eisenbahnobligationen ziemlich undeutlich erscheinen. Einiges Licht kommt in diese Pläne durch Mitteilungen, die der Petit Parisien macht. Hiernach sollen die finanziellen Probleme der deutsch-französischen Verständigung drei Projekte enthalten:

1. Den Verkauf der Eisenbahnobligationen.
2. Aufnahme einer deutsch-französischen Anleihe unter Verpfändung der Eisenbahnobligationen.

3. Eine sogenannte Anleihe der deutschen Befreiung, die in Deutschland selbst ausgegeben werden soll.

Nach der Mitteilung der Reichsregierung sieht es jetzt also so aus, als ob der erste Plan ins Wasser gefallen sei und man jetzt bei der Erörterung des zweiten stehe. Zu diesem zweiten Plan weiß der Petit Parisien mitzuteilen, daß eine gemeinsame deutsch-französische Anleihe zu 8 oder 9 Prozent und zum Parikurs mit einer Anleihehöhe von 5 bis 6 Milliarden beabsichtigt sei. Die 11 Milliarden Eisenbahnobligationen sollen als Hypothek dienen. Hierfür wäre selbstverständlich auch die Zustimmung des Reparationsagenten nötig. In welcher Weise man diesen zweiten Plan praktisch zur Durchführung bringen will, lassen die Mitteilungen des Petit Parisien nicht erkennen: Es ist die auch hierbei nicht unwichtige Frage immer noch ungelöst, ob die anderen Staaten in irgendeiner Form ihre Reparationsanteile zur Geltung bringen werden, d. h. ob sie bereit sind, die gesamte mobilisierte Masse Frankreich zu überlassen, oder ihm nur die 54 Prozent nach dem revidierten Reparationsverteilungsschlüssel zuzugestehen. Zu dem Artikel des Petit Parisien wird von offiziöser französischer Seite zwar erklärt, daß es sich um bloße „Kombinationen“ handle; es besteht jedoch zwischen ihm und der Mitteilung der Reichsregierung ein so auffälliger Zusammenhang, daß man die Auslassung des Petit Parisien etwas ernster zu nehmen hat, als man dies darzustellen beliebt. Jedenfalls bleiben auch weiterhin eine ganze Reihe von Schwierigkeiten und Hemmnissen zu überwinden, bis die deutsch-französische Verständigung ihre finanzielle Lösung erfährt.

Fortschreibung der Unterredungen Hoeschs mit Briand.

III. Paris, 1. November.

Zu den deutsch-französischen Annäherungsverhandlungen will der Paris midi wissen, daß Reichsminister v. Hoesch aus Berlin neue Instruktionen erhalten werde, und zwar für seine für den kommenden Mittwoch festgesetzte Unterredung mit Briand. Sonst behauptet das Blatt noch, daß die deutschen politischen Kreise hinsichtlich der Politik von Thoiry einen Fortschritt verzeichnen zu können glauben.

Vor dem Zusammentritt des Reichstages. Sein Arbeitsprogramm. — Das Regierungsproblem.

Am 3. November nimmt der Reichstag seine Arbeiten wieder auf. Damit konzentrieren sich alle politischen Erörterungen auf das Haus am Platz der Republik. Ständen im vergangenen Winter noch die außenpolitischen Fragen im Vordergrund, so ist nunmehr auf diesem Gebiete ein gewisser Abschluß erfolgt, wenngleich die Lösungen der in Thoiry aufgeworfenen Probleme noch lebhafteste Debatten im Gefolge haben dürften.

Die Hauptaufgabe des Reichstages ist die Beratung des Etats. Er wird alles daran setzen müssen, um eine rechtzeitige Fertigstellung des Reichshaushaltsgesetzes durchzuführen, denn nur so ist es möglich, alle Maßnahmen der Regierung einer eingehenden Kontrolle zu unterwerfen. Bekanntlich gelang es im vergangenen Jahre, seit mehr als einem Dezennium zum ersten Male, den Etat in der verfassungsmäßig festgesetzten Zeit, nämlich bis zum Beginn des neuen Finanzjahres, am 1. April, fertigzustellen. Die Beratungen über die einzelnen Kapitel des Reichshaushaltsgesetzes geben Gelegenheit, alle innen- und außenpolitischen Probleme einer eingehenden Erörterung zu unterziehen. Neben dieser staatsrechtlichen Behandlung der schwebenden Fragen soll in diesem Winter eine ganze Reihe bestimmter innerpolitischer Probleme zur Lösung gelangen.

Die wichtigste Frage, die am schnellsten einer Erledigung bedarf, ist gegeben durch die wirtschaftliche Konjunktur, durch die Fortdauer der Krise, durch das Niederliegen der Geschäftstätigkeit und durch die damit verbundene hohe Ziffer der Arbeitslosen. Die Gestaltung der Arbeitslosenunterstützung, ihre Erweiterung und ihr sozialer Ausbau hat bereits in den Erörterungen des Sozialpolitischen Ausschusses eine große Rolle gespielt. Soweit zu ersehen ist, finden zur Zeit unter Führung demokratischer und Zentrumsgliederter Verhandlungen mit der Reichsregierung statt, um, entgegen der ablehnenden Haltung, die die Minister Curtius, Dr. Brauns und Dr. Reinhold bei den Beratungen eingenommen hatten, wenigstens einige Zugeständnisse herauszuquetschen. Jedenfalls wird die sozialdemokratische Fraktion darauf zu dringen haben, daß den Opfern der kapitalistischen Wirtschaftspolitik ihre unverschuldete Notlage durch Mittel der Öffentlichkeit wesentlich gemildert wird.

Die einzelnen Ministerien haben eine Fülle von Vorlagen angekündigt, mit denen sich der Reichstag in der bevorstehenden Session eingehend beschäftigen soll. Im Vordergrund stehen die Arbeiten des Innenministeriums. Wir verweisen auf die Zusammenfassung des Reichsrechtes. Damit soll jedem Bürger die Möglichkeit gegeben werden, sich selbst über den rechtlichen Gang gewisser Fragen orientieren zu können. Dies bedeutet eine Sichtung der zahllosen Gesetze und Verordnungen aus früherer Zeit. Alles Ueberholte soll beseitigt und nur die noch jetzt zur Anwendung gelangenden Bestimmungen der Gesetze sollen in die neue Sammlung aufgenommen werden. Das Ausführungsgesetz zum bekannten Disparatographen 48 hat bereits eine große Rolle gespielt. Die Vorgeschichte des berührigten Referentenentwurfs ist bekannt. Daraus ergibt sich aber, welche heftige Kämpfe um die Lösung dieser Frage entbrennen dürften. Wir nennen weiterhin die angekündigte Wahlreform, wobei der Umbau des Listensystems im Vordergrund steht, das Reichsschulgesetz, über das der Reichstanzler Dr. Marx auf der letzten Erfurter Zentrumstagung allerlei verkapulte Andeutungen machte. Er will „all denen, die die Simultan- oder die Religionschule als das zu erstrebende Ziel erachten, das Recht geben, Schulen der von ihnen gewünschten Art einzurichten“. Daraus ergibt sich, daß alle Bemühungen, der Schulreformer, einen einheitlichen Aufbau des Schulsystems im Reiche herbeizuführen — an dem Widerspruch des Zentrums scheitern dürften, und die Bestrebungen der Deutschnationalen, in dieser Hinsicht ihre Einflüsse geltend zu machen, sind bekannt.

Der Gesetzentwurf „gegen Schmutz und Schund“ liegt bereits in der Fassung des Ausschusses vor. Er dürfte in erster Linie im Plenum beraten werden, sofern es den Linksparteien nicht gelingt, den Wünschen der Deutschnationalen, den Vätern des Gesetzes, entgegenzutreten. Auch die anderen Ministerien bereiten eine große Reihe Gesetzentwürfe vor. Wir nennen die Materien des Arbeiterschutzes. Die Arbeitszeitfrage wurde durch den letzten Vorstoß der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen unmittelbar auf die Tagesordnung gestellt. Der Gesetzentwurf über die Arbeitsgerichte wird gegenwärtig im Ausschuss beraten. Von besonderer Bedeutung sind die Vorberatungen, die das Reichswirtschaftsministerium zur Neugestaltung des Zolltarifes trifft. Soweit bekannt, wird sich der Reichstag in dieser Session mit dieser Frage nicht zu beschäftigen haben, da nach den Neuperungen des Wirtschaftsministeriums die Vorarbeiten noch nicht abgeschlossen sind. Von größter Bedeutung ist das Problem des Finanzausgleichs. Er wird zwar auch keine endgültige Lösung finden, aber über die Grundlinien in den finanziellen Beziehungen zwischen Reich, Ländern und Gemeinden muß eine gewisse Klarheit

Die Verteilung der Landtagsmandate.

Entgegen unserer gestrigen Meldung über die Verteilung der sozialdemokratischen Mandate hat sich die von uns schon angegebene Verteilung ergeben. Das zehnte Mandat der Sozialdemokratie in Leipzig kommt in Wegfall, dafür erhält die Sozialdemokratie in Chemnitz ein Mandat mehr, statt neun, zehn. Der Verlust der 9 sozialdemokratischen Mandate verteilt sich also: Leipzig: 1, Dresden: 4, Chemnitz: 4.

Die Abgeordneten nach Wahlkreisen verteilt.

	Leipzig	Dresden	Chemnitz	Zusamm.
Sozialdemokratische Partei	9	12	10	31 (17)
Kommunisten	4	4	6	14 (10)
Wirtschaftspartei	1	2	1	4 (23)
Nat.-soz. Arbeiterpartei (Hitler)	—	1	1	2 (—)
Deutschnationale Volkspartei	4	6	4	14 (10)
Deutsche Volkspartei	4	4	4	12 (19)
Wirtschaftspartei (Mittelstb.)	2	4	1	10 (—)
Demokratische Partei	2	2	1	5 (8)
Reichspartei f. Volk u. Aufw.	1	1	2	4 (—)

Das vorläufige Gesamtergebnis.

III. Dresden, 1. November.

Nach dem vorläufigen endgültigen Resultat der Wahlkreise Dresden-Bauhen, Leipzig und Chemnitz-Zwickau haben zum neuen sächsischen Landtag gewählt:

Sozialdemokratische Partei Deutschlands: 758 132, Reichstag 1924 936 206, Landtag 1922 1 050 247. Mandate jezt 31, bisher 17.

„Mitt. sozialdemokratische Partei“: 93 026 Reichstag, 1924 keine, Landtag 1922 keine. Mandate jezt 4, bisher 23.

Deutschnationale Volkspartei: 341 065, Reichstagswahl 1924 546 964, Landtagswahl 1922 482 469. Mandate jezt 14, bisher 20.

Deutsche Volkspartei: 292 070, Reichstag 1924 409 726, Landtag 1922 474 708. Mandate jezt 12, bisher 18.

Kommunisten: 342 112, Reichstag 1924 294 456, Landtag 1922 266 864. Mandate jezt 14, bisher 10.

Wirtschaftspartei: 111 351, Reichstag 1924 192 032, Landtag 1922 214 189. Mandate jezt 5, bisher 8.

Wirtschaftspartei: 237 459, Reichstag 1924 124 193, Landtag 1922 5113. Mandate jezt 10, bisher keine.

Böhmisch-sozialistische Arbeitergemeinschaft: 10 392, Reichstag 1924 83 077, Landtag 1922 11 358. Mandate jezt keine, bisher ebenfalls keine.

Zentrum: 25 807, Reichstag 1924 25 893, Landtag 1922 22 614. Mandate jezt und bisher keine.

Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei: 35 888, Reichstag 1924 keine, Landtag 1922 keine. Mandate jezt 2, bisher keine.

Reichspartei für die Aufwertung: 94 258, Reichstag 1924 18 920, Landtag 1922 keine. Mandate jezt 4, bisher keine.

Haus- und Grundbesitzer: 7027, Reichstag 1924 keine, Landtag 1922 keine. Mandate jezt und bisher keine.

Die Wahlbeteiligung betrug durchschnittlich 70,3 Proz.

Wahlsieg der englischen Arbeiterpartei.

Große Erfolge bei den Gemeindevahlen. — Schwere Niederlage der Konservativen.

Am Montag fanden in England und Wales (London ausgenommen) Gemeindevahlen statt, deren Ergebnis mit großem Interesse erwartet wird. Laut Daily Herald hat die Arbeiterpartei 788 Kandidaten aufgestellt, die Konservativen 585, die Liberalen 209 und die Unabhängigen 294. Ueber den Ausgang der Wahlen liegt vorläufig nur die folgende Meldung vor:

WTW. London, 2. November.

Nach den um 12 Uhr nachts vorliegenden Ergebnissen der Gemeindevahlen ist der Stand der Parteien folgender: Arbeiterpartei 147 Gewinne, acht Verluste, Konservative 18 Gewinne, 87 Verluste, Liberale 7 Gewinne, 56 Verluste, Unabhängige 13 Gewinne, 34 Verluste. In Birmingham gewann die Arbeiterpartei 8, in Nottingham 5 und in Wootton 2 Sitze. In dem neu eingerichteten Wahlkreis Twickenham dagegen wurden 19 Konservative und 5 Unabhängige gewählt, während 14 Arbeiterkandidaten unterlagen. Das Arbeiterblatt Daily Herald schreibt, die vernichtende Niederlage, die die Konservativen erlitten hätten, sollte dem Premierminister und seinen Kollegen zu denken geben.

geschaffen werden. Diefem Zwecke dient auch die Konferenz der Finanzminister, die am Montag zusammengetreten ist.

Die letzte Entscheidung über die Gestaltung der vor- genannten Gesetzmaterien wird durch die Erörterungen be- stimmt, die seit Monaten in der deutschen Öffentlichkeit über die Neugestaltung des Koalitionsproblems geführt worden sind. Die Regierung Marx wurde von Anfang an als ein Provisorium betrachtet. Unmittelbar nach dem Rücktritt Dr. Luthers wurden die Möglichkeiten, eine Mehrheitsregie- rung zu bilden, in allen Lagern eingehend debattiert, und seit- dem sind die Diskussionen über eine Verbreiterung der Re- gierungsbasis und damit über eine Umgruppierung des be- stehenden Kabinetts zu keinerlei Abschluß gelangt. Sie wurden durch die Rede Silberbergs erneut in den Vordergrund ge- rückt, und seitdem ist beinahe kein Tag vorübergegangen, an dem nicht einer der Parteiführer oder eine der maßgebenden Zeitungen darüber gesprochen hätte. Im Angesicht der Par- teiverhältnisse des Reichstages sind nur drei Regierungs- möglichkeiten vorhanden: Entweder eine Rechtsregierung des Bürgerblocks, die Große Koalition, oder ein Minderheits- kabinett auf der gegenwärtigen Basis. Die Entscheidung liegt daher bei den Flügelparteien, den Deutschnationalen und den Sozialdemokraten, der politische Schwerpunkt aber befindet sich im Lager der Deutschen Volkspartei. Ursprüng- lich war die Volkspartei der Großen Koalition völlig ab- geneigt. Durch die Rede Silberbergs und die Umstellung im Lager des Unternehmertums scheint sich ein Wandel bemerk- bar zu machen. Er ist in der Tatsache begründet, daß die von der Volkspartei vertretenen wirtschaftlichen Schichten heute die Republik absolut beherrschen. Die Wirt- schaft ist und bleibt die Basis für die Gestaltung des politischen Ueberbaus. Darum sind die Reden der Silberberge nichts an- deres als eine große Geste, die obendrein nur dazu dient, den Einfluß der Sozialdemokratischen Partei in den Massen zu vermindern.

Das sind die Gründe, die die Volkspartei und das Zentrum bestimmten, die Erörterungen über die Verbreite- rung der Regierungsbasis nach links immer wieder auszu- nehmen, während andererseits der opportunistischere Flügel der Deutschnationalen mit dauernd stärker werdender Energie an die Regierungsjesell drängt. Dabei ist der Zielstreben zwischen den beiden deutschnationalen Führern Westarp und Dr. Hergt immer erneut hervorgetreten. Zunächst diskutierte die Presse eine Rede, die Hergt in Hof gehalten hatte, und die einiger- maßen im Gegensatz zu den Ausführungen Westarps auf dem Kölner Parteitag der Deutschnationalen gestanden hat. Das Mißverständnis wurde dann auf eine schiefe Berichterstattung zurückgeführt. Am Ende der vorigen Woche aber hat Hergt die Gedankengänge von Hof erneut ausgenommen und erklärt: „Die Erfüllungspolitik der Vergangenheit mit ihren furch- baren Folgen liegt weit hinter uns. Locarno habe trennen müssen, aber Thoirn, das nicht für sich allein betrachtet werden könne, biete Möglichkeiten eines gemeinsamen, von deutschnatio- nalem Sinne durchdrängten Zusammengehens.“

Diese Stellungnahme ist restlos von dem Wunsche befeelt, auf die Ministerstühle zurückzuführen, während andererseits Graf Westarp den Lodungen Hergts Drohungen an die Adresse der Mittelparteien entgegengesetzt, wie das aus seiner Leipziger Wahrrede recht anschaulich zu ersehen war. Jetzt hat er in Reddinghausen die Diskussion über die Regierungs- fähigkeit der Sozialdemokraten fortgesetzt.

Auch im Rahmen der Sozialdemokratischen Partei ist die Koalitionsfrage während der letzten Wochen eingehend er- örtert worden. Wir verweisen bereits auf eine Rede Ditt- manns, in der er der großen Koalition sehr kühl gegenüber- stand. In den letzten Tagen sprach Hermann Müller auf einem Parteitag in Schlesien über die große Koalition. Auch Genosse Löbe hat sich darüber verbreitet. Eine definitive Stellungnahme ist freilich aus keiner der beiden Reden zu ersehen gewesen. In Hamburg referierte Scheidemann vor den dortigen Funktionären. Seine Rede dominierte in dem Ruf: daß sich die Sozialdemokratie aktiv an der Regierung und an der Republik zu beteiligen hätte. In seiner Rede auf der Erfurter Zentrumstagung verwies Dr. Marx auf Ausführun- gen, die Sollmann unlängst in einer Kölner Rede machte, wo- nach die Sozialdemokratische Partei „um kleiner Augenblicks- erfolge willen ihre Zukunft, die ein wesentliches Stück des künftigen Deutschlands ist, nicht gefährden“ dürfe und daß „die Stärke der Partei ihr Anhang im Lande“ sei und bleibe. Diese Schlussfolgerungen entsprechen von un- gefähr den Auffassungen, die auch wir vertreten. Nur füßt sich Genosse Sollmann allzu oft von seiner staatsmännischen Ader bedrängt, so daß aus den von Dr. Marx zitierten Sätzen endgültige Schlüsse kaum gezogen werden dürfen. Im An- schluß daran appellierte Dr. Marx eingehend an die Sozial- demokratie. Sie verweise zwar auf die Schwäche der Repu- blik und die Bedrohung der Sicherheit, habe aber die Ueber- nahme einer verantwortlichen Tätigkeit abgelehnt. „Von einem siegreichen Durchdringen des wahren Staatsgedankens sei bei ihr noch nicht die Rede.“ Auch in der Parteipresse ist das Problem der großen Koalition erörtert worden. Von den Anhängern der großen Koalition war es insbe- sondere Genosse Keil-Stuttgart, der in dem dortigen Parteiorgan folgende Schlüsse zog:

„Die Rechtsregierung ist uns auf alle Fälle unerwünscht. Es sind damit Gefahren für die Weiterentwicklung der deutschen Re- publik verbunden, die man gewiß nicht über, aber auch nicht unter- schätzen soll. Diese Gefahren sind nicht so klein, daß wir aus agi- tatorischer Bequemlichkeit der Frage unsrer Beteiligung an der Regierung ausweichen und damit der Rechtsregierung den Weg freigeben dürften. Sie sind am Ende auch nicht so groß, daß wir um ihrer Vermeidung willen uns zu Statisten ohne Einfluß inner- halb der Großen Koalition hergeben dürften. Die Gefahren können stark abgeschwächt werden, wenn wir im Falle des Zustande- kommens einer Rechtsregierung alle sozial, demokratisch und repu- blikanisch eingestellten Volksschichten, auch die außerhalb unsrer Wählerschaft, mit der Ueberzeugung erfüllen, daß die Rechts- regierung nicht durch unser Verhalten unvernünftig ge- worden ist. Dies muß der Leitgedanke unsrer Taktik sein.“

Mit dem Genossen Keil kommt ein Vertreter des rechten Flügels zum Wort, der von seiner Haltung auch bei den letzten Erörterungen über die große Koalition keinerlei Hehl machte. Wir befinden uns in diametralen Gegensatz zur Grundauffassung dieses Flügels. Zuletzt wird die Entschlei- dung über diese Fragen von der Entscheidung der Mittel- gruppen innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion ab- hängig sein, die während der letzten Tagung des Reichstages, mehr oder weniger entschieden, den Standpunkt der Linken unterstützten.

Jedenfalls wird der Ruhehandel in diesen Tagen mit be- sonderem Hochdruck betrieben werden. Die Bestrebungen, in der Erwerbslosenfrage Zustände der Regierung herauszuholen, bilden den ersten Schritt. In seiner

Erfurter Rede antwortete der Reichszentraler auf die auch von uns unlängst dargelegten Forderungen Hilferdings. Dieser erklärte, daß die Schaffung des Einheitsstaates jetzt, nach dem Abschluß von Locarno und Genf, in den Vorder- grund zu treten habe. Dr. Marx erwidert darauf, daß das Zentrum noch wie vor föderalistisch, also antizentra- listisch bleibe. Um aber die Brücken zur großen Koalition nicht abzubrechen, zog er sich auf eine Verständigungsformel zurück, die also lautet:

„Man wird auch nicht leugnen können, daß die politische Ent- wicklung die Mannigfaltigkeit der Länder innerhalb des Reiches mehr und mehr als schwer erträglich erkennen läßt und unauffalt- sam auf allmähliche Aenderung drängt und hinweist.“

Damit freilich wird nicht allzu viel anzufangen sein. Wir hoffen, daß sich die Fraktion nach wie vor gegen die große Koalition entscheiden möge, trotz der Philippika, die Dr. Wirth auf der Erfurter Zentrumstagung an die Linke rich- tete, folgendes erklärt haben soll:

„Wir wollen danach streben, vertrockneten Parteigebilden, wie sie die Demokraten und Sozialisten haben, den lebendigen Geist des Zentrums einzuschütten.“

Wir wissen Herrn Dr. Wirth entsprechend einzuschütten. Seine nunmehr erschienene neue Zeitschrift atmet einen Geist, mit dem wir uns noch zu beschäftigen haben werden. Zuletzt können auch bei der Erörterung über die Koalitionsfragen die Ergebnisse der sächsischen Wahlen nicht völlig ohne Ein- fluß bleiben. Die nationalistischen Wehrverbände werden, wie aus einer Gedendrede der Dessauer Wehrwolfgruppe zu ersehen ist, aus dem Ergebnis in Sachsen ihre Schlüsse ziehen. Sie drohen bereits, daß sich die Vaterländischen zu einer ge- meinsamen Partei zusammenschließen würden. Wenn im Angesicht dessen die Zentrumsparlei in Erfurt angedeutet hat, daß sie mit einer baldigen Liquidation des Reichsban- ners rechne, dann ist das nur eine der vielen Anachronismen, die die politischen Verhältnisse der Gegenwart in Ueberfälle jutage fördern.

Fortsetzung der Landsberger Prozesse.

Buchrucker packt aus. — „Die ganze Sache segelte unter falscher Flagge.“

Der Putschistenführer als Zeuge.

SPD. Landsberg a. d. W., 1. November.

Der große Memorandumprozess vor dem Schwurgericht in Landsberg wegen Ermordung des Zeitfreiwilligen-Arbeiters Gröschke nahm am Montag seinen Fortgang. Zu Beginn der Ver- handlung stellte die Verteidigung den Antrag auf Ver- nehmung des Oberleutnants Benn, der im Memorandumprozess zum Tode verurteilt worden ist. Benn will be- haupten, daß Büchling ihm beim Auflösungsmando der Schwarzen Reichswehr

gestanden habe, den Gröschke ermordet zu haben.

Der Vorsitzende weist demgegenüber darauf hin, daß das Ge- richt die Zeugenaussage eines zum Tode Verurteilten nicht als volle Wahrheit anerkennen könne. Unter großer Spannung erfolgte dann die

Vernehmung des Majors Buchrucker.

Der aus der Zeitung Gollnow vorgeschütet wird, wo er als Leiter des Küstriner Putsches eine Strafe von 12 Jahren verbüßt. Er erklärt einleitend: „Im Juni 1923 war ich Leiter der Ar- beitskommandos im Wehrkreis III. Schulz war mein Adjutant.“ Schulz berichtigt sofort: „Ich hatte die Stellung eines Generalstabsoffiziers im Wehr- kreiskommando für die Arbeitskommandos. Die Arbeits- kommandos waren dazu da, die Aufgaben des Major Buchrucker durchzuführen. Insofern war ich allerdings seine rechte Hand, aber nicht sein Adjutant.“ Vorz.: Haben Sie Mit- sprachen gehabt mit Oberleutnant Schulz über die Abhandlung von Vergehen? Haben Sie mit ihm Richtlinien dafür fest- gelegt oder haben Sie das den örtlichen Instanzen überlassen? Buchrucker: Die Arbeitskommandos unterstanden dem Wehr- kreiskommando. Vorz.: Diese hatten aber keine Disziplin- gewalt? Buchrucker: Nein. Die Schwierigkeit war, daß die Mittel fehlten, die Gruppe in Ordnung zu halten. Darüber habe ich sicher auch mit Schulz gesprochen. Die Hauptaufgabe war deshalb die Auswahl der Leute. Vorz.: Und diese Auswahl traf die örtlichen Führer der Arbeitskommandos, wie etwa Leutnant Knüppel? Buchrucker: Jawohl und verantwortlich war der zuständige Reichswehrkommandeur. Vorz.: Also dieser konnte nur ein Vergehen an die örtlichen Gerichte weitergeben, da die Leute ja auf Zivildienstvertrag angestellt waren? Buch- rucker: Jawohl. Welche Weisungen aber diese Reichswehrkom- mandeure für die Behandlung der Fälle bekommen hatten, weiß ich nicht. Vorz.: Ist von Ihnen mit Schulz der Fall eines Ver- rats erörtert worden? J. B. die Abgabe von 20 000 Schuß Munition an die Kommunisten durch Gädde? Hat Schulz Ihnen gesagt, wie er sich insbesondere zu der Gefahr der Auflösung der Arbeitskommandos stellt, falls die ordentlichen Gerichte sich da- mit beschäftigen müßten? Buchrucker: Auf derartige Fragen müßten wir vorbereitet sein.

Deshalb segelte ja die ganze Sache auch unter falscher Flagge, die die Denkschrift des Reichswehrministeriums nennt, daß näm- lich Kriegsgesetz gesammelt und aufgeräumt werden sollte. Die wirkliche Aufgabe war eine ganz andre. Mir scheint es aber zweckmäßiger, daß ich darüber nicht selbst als Zeuge hier aussage, sondern

einen andern Zeugen, den Reichswehrminister,

nenne. In der Denkschrift selbst heißt es ja darüber: „Von unermesslich größerer Bedeutung usw.“ Mir ist ein Bericht des Rechtsanwalts Dr. Molt aus Stuttgart zugegangen. Dieser hatte mit dem Reichswehrminister am 13. August 1923 eine Aussprache. Ich möchte gegenüberstellen den Reichs- wehrminister vom 13. August und den vom 2. März 1926. Es handelte sich um eine Ehrensache. Rechtsanwalt Molt sprach mit dem Reichswehrminister. Aus dem Bericht, den mir der Rechtsanwalt gegeben hat, bitte ich verlesen zu dürfen. Vorz.: Leider ist das nicht möglich. Sie können den Bericht nur inhalt- lich vortragen. Der Zeuge überreicht dem Vorsitzenden den Be- richt und erklärt:

Dr. Molt schreibt mir: Der Reichswehrminister, der Ihnen — sehr milde gesagt — wenig gewogen ist, er- klärt, die Ehrenstrafe sei für ihn als bloßen zivilistischen Demo-

kraten nicht das gravierendste Moment. Viel schlimmer sei, daß durch Ihre (Buchruckers) Handlung

das vorsichtig aufgebaute Verteidigungssystem gegen Osten zertrümmert und vernichtet

und damit dem Vaterlande ein unermesslich großer, gar nicht wieder gutzumachender Schaden zugefügt worden sei.“ Vorz.: Das bezieht sich auf den Küstriner Putsch? Buchrucker: Jawohl. Das vorsichtig aufgebaute Verteidigungssystem gegen Osten, damit meint der Reichswehrminister die Arbeitskommandos, und der un- ermessliche Schaden, der dem Vaterlande zugefügt worden sei, das soll die Zerstörung dieser Arbeitskommandos sein. So ist die An- sicht des Ministers am 13. August in seinem Schreiben an Dr. Molt, und das (der Zeuge verweist auf die offizielle Denkschrift des Reichswehrministers) ist die Ansicht des Ministers vor dem Gemeinschuh des Reichstages. In dem Schreiben Dr. Molt heißt es dann weiter: Unter dieses ganze Verteidigungssystem habe man als Folge Ihrer (Buchruckers) Aktion einen tiefen Strich gemacht, und es sei ihm, dem Minister, insoweit ein ganz gleich- gültig, ob das jetzt an die Entente oder an Polen verraten werde.“ Dr. Molt schreibt weiter als Aeußerung des Wehrministers: „Aus diesem Grunde sei ich für ihn er- ledigt und es könne daher, solange er Minister sei, gar keine Rede von einem gnadenweisen Erlass meiner viel zu geringen Strafe sein. Hierfür gäbe es nur schwebende Sühne.“

Der Oberstaatsanwalt und der Vorsitzende ersuchen den Zeugen, sich mehr zur Sache zu äußern. Selbst wenn es sich bei den Arbeitskommandos um ein Verteidigungssystem gehandelt habe, sei doch hier der springende Punkt, ob im Rahmen dieses Systems Leute, die als Verräter angesehen wurden, ohne weiteres hinterläßt getötet werden konnten. Zeuge Buchrucker: Ich will bloß klarlegen, in welchem Milieu die Angeklagten gehandelt haben. Es ist ein wesentlicher Unterschied, ob sie sich gegenseitig losgeschlagen haben bloß im Dienste der Arbeitskom- mandos zur Zerstörung von Waffen, oder weil ihnen ein ge- schärft worden ist, daß es sich um ein vorsichtig aufgebautes Ver- teidigungssystem handelt, von dem niemand etwas erfahren dürfe. Auch ich kann hier erklären: Ueber die Fragen, ob Leute zu be- seitigen sind, habe ich mit Oberleutnant Schulz niemals gesprochen; und es war zwischen uns beiden selbstverständlich, daß das ein großer Mißbrauch sei.

Vorsitzender: Das ist wichtig. Sie haben auch früher einmal die Aeußerung getan: „Solche kleinen Verräter beseitigt man nicht.“ Das ist ein Standpunkt, den ich durchaus verstehen kann. Deshalb möchte ich wissen, ob Oberleutnant Schulz diesen Stand- punkt auch geteilt hat. Er hat nämlich hinterher das, was die Leute getan haben, heroisch verteidigt. Ich frage also: Ist von Ihnen mit Oberleutnant Schulz erörtert worden, daß man solche Leute beseitigen müsse und daß man dazu Leute wie Fah- lisch, Büchling und Klapprath gebrauchen könnte? Hat Ihnen auch nur andeutungsweise Schulz gesagt: Da soll einer beseitigt werden oder: da ist einer beseitigt worden? Buch- rucker: Alle diese Fragen kann ich mit einem Nein beantworten. Mit ausgestrecktem Arm auf den Angeklagten Schulz weisend: Mein Freund Schulz sieht auf der Anklagebank und ich sage hier der Wahr- heit gemäß: Erstens hat er mit diesen Dingen gar nichts zu tun, zweitens wußte er ganz genau, daß diese kleinen Ver- räter gar nichts schaden konnten. Dafür war ja vorgezogen vom Reichswehrminister mit einer Denkschrift; drittens — jetzt kommt eine Unterstellung —: wenn irgend jemand, der das ist was wußte, als Verräter angesehen werden konnte und — das ist die zweite Unterstellung — Schulz ihn hätte besei- tigen wollen,

dann schlägt ein Mann wie Schulz ihn selbst tot.

Das er dazu andere vorschlägt, ist ganz ausgeschlossen. Oberstaats- anwalt Kohlschlag: In seiner Denkschrift ist Schulz aber an derer- ten Meinung als der von Ihnen geäußerten, daß man solche kleinen Verräter nicht zu beseitigen brauchte und konnte. Angekl. Schulz: Ich dachte dabei in erster Linie an die Kämpfe in Oberschlesien und im Ruhrgebiet gegen die Separatisten. Das Schick- sal des Arbeitskommandos Gorgast hing damals tatsächlich nur an einem seidenen Faden. Die Entente-Kommission verlangte unter allen Umständen, in die Räume hineinzukommen, und das ist nur an dem energischen Widerstand des Obersten von Gudowius ge- scheitert.

Oberstaatsanwalt Kohlschlag zu Buchrucker: Ist Ihnen bekannt, daß sich Angehörige der Abteilung K untereinander Tribu- nals Reg-Korps nannten? Zeuge: Das ist möglich. Oberstaatsanwalt: Ist Ihnen bekannt, daß diese Leute auf ihre Führer verpflichtet wurden? Buchrucker: Für diese Zeit nicht. Nach- her ist das allerdings in den Zeitungen behauptet worden. Auf die Frage eines Verteidigers erwidert Buchrucker: Die Unter- führer mußten sich selbst durchsetzen; denn nach dem StGB. war jede Stunde Verbrechen, die sie verhängten, Freiheitsberaubung. Vor- sitzender: Sehr richtig!

Zeuge Buchrucker: Die Denkschrift des Reichswehrministeriums bildete den Mantel für die Arbeitskommandos, und wenn Verräte- ren vorliefen, so gab dieser Mantel die Möglichkeit, harmlos die Leute aus dem Dienst zu entlassen, indem man erklärte: Es ist nicht richtig, daß die Leute nur ausgebildet worden sind, der Ge- zierdienst bildet nur einen Teil ihres Arbeits- dienstes. Bisheriger Landgerichtsrat Salinger: Halten Sie es für möglich, daß die Leute den ordentlichen Gerichten ohne besondere Schwierigkeiten übergeben werden konnten? Buchrucker: Jawohl. Einzelne Verrätereiern konnten auf diese Weise harmlos unschädlich gemacht werden, große aber nicht. Eine große Anzahl kleiner Verräter würde natürlich gleichfalls verhäng- nisvoll geworden sein. Justizrat Hahn: Kennen Sie Kommandos vor besonderen Verwendung? Buchrucker: Das ist ja Wahnsinn. In unserer Organisation war das gar kein Platz. Justizrat Hahn: Konnten sich die einzelnen Mannschaften als mobile Truppe fühlen? Buchrucker: Ja, daß muß ich unterstreichen.

Für uns alle dauerte der Krieg noch weiter, er ging für uns erst im Herbst 1923 zu Ende. Wir fühlten uns als Truppe vor dem Feinde. Da sieht einer einen, der überläuft, und: weg, schick- er ihn tot. (Große Bewegung im Saale.)

Als im weiteren Verlauf der Vernehmung des Zeugen Buch- rucker der Vorsitzende den Beschluß des Gerichts mitteilte,



„Du was sollst noch lernen, an Deutschlands fittliche Wiedergeburt zu glauben!“

einsteilen alle Beweisurteile abzuholen und zunächst das Ergebnis der Beweisführung abzuwarten, sprang der Angeklagte Grimm erregt auf und erklärte: Die Presse hat mich ziemlich ausgenutzt. Von mir kann nicht verlangt werden, daß ich mir von solchen Federführern hier alles gefallen lasse. Vor dem Angeklagten das Wort abgeben: Sie haben keine Veranlassung, einen solchen Ton hier anzuschlagen. Sie haben sich und den anderen, die hier auf der Anklagebank sitzen, durch solches Insultieren. Im übrigen habe ich keinen Einfluß auf die Presse. Sie selbst haben ja einen Verteidiger und können sich gegen Angriffe schützen. — Auf Fragen der Verteidigung erklärt der Zeuge Buchruder, er habe nie ein über den vom Dienst gezogenen Rahmen hinausgehendes engeres persönliches Verhältnis zwischen Oberleutnant Schulz, Klapproth, Büßling und Fröhlich bemerkt. Es sei auch nicht richtig, daß Schulz im Wehrkreiskommando in einem Zimmer mit Klapproth geschlafen habe. Schulz hatte keine Zeit, bei seiner angestrengten Tätigkeit auch noch eine Keme zu organisieren. Er war Leiter der Abteilung im Wehrkreiskommando, die die Arbeitskommandos bearbeitete. Er hatte damit so viel zu tun, daß er unmöglich noch eine Kemeorganisator hätte führen können. Auf weitere Fragen erklärt der Zeuge Buchruder, Schulz konnte nur auf Anweisung des Wehrkreiskommandeurs handeln. Selbst der Generalstabs-offizier hatte keine Befehlsgewalt.

Damit war die Vernehmung Buchruders beendet. Der Oberstaatsanwalt widersprach der Verteidigung des Zeugen, auf Beschluß des Gerichtes wurde er jedoch verurteilt. Darauf stellte Rechtsanwalt Dr. Sack folgende Frage: Wird subjektiv dem Angeklagten Schulz geglaubt, daß der Reichswehrminister über die Bildung und Tätigkeit der U.R. unterrichtet war? Sonst müßte ich die Frage an den Zeugen richten, ob er über das Abkommen Seekriegs-Geheimnis unterrichtet war. Vorf.: Das Gericht hat sich ja schon damit beschäftigt und es unterstellt, daß die Angeklagten diesen Glauben hatten.

Buchruder bittet, noch eine Erklärung abgeben zu dürfen, und bemerkt dann erregt, für die Angeklagten komme doch nicht nur in Betracht, was sie glauben, sondern auch objektiv, daß die ganze Organisation von der Reichswehr in dieser Weise gewertet wurde. Rechtsanwalt Dr. Sack: In der Anklage wird als Indiz auch die angebliche Teilnahme des Oberleutnants Schulz an dem hochverräterischen Unternehmen erwähnt. Auf Grund dessen wurde der Zeuge verurteilt. Oberstaatsanwalt: Das hat mit der Sache nichts zu tun. Vorf.: Wir behandeln doch hier den Fall Gröschke und nicht den Rüstener Fall.

Verschiedene Zeugen, die noch vor der Mittagspause vernommen wurden, beschäftigten im allgemeinen die Aussagen über die Maßnahmen des Gröschke. In der Nachmittags-sitzung wurde die Beweisaufnahme mit der Vernehmung des Technikers Kersch fortgesetzt. Er hatte in der Voruntersuchung angegeben, daß in seiner Spandauer Formation allgem. in davon gesprochen worden sei, Klapproth habe der Wehrkommission zur Festlegung von Verträgen angehört. Klapproth habe einmal in der Kantine gesagt, es sei ein Leichtes, einen Menschen durch zwei Schüsse in den Hinterkopf um die Ecke zu bringen. Dem Zeugen selbst sei angedeutet worden, wenn er nicht reinen Mund halte, werde es ihm sehr schlecht ergehen; das habe er nur so deuten können, daß er in einem solchen Falle bestraft werde.

Der Zeuge Berg hat ein Gespräch zwischen Klapproth und Vogel angehört, in dem gesagt wurde, man habe es falsch gemacht; der Mann hätte anders verbuddelt werden müssen, ein Wasserloch wäre besser gewesen. Ein andermal lagte ihm Vogel, es bestünde eine Keme, Bildung und Klapproth seien dabei. Die Sache sei sehr einfach: Die Vertreter würden irgendwohin kommandiert und dann im Auto von hinten erschossen. Vorf.: Haben Sie da nicht weitere Fragen gestellt? Zeuge: Nein, das fiel mir nicht auf. Es entsprach ganz dem Aufbau des U.R. Dem Zeugen Viet, Berlin, sagte der Angeklagte Vogel: „Frage nicht, es war furchtbar!“ Der Zeuge will auch davon gehört haben, daß Vertreter mit dem Tode bestraft werden sollten.

Nachdem noch der Untersuchungsrichter vernommen worden war, verlas der Vorsitzende die Verhandlungen auf Dienstag 9 Uhr.

Nach dem Attentat.

Der Attentäter ein Knabe. — Sozialistische Zeitungen zerstört.

SPD. Rom, 2. November (Radio). Im Zusammenhang mit dem neuesten Attentat gegen Mussolini wurde der große Faschistenrat zu seiner 5. außerordentlichen Sitzung einberufen. Er dürfte bestimmte Maßnahmen zur Verhütung weiterer Attentate auf Mussolini beschließen, d. h. eine Verschärfung des bisherigen Gewaltregimes herbeiführen. Giornale d'Italia meldet hierzu, daß die Faschisten in Ferrara zwecks Aufstellung einer Geheimliste aller Personen, die das Leben Mussolinis bedrohen könnten, zusammenzutreten wollen.

Alle Mitglieder der Familie des getöteten Attentäters auf Mussolini sind inzwischen verhaftet worden. Der Duce selbst hat noch am Montag das von der Kugel durchbohrte Ordensband dem faschistischen Museum in Bologna gestiftet. Er drückte zu gleicher Zeit an die Führer der dortigen Faschisten: „Nichts kann mir widerfahren, denn ich nicht mein Ziel erreicht habe.“

Die faschistische Miliz in Rom, die sofort nach dem Attentat auf Mussolini mobilisiert wurde, und in die Kaserne berufen worden ist, wurde bisher noch nicht wieder nach Hause geschickt. Es ist bezeichnend, daß sich die faschistischen Behörden dieser Herden seitlich nicht sicher sind und infolgedessen die Gebäude des oppositionellen Mondo sowie einige Volkshäuser durch starke Militäreinheiten geschützt haben. Amlich fordern die Behörden zwar zur Ruhe auf — aber sie betonen gleichzeitig: „Die Erregung ist groß.“

SPD. Rom, 2. November (Radio).

Das Gebäude des Avanti, Organ der Sozialistischen Partei (Maximalisten), in Mailand, wurde im Verlauf der Kundgebung aus Anlaß des Attentates gegen Mussolini zerstört. Die Maschinen und das Mobiliar sind fast vollständig vernichtet.

Nach weiteren Meldungen sind noch eine Reihe anderer Ausschreitungen vorgekommen. Die Wohnung des Leiters des Mondo und die Parteilokale der Maximalisten, unitarischen Sozialisten und Republikaner wurden verwüstet. In Mailand wurde außer dem Avanti auch die Unita zerstört.

Mussolini hat auch diesmal eine Reihe von Begrüßungs-telegrammen erhalten; so von Briand, dem Papst u. a. Tschitcherin hat sich noch nicht gemeldet; entweder kommt das noch oder unsere Erziehungsarbeit hat geholfen.

Ein italienisch-französischer Zwischenfall.

II. Paris, 2. November.

In Ventimiglia (Norditalien) fand gestern anläßlich des Attentats auf Mussolini eine faschistische Kundgebung statt. Ein französischer Eisenbahner, der beim Spielen der faschistischen Hymne keine Kopfbedeckung nicht abnahm, wurde mißhandelt. Darauf wurde vor dem französischen Konsulat eine Demonstration veranstaltet, bei der einige Faschisten mit Gewalt in das Gebäude eindringen und vom Balkon aus französischfeindliche Reden hielten.

Die sozialistische Nationalratsstagnung. Gründung eines Zentralorgans beschlossen.

SPD. Paris, 1. November.

Der Nationalrat der sozialistischen Partei, der am Sonntag und Montag in Paris tagte, um im Rahmen der von dem letzten Parteitag gefällten prinzipiellen Entscheidungen die Politik von Partei und Fraktion für die nächsten Monate festzusetzen, hat eine Reihe außerordentlich weittragender Beschlüsse gefaßt. Den Hauptgegenstand der Tagesordnung bildete die Frage, welche Taktik die Partei bei den bevorstehenden Wahlen zur Erneuerung des Senats einschlagen soll. Der am Montag gefaßte Beschluß ist die logische Konsequenz der Haltung der bürgerlichen Linken, die durch ihr Kompromiß mit den Parteien des Nationalen Blocks das Kartell gesprengt hat. Unter Ablehnung eines von der Minderheit unter Führung Renaudis gestellten Antrags, der die Frage des Zusammengehens mit den Radikalsocialisten den einzelnen Departements überlassen wollte, hat der Nationalrat mit 2045 gegen 980 Stimmen eine von Jaromski eingebrachte und von Léon Blum nachdrücklich vertretene Entschließung angenommen, die sämtliche Provinzialverbände zur Pflicht macht, im ersten Wahlgang unter Verzicht auf alle Opportunitätsrückichten eigene vollständige Listen aufzustellen und die volle Unabhängigkeit der Partei auch nach außen hin unabweislich zum Ausdruck zu bringen. Das soll selbst auf die Gefahr hin geschehen, daß dadurch in dem einen oder anderen Wahlkreis der Kandidat der ehemaligen Kartellpartei dem der ausgesprochenen Reaktion unterlegen sollte. Erst für die Stichwahl, d. h. für den zweiten und dritten Wahlgang, läßt der Parteibeschluß die Möglichkeit offen, die sozialistische Liste mit denen der Radikalsocialisten und der republikanischen Sozialisten zu verschmelzen, jedoch mit dem ausdrücklichen Vorbehalt jeder Realisation mit denjenigen Politikern der bürgerlichen Linksparteien, die sich durch ein Zusammengehen mit dem Nationalen Block kompromittiert haben.

Der Beschluß des Nationalrats legt weiter fest, daß auch in der Stichwahl eine Listenverschmelzung nur mit solchen bürgerlichen Kandidaten in Frage kommen darf, die durch ihre Haltung in der Vergangenheit und Gegenwart den Beweis erbracht haben, daß sie unbedingte Anhänger des Koalitionsrechts und des Aktionsbündnisses und ausgesprochene Gegner der sozialistischen Auswüchse, des Militarismus und des Imperialismus sind und die auf außenpolitischem Gebiete die Methode des Mißtrauens, des Zwanges und der Gewalt vorbehaltlos ablehnen. Nur so, heißt es in der Resolution, kann die reaktionäre Mehrheit des Senats, die für das Scheitern der im Jahre 1924 eingeleiteten demokratischen Politik die Verantwortung trägt, gebrochen werden.

Von den übrigen Entscheidungen des Nationalrats ist mit besonderer Genugtuung der Beschluß zu begrüßen, spätestens zu Beginn des neuen Jahres ein eigenes Zentralorgan erscheinen zu lassen. Die seit dem letzten Parteitag eingeleitete Propaganda hat das erfreuliche Ergebnis gehabt, daß schon jetzt 12 000 Abonnenten dafür gesichert sind.

In der Diskussion über die einzuschlagende Taktik bei den Senatswahlen vertrat Blum in einer großen Rede den Standpunkt der Mehrheit der sozialistischen Partei. Er protestierte einmütig gegen den von der Sozialistischen Partei auf dem Radikalen Kongreß in Bordeaux gemachten Vorwurf, daß die Sozialisten aus reinen Wahlinteressen heraus 1924 das Kartell abgebrochen hätten. Die Sozialisten hätten im Gegenteil alle Vorteile gehabt, wenn sie allein in den Wahlkampf geführt hätten. Sie hätten sicher mehr Mandate davongetragen. Auch den Vorwurf, die Sozialisten hätten durch Ablehnung des Eintritts in die Regierung das Kartell im Parlament gesprengt, widerspreche völlig den Tatsachen. Die Sozialisten hätten stets die radikalste Kabine unterstellt und weder das Kabinett Herriot noch das Kabinett Painlevé seien mit Hilfe sozialistischer Stimmen gekürzt worden. Dagegen hätten die Radikalen und speziell ihre Führer Herriot durch Eintritt in die Regierung Poincaré dem Kabinett endgültig ein Ende gemacht und jedenfalls das Verhältnis zwischen den Sozialisten völlig verwickelt.

Blum ging dann auf die Haltung ein, die die Sozialistische Partei gegenüber der Regierung Poincaré einzunehmen habe und streifte dann in kurzen Worten die finanzielle Politik des Kabinetts. Poincaré habe ohne Zweifel in seiner Währungs- politik Erfolge davongetragen, aber mit der Frankenhause ginge Hand in Hand eine allgemeine Preisaufschau. Frankreich gehe deshalb unbedingt einer Wirtschaftskrise entgegen, die durch die fortschreitende Devalorisation des Frankens noch verschärft werden wird. — Die Rede Blums wurde mit außerordentlichem Beifall aufgenommen. Ihm antwortete in einer längeren Rede Renaudé und vertrat den Standpunkt der Minderheit, indem er bei den kommenden Senatswahlen Handlungsfreiheit für die einzelnen sozialistischen Föderationen verlangte. Er vertrat die Ansicht, daß jedenfalls ein Wahlbündnis mit den Radikalen einem solchen mit den Kommunisten vorzuziehen sei. Der Kongreß ging dann zur Diskussion des Falles Paul-Boncour über. Er wird wahrscheinlich im Laufe des Montagabend abgeschlossen werden.

III. Paris, 1. November.

Der Nationalrat der Sozialistischen Partei beschäftigte sich in seiner heutigen Nachmittags-sitzung mit der Frage, ob ein Sozialist eine bürgerliche Regierung im Völkerverbund als Delegierter vertreten könne oder nicht. Zu Beginn der Aussprache wurde ein Antrag auf Verlegung auf den nächsten Kongreß gestellt, gegen den zunächst Grumbach Widerspruch erhob und erklärte, die Frage müsse entschieden werden, aber nicht durch einen Parteivorstand, in dem die Minderheit nicht vertreten ist. Es ist wohl möglich, daß in gewissen Augenblicken Paul-Boncour in Genf keine rein sozialistische Arbeit verrichtet habe, aber man darf doch sagen, daß er die Parteigrundsätze nicht verleugnet hat und nicht verleugnen wird. Man muß Paul-Boncour sofort das Vertrauen aussprechen. Auch Bracke wandte sich gegen eine Verlegung, vertrat aber den Standpunkt, daß kein Sozialist in Genf arbeiten sollte, da seine Anwesenheit mehr Ungelegenheiten als Vorteile bringen könne, solange nur der Völkerverbund die Hoffnung auf die Gewissheit der Nationen sei. Danach sprach Jaromski, der vor allem die französische Außenpolitik kritisierte und u. a. erklärte: Gewiß hat man das Ruhrgebiet geräumt, aber nur unter dem Druck der Ereignisse, die die militärische Gewalt hervorgerufen hatte. Gewiß hat es ein Locarno gegeben, aber die Politik der französischen Regierung steht noch immer in Widerspruch mit der von den Sozialisten geforderten Außenpolitik. Die Vertretung Frankreichs in Genf durch einen Sozialisten ist also eine Gefahr für den Sozialismus und was für Paul-Boncour gilt, gilt auch für Vandervelde, Breitscheid und Linden. Hierauf ergriff Paul-Boncour das Wort zu seiner Verteidigungsrede.

Boncour bleibt Vertreter im Völkerverbund.

II. Paris, 2. November.

Der Nationalrat der Sozialisten hat in seiner gestrigen Sitzung fast einstimmig gebilligt, daß Paul-Boncour weiterhin Frankreich im Völkerverbund vertritt, obwohl er diesen Auftrag von einer bürgerlichen Regierung erhalten habe. Im weiteren Verlauf der Debatte wurde die baldige Einberufung eines Landes-Parteitag beantragt.

Hitlers Reichstrauertrag.

Aus München wird dem Soz. Pressebüro berichtet: Um das Ansehen an Hitlers mißglücktem Bürgerbräutigam 1923 nicht ganz verkommen zu lassen und um zugleich eine neue Bekanntheit für das Haltenkreuz zu haben, verleiht Hitler neuer Propaganda, der Reichstagsabgeordnete Straßer, auf den Trieb, den 8. November zum nationalsozialistischen Reichstrauertrag zu proklamieren. Auf Grund der im Weltkrieg erbrachten

Anordnungen haben die publizistischen Organe der Haltenkreuzler — soweit sie inzwischen keinen Konkurs angemeldet haben — an diesem Tage im Trauerkleid zu erscheinen. Jede Ortsgruppe hat eine Trauerfeier abzuhalten. Auf allen Friedhöfen ist Punkt 8 Uhr vormittags durch eine uniformierte Deputation an den Gräbern aller seit 1919 gestorbenen oder gestorbenen Haltenkreuzler ein Kranz mit schwarzweißer Schleife und Haltenkreuz niederzuliegen. Bei dem Eintritt der Dunkelheit, und wo es die örtlichen Verhältnisse gestatten, sind Höhenfeuer anzuzünden. Das Bedürfnis Hitlers, sich weiterhin lächerlich zu machen, scheint immer noch sehr groß zu sein!

Die Konferenz der Finanzminister.

Der Kampf um den Finanzausgleich.

SPD. Die am Dienstag in Berlin beginnende Konferenz des Reichsfinanzministers mit den Finanzministern der Länder soll eine Einigung über die provisorische Gestaltung des Finanzausgleichs herbeiführen. Die Reichsregierung legt dazu einen Referentenentwurf vor, der den geltenden Zustand zunächst um ein Jahr verlängert, ihn jedoch in einigen wichtigen Punkten abändert. Die Garantien des Reiches für einen bestimmten Mindestbetrag an Umsatzzuflüssen und ebenso einen bestimmten Anteil des Aufkommens an Einkommens- und Körperschaftsteuer sollen gestrichen werden. Die Beseitigung der Umsatzzuflüsse würde für die Gemeinden eine ungeheure Belastung bedeuten. Andererseits hat sich die Beseitigung des garantierten Anteils der Länder an Körperschafts- und Einkommenssteuern dahin ausgewirkt, daß die kleineren Länder besonders begünstigt werden. Um so auffälliger ist, daß die bayerische Regierung mit besonderer Schärfe sich für die Aufrechterhaltung dieser letzten Anteilsgarantie einsetzt. Demgegenüber weist das Reichsfinanzministerium darauf hin, daß Bayern durch die Vereinfachung seiner Verwaltung die Möglichkeit einer Einsparung von Ausgaben hat. Der Hinweis wirkt um so interessanter, als gerade Bayern mit seinen Forderungen nach einer Verwaltungsreform besondere Reklame gemacht hat, offenbar jedoch mit dieser Reklame nicht die Erfolge erzielt, die es im eigenen Lande vorweisen müßte, um auf andere Staatshaushalte anzuregen zu wirken.

Die Finanzminister waren bereits gestern zu einer Vorberatung zusammengetreten, in der sie sich über ihre Wünsche aussprachen, die einige Abweichungen je nach dem mehr landwirtschaftlichen oder mehr industriellen Charakter der Länder zeigen. Vor allem gehen die Wünsche der Länder dahin, daß an Stelle der Ueberweisung von 75 Prozent aus der Einkommensteuer 90 Prozent den Ländern überwiesen werden.

Neun Monate Gefängnis wegen Hindenburg-Verleumdung.

SPD. Ein Berliner Gericht verurteilte am Sonnabend, entsprechend dem Antrag eines Staatsanwalts namens von Kaufmann den ehemaligen verantwortlichen Redakteur der Roten Fahne, Hauswirt, zu neun Monaten Gefängnis (!). Die Anklage lautete auf Verleumdung des Reichspräsidenten und Vergehen gegen das Gesetz zum Schutze der Republik, hervorgerufen durch die Veröffentlichung eines Gedichtes aus dem „Knäppel“ in der Roten Fahne.

Das Gedicht entsprach dem allgemeinen Geschmack der Roten Fahne und war auf den bei den Kommunisten üblichen Ton abgestimmt. In dem Urteil darüber sind sich alle anständigen Leute einig. Aber wie oft ist der verkörperte Reichspräsident von völkischen und deutschnationalen Blättern in ähnlicher Weise herabgelacht worden, ohne daß die Urheber auch nur 20 Mark Geldstrafe erhielten oder sogar freigesprochen wurden. Die Härte dieser Art ist so zahlreich, daß der verstorbene Reichspräsident in den letzten Monaten seiner Amtstätigkeit überhaupt darauf verzichtete, Strafantrag gegen völkische und deutschnationalen Verleumder zu stellen. Auf einmal aber entsinnt sich die Justiz, daß es auch noch so etwas wie eine Würde des Reichspräsidenten gibt und es gilt, sie zu wahren, obwohl sie früher durch ihre Fortwärtigkeit geradezu zu einer Herabsetzung dieser Würde aufgefordert hat. Abgesehen davon ist das Gedicht aus dem „Knäppel“ nicht nur in der Roten Fahne erschienen. Es wurde u. a. völkisch abgedruckt in dem völkischen Tagesblatt und anderen Organen der „nationalen Parteien“. Was geschieht mit ihnen? Wenn das Gericht mit dem obigen Staatsanwalt schon der Meinung ist, daß die Veröffentlichung in der Roten Fahne mit 9 Monaten Gefängnis geahndet werden muß, dann sind die völkischen Heißblätter mit dem gleichen Recht ebenfalls für diese unerhörte hohe Strafe reif. Sachlich ist es gleichgültig, wo das Gedicht erschienen ist, solange seine Veröffentlichung als strafbare Handlung betrachtet wird.

Großer Rheinischer Kommunistenprozeß.

Ausschluß Obuchs als Verteidiger!

Heute vormittag um 9 Uhr begann ein auf zwei Wochen Dauer berechneter Hochverratsprozeß vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts. Der Schreiner Kirchhof aus Honnef am Rhein und neun Genossen sind wegen Vorbereitung zum Hochverrat, Verbreitung zum Morde, Sprengstoffherstellen, Waffenverstecken usw. angeklagt. Die Beschuldigten sollen im Jahre 1924 eine militärische Organisation ausgeführt haben, um die Verfassung gewalttätig zu ändern. Andererseits haben die Angeklagten die Separatisten im Gesicht am Regimentsberge schlagen lassen.

Die vier Hauptbeschuldigten sitzen bereits 2 Jahre in Untersuchungshaft! Während der Voruntersuchung beantragte der Oberstaatsanwalt, die kommunistischen Rechtsanwälte Busch und Dorfmann von der Verteidigung auszuschließen, da sie Zeugen zu falscher Aussage verleiten könnten. Der 4. Senat beschloß daraufhin den Ausschluß Obuchs und Dorfmanns von der Verteidigung. Gegen diese Beschlüsse ihrer Verteidigung legten die davon betroffenen Angeklagten Einspruch ein. Der Oberstaatsanwalt beantragte Verwerfung des Einspruchs, nachdem der Zeuge Lehner Trimborn noch einmal vernommen worden war. Trimborn war mit 10 anderen Kommunisten zunächst ebenfalls im Anklagezustand gewesen. Doch hatte der Oberstaatsanwalt das Verfahren gegen diese 11 Angeklagten auf Grund des Reichsammtesieges vom 17. August 1923 eingestellt.

Da sich die Verteidigung zu dem neuen Antrage der Reichsanwaltschaft noch nicht äußern konnte, wurde der Prozeß auf Mittwoch früh 9 Uhr vertagt. Der vom Tischprozeß bekannte kommunistische Rechtsanwalt Samter war vorläufig für Obuch erschienen.

Wieder gesund. Reichsaussenminister Dr. Stresemann, der die beiden letzten Wochen durch einen Grippeanfall an das Haus gefesselt war, ist vollständig wiederhergestellt.

Krafft schwer erkrankt. Die Daily News melden, der russische Geschäftsträger in London, Krafft, sei erkrankt; sein Befinden gebe zu beträchtlichen Besorgnissen Anlaß. Die Ärzte beabsichtigen eine neue Bluttransfusion.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hermann Viehmann in Leipzig. Verantwortlich für den Inzeratenteil: Hugo Sepphard in Leipzig. Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft Leipzig.

Spul- und Madenwürmer schädigen die Gesundheit, das wirksamste Mittel dagegen ist Wurmtind. Aboloch Kohns-Salomo-Apotheke, Postversand Grunhaustraße 17.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Das Koppelschloß.

Es gibt Dinge, die viel zu schön sind, als daß sie nicht wahr sein dürften. Der im Landsberger Fememordprozeß als Zeuge ver-

nommene Bäcker Heller hatte in der Voruntersuchung angegeben, daß Größle vor seiner Ermordung in der Arrestzelle derart mit einem Koppelschloß geschlagen worden sei, daß dessen Signet „Gott mit uns!“ sich ihm ins Fleisch eingegraben habe.

Ein medizinischer Sachverständiger hat die Möglichkeit solcher Zeichenübertragung verneint und auch Heller selbst hat seine Aussage dahin eingeschränkt, daß er den Vorgang nicht selbst beobachtet habe, sondern daß nur auf den Stuben davon erzählt worden wäre. . . Was nützt dieses Dementi! Hier haben wir einmal einen jener Fälle vor uns wo der Phantast, der sich etwas zusammengereimt hat, wohl im Gerichtssaal vom vereidigten Sachverständigen auf wissenschaftliche Weise widerlegt werden kann, wo aber, in einem höheren Sinne, doch er allein die Wahrheit sagt. Schon möglich: der Eindruck, den das Koppelschloß in dem zerstückten Körper des auf mittelalterliche Art gefolterten Größle hinterließ, war nicht so stark, daß die Infanterie sich, dem unbewaffneten Auge erkennbar, abdrückte. Aber das liegt dann nur an unserem Auge, das letzten Endes ein rohes Instrument ist. Unser Herz sieht seiner. Trotz Sachverständigenurteilen kann es heute noch feststellen, daß die Wahrheit bei dem Gutachter, die Wahrsamkeit aber bei dem Phantasten war.

Und wie unser Herz recht genau auf das Gott mit uns! der Schwelgerechten Haut des Gemarterten schaut, die er nicht für sein Vaterland, sondern für Fortschrittliche zu Markte trug, da verlebendigt es sich und wird zum graußigen Anschauungsmaterial. Ja, auf dem Koppelschloß jener Landsneckststrukturen und ihrer Zeitungen und Geldgeber, da steht es sein lauber gelbeisen, das Bekenntnis zu dem Allmächtigen. Sie tragen es auf den Bauch geschmalt, damit jeder es sehe und erfahre, mit wem er es zu tun habe: mit honorigen Deuten, die noch an Ideale glauben, mit wackeren Niedermännern, deren Segensspruch auf dem Leibe Zeugnis von der Religion ablegt, die sie in ihm haben. Kommt ihnen aber dann einmal einer in die Finger, der ihnen den Verdacht abnötigt, daß er mit ihrem über dem Bauchped gepulsteten Gott nicht so ganz übereinstimmt, o, dann denken sie nicht daran, die Einprägbarkeit ihres Mottos durch ein eigenes Opfer zu bezeugen, sondern sie suchen sich eines aus und erweisen jene Einprägbarkeit auf dessen Fleisch. Der Gott, der Geist sein soll, ist auf den Leib Größles gewandert. Die Ohrenstimmereiprüfungen, die Eisenhangenschläge haben kein anderer Anteil sein sollen: sie erhielten ihr Signum, und das lautete: Gott mit uns! Alle Verlogenheit und Schamerei des religiösen Lippenbekenntnisses, aller Phrasenschwall, einer abgrundtiefen Scheinmoral haben Gestalt bekommen und eine für ewige Zeiten gültige Illustration erfahren durch das Koppelschloß, das zum Schinderwerkzeug wurde. Der Glaubenssinn, dessen Sinn alles Leben dem Höchsten anbezieht, war, als Substanz, mit am Werke, eines dieser Leben aufs fleischliche zu zerhacken.

Der Vorstehende im Fememordprozeß glaubte, daß die tiefere Bedeutung der auf dem blutigen und zerhackten Hintergrund sichtbar gewordenen Infanterie nur in der millimetermäßigen Nachmessbarkeit dieser „Tiefe“ beruhen könne, und daß nur sie „Stimmung machen könne“. Da irrt er aber nun; denn wenn der Gutachter auch auslagte, daß das fromme Sagenbild sich aus biologischen Gründen nicht auf dem gepulstigten Körper eingegraben haben könne, so hat es dies doch auf jenem getan, der die Frage unserer Zeit trägt. Hans Bauer.

Attentat auf einen perfekten Politiker. Ein hervorragendes Mitglied des perfekten Parlaments, Ad Ar res, wurde von einem Manne überfallen, der für ein Revolvergeschloß auf ihn abgab, von denen Ad Ar res an beiden Armen getroffen wurde. Ein Polizist, der den Täter zu verhaften suchte, wurde getötet. Schließlich gelang es, den Angreifer festzunehmen.

Revolutionäre Unruhen in Brasilien. Wie die Londoner Zentral News aus Buenos-Aires berichten, sind in Minas-Geraes, im Inneren Brasiliens, die ersten revolutionären Unruhen ausgebrochen. Die Kolonisten fliehen mit allem verfügbaren Hab und Gut, da sie den Ausbruch von Bürgerkriegen befürchten.

Schönland — der Marxstudent.

Die deutsche Sozialdemokratie hat vor dem Kriege in hohem Ansehen gestanden als hervorragende Vertreterin des wissenschaftlichen Sozialismus. Die gesamte Internationale blickte zu ihr als der Führerin in der marxistischen Theorie. Die bedeutendsten Köpfe der marxistischen Gedankenwelt scharten sich um ihr Banner und befruchteten mit Wertey von höchstem Werte nicht nur das deutsche, sondern das gesamte internationale Proletariat; sie bauten weiter auf dem gemaltigen Fundamente, das ein Karl Marx und ein Friedrich Engels gelegt hatten; sie wandten deren Forschungs- und Arbeitsmethoden an und kamen zu jenen glänzenden Ergebnissen, die den ebenjüngsten Aufstiege der deutschen Sozialdemokratie ermöglichten. Hoffnungslos schauten die deutschen Arbeiter zu ihren Führern hin; sie sahen in ihnen nicht nur verkörpert den eisernen Willen zum Kampfe gegen eine feindliche Welt, sie sahen in ihnen auch die konsequenten Denker, die dem Proletariat die geistigen Waffen schmiedeten, deren es bedarf zu seiner Befreiung aus Lohnsklaverei und gesellschaftlicher Abhängigkeit. Es war eine Lust zu leben — um ein Wort von Ulrich v. Hutten abzuwandeln.

Seitdem sind ein Dutzend Jahre verstrichen. Ein Weltkrieg und eine Revolution haben sich abgepielt. Der Krieg hat der Sozialdemokratie schwere Erschütterungen, die Revolution hat ihr neue intellektuelle gebracht und dazu der gesamten Arbeiterbewegung neue Führer aus dem Proletariat. Wieviel aber von ihnen sind Erben marxistischer Geistesgüter? — Der Weg zur Arbeiterkraft und der Arbeiterkraft zum Führer war etwas sehr leicht in jenen Tagen; weder große äußere, noch große innere Kämpfe waren nötig, und das hat so manchem aus dieser neuen akademischen und proletarischen Führerschaft die Zuversicht gegeben, daß man auch ohne Marx und Engels leben könne. Welcher Auffassung eine Politik Vorschub leistete, die der alten sozialdemokratischen stark abwegig war.

Wie ganz anders standen da die Voraussetzungen vor dem Kriege und namentlich in der Zeit des Sozialistengesetzes, als die Partei, gehetzt und verfolgt, alles andere als ein gerühmtes Dasein bot, als der Intellektuelle, der Akademiker, mit seinem Eintreten für die Arbeiterkraft und seinem Eintritt in die Sozialdemokratie die Rücken der bürgerlichen Gesellschaft hinter sich abzusch, sich von seinem Bekannten und oft auch von seinem Familienkreise löste, oder richtiger dieser von ihm, dem „verlorenen Sohne“. Da galt es Eckensteine aufzubringen und die feste wissenschaftliche Überzeugung von der hohen Mission des Sozialismus. Da galt es aber auch tauflose Arbeit an sich selbst zu leisten, die anezogene bürgerliche Gedankenwelt zu überwinden und die marxistische sich anzueignen. Das ist noch nie eine Kleinigkeit gewesen, auch nicht für

Ein Führer ging dahin . . .

Robert Dikmann.

„Jurist Auf meines Lebens Laufbahn fällt mein Blick, Er fühlt sich frei von Selbstsucht der Bestimmung. Meine Name lebt im Angedenken fort, Und späte Sängler stellen mich zu jenen, Die für der Menschheit Bestes gekämpft —“ Laßalle, „Franz von Sickingen“.

Nie zuvor ward in der Arbeiterbewegung das Problem „Führer und Masse“ so eifrig diskutiert, wie in der Gegenwart. Nie zuvor war es auch so brennend und so eigentlich ununterbrochen akut, wie in unserer Zeit. Wer den offenen Blick dafür hat, der weiß nicht erst seit einigen Tagen, daß das damit zusammenhängt, daß aus der Führergarnitur der Kriegs- und Nachkriegszeit nur so wenige durch geistige Bedeutung wirklich hervorragen. Seitdem die großen Führer aus der „Heldenzeit“ des Sozialismus in Deutschland dahingegangen sind, haben die Bedürfnisse der sich ausbreitenden Organisationen so manches Talent, das zu geistigen Höchstleistungen berufen schien, ins Bureaokratische verjerrt. Andre, die mit einem Namen von Bedeutung schon vor dem Kriege unter uns wirkten, sind an den Aufgaben der Nachkriegszeit nur immer kleiner geworden. Gelehrte Generationen von umfassendem Wissen haben uns heute als Führer nichts Wegweisendes mehr zu sagen. Einer der Wenigen aber, der an den Aufgaben der jüngsten Vergangenheit wuchs, der ein wirklicher Führer war, das war ein einfacher Proletarier: Robert Dikmann.

Im Gegensatz zu einem zu trauriger Berühmtheit gelangten sächsischen Verfassungskollegen, der heute seinen alten Beruf verläßt durch die Erklärung umschreibt, er habe sich „der Metallindustrie gewidmet“, bekannte sich Robert Dikmann immer ungeschminkt zu seinem alten Beruf als Dreher und Maschinenbauer und zu seiner Volksschulbildung. Das ist sicher nichts Großes, ebensowenig wie die Anhänglichkeit, die er in aller Heftigkeit seines arbeitsreichen Daseins seiner alten Mutter widmete, die da in jenem rechtsrheinischen Bezirk bei Köln wohnte, den man das Oberbergische nennt und der seine Heimat war. Nichts Großes, und doch wie charakteristisch für den Mann, von dessen Einfachheit seine Freunde zahlreiche Beispiele wissen und dessen hingebungs-volle Treue zu seiner Sache, dessen vollkommenes Aufgehen in seiner Aufgabe bis zur Selbstaufopferung immer vorbildlich war.

In dieser Einfachheit und Treue haben die Metallarbeiter ihren „Robert“ geliebt und verehrt. Sie empfanden das engste Zusammengehörigkeitsgefühl mit ihm, der ihnen nie mit Distanz, wie andre auf der Stufenleiter zu den Spitzen der Gewerkschafts- oder Parteiführung Emporgeliegene, gegenüberstand, sondern der ihnen immer nur brüderlich gleich-gestellt bleiben wollte. Und damit war dann auch recht eigentlich der Grund gelegt für die Führerbedeutung Robert Dikmanns, die aus seinem Willen erwuchs, seine Gewerkschafter ohne jeden Hochmut zu verstehen und aus seiner Gabe, sie ohne jeden fühlbaren Druck zu lenken. Dies verbunden mit einem Bildungstrieb und einem Verständnis für die Notwendigkeit der tieferen und breiteren wissenschaftlichen Fundamentierung der Gewerkschaftsarbeit, die ihn ständig an sich selbst arbeiten und ihn weitgehender Verständnis dafür haben ließen, in Metallarbeiterverbände sowohl der wissenschaftlichen Arbeit eine Stätte des Wirkens, wie auch den Metallarbeitern Stätten der Bildungsvermittlung zu schaffen.

Robert Dikmann ist nur 48 Jahre alt geworden und trotzdem mehr als ein Vierteljahrhundert leitend in der Gewerkschafts- und Parteibewegung tätig gewesen. Den erst Einundzwanzig-jährigen wählten die Metallarbeiter im Wuppertal (Barmen-Elberfeld) am Anfang des Jahres 1900 zum Bevollmächtigten. Fünf Jahre später übernahm er in gleicher Eigenschaft nach Frankfurt a. M., um dann drei Jahre später zunächst als Parteisekretär in Hanau am Main und dann als Bezirkssekretär in Frankfurt in den Dienst der politischen Arbeiterbewegung zu treten. In diesem blieb er zunächst für die Sozialdemokratie, dann für die USP, bis November 1919. Der Stuttgarter Metallarbeiterkongreß von 1919 wählte ihn zum Verbandsvorsitzenden. In dieser Stellung blieb er mit Brandes und Reichel, aber der eigentlich Führende in diesem Triumvirat, bis zu seinem Tode. Dabei hat er noch im Reichstage, dem er seit 1920 angehörte, eine außerordentlich fruchtbare Tätigkeit entfaltet.

Diese Tätigkeit nach ihrem ganzen Umfange oder gar im einzelnen zu würdigen, ist hier nicht am Platz. Sie führte Robert Dikmann von einem Teil Deutschlands zum andern in einem zu-

losen Wanderleben, das ihn in fortwährendem engen Kontakt mit allen Bedürfnissen und Strömungen im Verbands hielt. Wo irgendeine schwerwiegende Entscheidung zu treffen war, da war Robert Dikmann zur Stelle, immer guten Rates voll, immer auch bereit, Verantwortungen zu tragen. Wo irgend beklemmende Sorgen bestanden, da erschien Robert Dikmann — um sie leichtern zu helfen. Wie oft hat er so im Laufe der Jahre mit klugem Geschick, aber auch mit kernigem Wort in Wirrnisse eingegriffen und sie lösen geholfen. Und wie manchem Werk hat er aufbauend seine Hilfe gesteuert und an der Durchführung tatkräftig mitgewirkt. Nicht zum wenigsten ist es seiner Tätigkeit gedankt, daß gerade der Metallarbeiterverband von bürokratischer Verknöcherung bewahrt blieb, vor einem Ueberwuchern des Zentralismus.

Von dem außerordentlichen Geschick Dikmanns zeugte u. a. in den letzten Monaten ein Werk, dessen Durchführung ihm, wie wir wissen, eine besondere Freude gewesen ist. Wir meinen den Anschluß des Solinger Industriearbeiterverbandes an den Metallarbeiterverband. Jahrzehntlang standen im Solinger Bezirk die Lokalorganisationen (Fachvereine) der Schneidwarenindustrie in heftigem Kampf mit dem DMB. Jahrzehntlang hat dieser Kampf seine Weilschläge in die gesamte deutsche Arbeiterbewegung geworfen. Die Zeit hat dann zweifellos manchen Ausgleich zwischen den alten Häusern geschaffen. Eine neue Generation wuchs heran, zwar noch beeinflusst von dem Gewesenen, aber heftig für die moderne kapitalistische Entwicklung und die in ihr wirkende Tendenz der Verstrickung. Inmitten, als vor etwa Jahresfrist Dikmann in Solingen Verhandlungen zur Heranführung des Industriearbeiterverbandes an den DMB, begann, da war die örtliche Leitung der Sozialdemokratie noch so besorgt um den Ausgang, daß sie Dikmann dringend zur Vorsicht ermahnte, um nicht die Parteibewegung zu schädigen. Die Mahnung war unnötig; Dikmann hat das Werk der Einigung mit Erfolg zu Ende geführt, und heute hat das Solinger Industriegebiet längst die einheitliche Metallarbeiterorganisation.

Ein besonderes Verdienst Dikmanns war die Förderung der Betriebsräte-Bewegung. Ganz anders als der größte Teil der oberen Gewerkschafts-Bureautätigkeit, der dem Rätegebunden immer mit dem Argwohn gegenüberstand, in der eigenen Geltung beschränkt zu werden, ergriffte Dikmann sogleich die Bedeutung des Systems der Räte-Verichtung. Fern von jeder Ueber-schätzung sogenannter Wirtschaftsdemokratie erkannte er in der Rätebewegung, dabei wiederum fern von kritikloser Bewunderung läuferlich ausgezirkelter Pläne für deren Wirken, die Möglichkeit, dem Kapitalismus näher und intensiver auf das Fell zu rücken, ihn nicht nur theoretisch, sondern auch in seiner Praxis mit ihrer unerbittlichen Fülle von wichtigen Einzelarbeiten zu durch-schauen. Der Unterstützung der Räte-Tätigkeit schuf er als wichtiges Hilfsmittel die Betriebsräte-Zeitschrift des DMB. Für die Betriebsräte gewann und stellte er zur Verfügung die besten Kräfte des proletarischen Bildungswesens, mit Fleiß darauf bedacht, durch deren Wirken die Betriebsräte zu schulen, alle ihre Einzelbeobachtungen im Zusammenhang mit dem großen Gesamtprozeß der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung zu sehen. Ganz wesentlich für die Unterstützung der Betriebsräte des Verbandes schuf er die Schule in Dürrenberg, deren Bedeutung ein übertriebener selbstgefälliger „Begrüßungsbredner“ des DMB bei der Gründungsfeier mit einem hochhaften Hinweis auf den Namen „Dürrenberg“ herabzusetzen suchte. Nun, Robert Dikmann hat dieser Schule ständig seine ganze Liebe zugewandt, und es ist gelungen, aus dem „dürren Berg“ mit dem Hofesstab sozialistischer Methoden fruchtbares Wasser zu schlagen, dessen Wirkungen die deutsche Metallarbeiterbewegung schon allenthalben zeigt.

Robert Dikmann, der in seiner eigenen Lebensweise stets der einfache Proletarier geblieben ist, hatte ein helles Mitgefühl mit der Not der Arbeiterkraft und des einzelnen Arbeiters. Darum widmete er den Erwerbslosen seinen ganzen Einfluß. Er war in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion der nie zufriedene Mahner und Dränger für immer erneute Bemühungen, den Erwerbslosen zu helfen. Das große Arbeitsbeschaffungsprogramm, aus dem die Unfähigkeit und Bismilligkeit der hohen Regierungsbureautätie einen festen Papier gemacht hat, war mit sein Werk. Jeder Forderung nach Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung war er ein warmer Befürworter, jeder Ablehnung ein unerbittlicher Ankläger. Die Bereitwilligkeit, die ihm dafür zu Gebote stand, machte erfreulicherweise keinen Halt vor dem Mißbilligungsworteln dickerer Weisheitsbullen, vor seiner lauer-typischen Miene ewig bedenklicher „Staatsverantwortlicher“. Die Arbeiterkraft dankt es Robert Dikmann, daß er bei der Ver-

den Begabtesten. Das gewaltige Werk eines Karl Marx in sich aufzunehmen, erfordert jahrelanges intensives Studium, erfordert wiederholtes Durchforschen seiner grundlegenden Schriften und einen eisernen Willen, der vor keiner Schwierigkeit zurückschreckt. Diesen Willen und diesen Fleiß haben sie alle mitbringen müssen, die in jenen Jahren sich als Intellektuelle dem Sozialismus zuwandten und in ihm zu wirklichen Führern des Proletariats emporschwanden. Und sie haben diesen Fleiß und diesen Willen gehabt.

So auch Bruno Schönland, von dessen jüher Unermüdlichkeit ein glänzendes Zeugnis ablegt sein Handexemplar des ersten Bandes des Marx'schen Kapitals, das uns vor kurzem wieder in die Hand kam. Nur wenige Blätter weist das 800 Seiten starke Werk auf, die keine Anmerkungen tragen. In vielen eignen Fußnoten und Randbemerkungen zeigt sich der immense Fleiß, den Bruno Schönland aufwandte, um Marx zu ergründen, zeigt sich das tiefe Verständnis, das er ihm entgegenbrachte, zeigt sich seine eigene umfassende Befähigung in der ökonomisch-soziologischen Literatur, und zeigt sich schließlich das tiefe soziale Gefühl, das ihn zur Arbeit am Proletariat hingog. Was uns aber dieses Handexemplar Schönlands so wertvoll macht, ist sein Bekenntnis, das er, der von der Justiz Verfolgung und Eingekerkerte, im Gefängnis für den Sozialismus u. ablegte. Im Jahre 1887 „lag“ er wieder einmal, diesmal im Zellengefängnis zu Nürnberg. Die Zeiten, die vor dem Kriege sozialdemokratische Schriftsteller hinter Gefängnismauern zubrachten, waren oft die einzigen, in denen sie sich wieder einmal dem Studium hingeben konnten; die Zeiten in der preukisch-deutschen „Freiheit“ waren Zeiten ununterbrochenen Kampfes. Was aber studierte Schönland in der banalsten Justizfeste zu Nürnberg? — Er nahm wieder, er nahm zum sechstenmal das Kapital von Marx zur Hand und schrieb auf das freie Schlussblatt:

Zum ersten Male las ich Marx' Kapital Bd. 1 i. J. 1878, als Berliner Student im 1. Semester, nach dem Hübelerattentat. Mein damals benutztes Exemplar besitzt jetzt Freund F. Hs. Von da bis zum 31. August 1885 einschließlichs habe ich es noch viermal gelesen. Heute (23. April 1887) beginne ich zum sechstenmal die Lektüre des 1. Bandes.

Immer wieder finde ich in dieser Schrift des Denkers Marx die reichste Fülle hohen Genusses, umfassender Belehrung, intensiver Anregung. Jedermal fühle und begreife ich, daß ich Marx besser verstanden habe; und wer eindringlich ihn studiert, weiß die großartige Tiefe, Arbeit, Folgerichtigkeit dieses Genies zu würdigen und die Bedeutung seiner wissenschaftlichen Leistungen zu erfassen.

Daß ich wiederum im Gefängnis stehe, diesmal im Zellengefängnis zu Nürnberg, wegen angeblicher „Geheimbündelei“, ist

nur ein Spott, fortzuführen in dem Kampfe für die Befreiung der Arbeiterkraft als eifriger, uneigennütziger Soldat. Hoch die Sozialdemokratie!

Nürnberg, Zellengefängnis, Zelle Nr. 203, Grundbuchnummer 6537, 23. April 1887.

Angefangen am 2. 4. 87, beendet 27. Mai 1887.

Dr. Bruno Schönland, jetzt einfach Nr. 203.

Dieses Bekenntnis des damals Achtundzwanzigjährigen offenbar aus den ganzen Menschen Schönland, der nicht nur der rasche Kämpfer im Streite des Alltags war, der nicht nur sein ganzes Ich in die Bewegung warf, der auch von dem starken Drange besetzt war, sein geistiges Rüstzeug immer aus neue zu vernichtkommen, immer tiefer einzubringen in die gewaltige Gedankenwelt eines Marx, die seine Feder zu einer der besten in der Internationale und zu einer der geistreichsten in der kapitalistischen Gesellschaft machte. Und welche Beherrschung spricht zugleich aus jenen Zeilen: „Heute beginne ich zum sechstenmal . . .“ Wer von jenen akademischen und auch nichtakademischen Lichtkämpfern, die heute immerzu Marx „überwinden“, hat sich wohl jemals die Mühe genommen, Marx auch nur ein mal gründlich durchzulesen! — Und wenn sie es getan haben, wer hat sich dann wohl die Mühe genommen, Marx zunächst wenigstens einmal zu verstehen?

Es stünde heute besser um die Arbeiterbewegung, wenn wir mehr Intellektuelle hätten, die Marx einmal gründlich studieren, mehr erwachte Arbeiter an sich selbst, statt der vielen an ethisch-moralischen, religiös-mythologischen und anderen feilschen Blüthen lebenden Ganz-, Halb- und Viertelakademiker. Sie glauben die Welt mit sittlichen Gesetzen zu lenken und die Arbeiterbewegung mit moralischen Predigten. Sie kennen nicht die Bewegungsgesetze der kapitalistischen Gesellschaft, und damit auch nicht den Weg, den das Proletariat gegen muß, um sich ihre Gesellschaft zu entledigen. Sie tragen nicht nur noch die Schladen der bürgerlichen Denkweise an sich herum, sie strecken noch völlig in ihr. Sie halten sich für Sozialisten und sind bestenfalls sozialisierende Menschen. Es mangelt ihnen schließlichs nicht an Intellekt, um zur sozialistischen Erkenntnis zu kommen, es mangelt ihnen vielleicht nur das eine, was die alte akademische Führergeneration auszeichnete: der revolutionäre Drang und Wille, der seine beste Kraft aus der marxistischen Erkenntnis zieht.

Wären die Einsichtigeren unter ihnen sich Bruno Schönland zum Vorbild nehmen, der noch lange nach Abschluß seines akademischen Studiums sich als Marx-Student fühlte, der bis zu seinem Tode noch etwas von Marx lernen zu können meinte. Es wird sowohl ihnen wie der gesamten Arbeiterbewegung besser bekommen. —rr.

Verletzung ihrer Angelegenheiten stets die Dinge rüchlos beim richtigen Namen nannte.

Ein Reisetexte war Robert Digmann wahrlich nie. Er hielt nichts von der Kunst, in großen Dingen schlau zu sein. Er mußte, das Professorat mußte solche Schlauheit immer teuer bezahlen. Feind jeder ideologischen Hinnelung zur Staatsverantwortlichkeit, zum schiedlich-friedlichen Vorkommen mit der feindlichen Klasse, blieb Robert Digmann bis zum Ende ein aufrechter und überzeugter Bannerträger des Sozialismus. Bei einer Ansprache in Bärenberg, kurz bevor er die Reise nach Amerika antrat, von der nun das Heimkehrschiff nur den entseelten Körper zurückbringt, forderte er von den Anwesenden, nicht unser Ziel für die Zukunft aus den Augen zu verlieren. Er bekannte sich, wie August Bebel, als Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft und verlangte über alle Tagesarbeit hinaus, zu kämpfen um die Eroberung der Macht für die Arbeiterklasse, um dadurch die Möglichkeit zur Befreiung vom Joch der Ausbeutung zu gewinnen. Gewerkschaftsarbeit hatte für ihn ihren Sinn nicht als Reformarbeit, sondern lediglich als Vorbereitung für den Sieg des Sozialismus.

Nun ist dieser seltene Mann, im wahren Sinne des Dichterswortes „ein Sohn des Volkes“, einem lässlich geführten Schicksalstrich erlegen. Wir wissen, daß Robert Digmann sich schon längst hätte mehr Ruhe gönnen sollen. Er selbst aber hielt sich für unerschütterlich, und nur selten verriet er, daß etwas nicht mehr so recht in Ordnung war. Ob nun äußere Einflüsse, der Uebergang aus den Tropen und der Tropenzeit in die inzwischen auf See fast winterlich kalt gewordene Welt des nördlichen Europa, Ursache des Todes gewesen sind — ob Rastlosheit aus Deutschland eine maßlose Erregung in das frische Herz gebracht haben, der es erlag —, uns bleibt die Tatsache eines unermesslichen und unerschütterlichen Verlustes. „Unerschütterlich“ lagen wir mit Absicht. Man spricht oft vom Tode eines Menschen dies vielbedeutende Wort. Aber hier hat es wirklich Sinn. Ob der Metallarbeiterverband ein gleichwertiges Organisationsstadium, einen gleich unermesslichen und qualifizierten geistigen Leiter finden wird, wissen wir nicht. Aber daß Robert Digmanns Tod in unserer Partei eine Lücke reißt, von der wir uns noch nicht denken können, wie sie ausgefüllt werden soll, das ist sicher.

Teshalb ist nicht Kleinmut am Plage. Wir müssen die den Händen des Todes entglittene Arbeit aufnehmen und mit verdoppelter Anstrengung zu Ende führen. Unser Motto der Spruch aus Althmanns Meisterlied Tord Solsten:

„Das Banner kann stehen, wenn der Mann auch fällt.“

Nach einem halben Jahr Bergbaukampf.

Am 31. Oktober dankte der englische Bergarbeiterkampf bereits ein volles halbes Jahr. Die Situation zu diesem Zeitpunkt wird durch die folgende W.-Meldung gekennzeichnet: In einem Brief an den konservativen Unterhaus-Kandidaten Carver führt Ministerpräsident Baldwin aus, daß die Hoffnung auf eine weitere Intervention der Regierung im Kohlenkonflikt diesen nur zu verlängern geeignet sei. Leider herrsche die Auffassung vor, daß die Regierung in letzter Stunde Vorschläge für eine Lösung machen würde, die nicht in Einklang mit den Interessen der Wirtschaft ständen. Es gebe keinen größeren Fehler als diesen. Die Regierung würde nur den Weg für weitere Mißverständnisse ebnen, wenn sie vorgeben würde, daß sie die Macht hätte, eine Lösung zu erzwingen.

Diese Meldung bestätigt die Auffassung des Londoner Berichterstatters des Soz. Pressedienstes, der am 29. Oktober meldete: Die neuen Versuche, die beiden Parteien, Bergbauunternehmer und Arbeiter, an einen gemeinsamen Verhandlungstisch zu bringen, scheinen vorläufig nicht besonders aussichtsreich; die Regierung hat ihre Vorschläge zurückgezogen und wünscht sich von jeder weiteren Intervention zurückhalten; die Unternehmer sind entschlossen, keinen Fuß breit von ihren ursprünglichen Forderungen abzugeben, und lieber noch monatelang zu warten, als nur dem geringsten Kompromiß zustimmen.

Indessen geht der Kampf erbitterter als je weiter. Die Abbröckelungsbewegung hat die vorausgesetzte laminarartige Entwicklung nicht angenommen und blieb im wesentlichen überhaupt auf Mittel-England beschränkt. Was wichtiger ist: die zur Arbeit zurückgekehrten Bergarbeiter sind der Rot gewichen, sie haben keineswegs die Psychologie von Streikbrechern angenommen; ihre Stimmung ist erbittert und ihre große Majorität ist entschlossen, den Kampf um die alten Bedingungen so bald wie möglich wieder aufzunehmen. Die anderen aber, die Milion derjenigen, welche der Verbandspolitik, trotz Rot, Entbehrungen, Einschüchterungen und finanziellen Lockungen der Unternehmer, treu geblieben sind, bilden heute noch wie vor sechs Monaten, eine heroische Front, deren Festigkeit auch von gegnerischer Seite anerkannt werden mußte.

Der Kohlenmangel in England.

II. London, 2. November.

Szenen, die an die Kriegszeit in Deutschland erinnern, konnten gestern in allen Teilen Englands beobachtet werden. Die Hausfrauen und Mädchen standen in langen Reihen vor den für die Belieferung mit Kohlenzuteilungsscheinen eingesetzten Behörden.

Karl und Anna.

Von Leonhard Frank.

Copyright 1926 by Ullstein K.-G., Berlin.

Es geschah, daß Anna durch eines Menschen Phantasie, den seine Liebe helllichtig machte, zum erstenmal im Leben ihre eigene Kindheit, ihre Jugend sah und empfand voll heiliger Nüchternheit.

Schon während er gesprochen hatte, waren ihre Hände still geworden. „Was Sie da sagen!“ sagte sie bewegt.

Entweder sie liebt mich, oder es ist überhaupt nichts, so wie's mit mir steht, dachte er.

„Was du zu deiner Freundin gesagt hast, damals, als die falsche Nachricht kam? War halt hart für dich, wie für andre Frauen auch. Das wußtst du in der Brust... Aber ich kenn dich doch, du kannst gar nicht glauben, daß dir sowas passiert ist. Und überhaupt passieren kann. Bist ja wie ein Lindenblatt. Stecht auch so aus. Hast es wahrscheinlich gar nicht geglaubt, wenn du's auch geglaubt hast. Und dann kam eben vielleicht doch auch dir dich das Weiterleben in den Tag hinein, so für nichts und wieder nichts. Man leidet sich und leidet sich. Nach jemand ganz einfach! Mir ist das bekannt... Und dir? Hast dich geacht?“

Anna war nie unzufrieden gewesen mit Richard. Sie hatte sich nie so etwas wie verkannt gefühlt, noch auch je gedacht: Der Mann liebt mich. Sie hatten nie über etwas anderes gesprochen als über die Sorgen des Tages. Sie verpöhlte die beiden Männer auch jetzt nicht. Sie stand da, ganz benommen von Scham, weil sie ihn für einen Betrüger gehalten hatte.

Schon einige Male hatte Karl durch Worte, Blick und Ton etwas angesprochen in ihr, das bisher brach gelegen war. Sie hatte jetzt gefestert abend die Empfindung, noch große Stroden unentdeckt in sich zu tragen. Sie stand minutenlang in einem nie erlebten herrlichen Gefühl. Aber sie war innerlich ein langamer Mensch. Sie konnte keine Sprünge machen. Sie war echt und lebte, tat und atmete, wie sie war. Ihr Dasein und ihr Wesen, ihre Gegenwart waren plötzlich verteilt von der Vergangenheit mit Richard, die schon ganz durchdrungen, verklärt und verunkelt gewesen war.

Karl mußte in der folgenden Zeit erfahren, daß Treue nichts anderes zu sein braucht als Langjamkeit.

Getroffen plötzlich von dieser Vergangenheit, die wie ein Fremdkörper von außen her in sie wieder hineingetrieben worden war,

Gerichtsschreiber oder Justizobersekretär.

Ein Schwabenstreich des Reichsgerichts.

Summum jus summa injuria! Dem altrömischen Rechtslehre, der besagt, daß der höchste Rechtspruch ist das größte Unrecht bedeutet, ist der oberste deutsche Gerichtshof in Leipzig „aus tiefster Seele frei“ geblieben.

Hatte sich da ein armer Schlucker vermessend, rechtzeitig, d. h. innerhalb der nach den Vorschriften der Strafprozessordnung geleiteten Rechtsmittelfrist, wegen einer gegen ihn erkannten Gefängnisstrafe Revision einzulegen. Er hatte sich zu diesem Zweck mit der Bitte an das zuständige Gericht gewandt, ihn einem Gerichtsschreiberbeamten vorzuführen. Das geschah. Der die Revisionsentscheidung aufnehmende Gerichtsbeamte hatte das von ihm aufgelesene, vorgelesene und von dem Beurteilten unterschrieben vollständigere Protokoll als heutzutage üblicher Beamter mit seinem Namen unter Hinzufügung der Amtsbezeichnung „Justizobersekretär“ versehen. Damit gelangten die Vorinstanzen an das hohe Reichsgericht. Der Vorsitzende dieses höchsten deutschen Gerichtshofes geriet sich den Kopf zunächst ddrüber, ob die Revision form- und fristgerecht eingelegt sei und gelangte schließlich am 23. Juli 1926 in den Akten 3 D 520 26 zu dem geradezu ungläublichen Ergebnis, daß die Revision des armen Proletariats zu verwerfen sei, weil — wie mit juristischer Epigonalität und Geschäftigkeit des eingehenden begründet wurde — der das Protokoll aufnehmende Gerichtsbeamte seiner Amtsbezeichnung „Justizobersekretär“ nicht noch die geschmackvollen Worte „als Gerichtsschreiber“ hinzugefügt hätte, deshalb also nicht zu ersehen sei, ob der Beamte auch tatsächlich die Eigenschaft einer zur Aufnahme solchen Rechtsmittels gesetzlich befugten Amtsperson besessen hätte. Summa summarum: Ein Proletarier geht keineswegs ihm zugesicherten Rechtsmittels verlustig, weil reaktionäre Richter aus dem Titel „Gerichtsschreiber“ als integrierenden Bestandteil einer Rechtsmittelleistung reiten. Soweit sind wir also schon gekommen, daß arme Schlucker hinter Gefängnismauern schmachten müssen, weil reaktionäre Richter keine Vernunft besitzen.

Hätte nicht eine vorherige Anfrage des Spruchsenats des Reichsgerichts bei der betretenden untergeordneten Gerichtsstelle sofort Klarheit schaffen und den vermeintlichen Mangel beheben, damit dem Beurteilten, der zweifellos völlig unschuldig an seinem Mißerfolg und folgenden Schicksal ist, zu seinem Recht verholfen können?

Aber abgesehen davon mußte sich der Spruchsenat doch fragen, daß ein Justizobersekretär in jedem Falle eine Person ist, die die vorgeschriebene Prüfung für den Gerichtsschreiberbeamtenamt ordnungsmäßig abgelegt hat. Denn sonst hätte dieser beurkundende Beamte sich doch durch Amtsanmaßung nach § 132 des Strafgesetzbuchs strafbar gemacht. — Oder haben die hohen Herrn Reichsgerichtsräte auch Bedenken, daß man sie nicht für Richter des höchsten deutschen Gerichtshofes ansehen könnte, wenn sie das nicht ihrer Amtsbezeichnung noch ausdrücklich hinzufügen?

In verschiedenen deutschen Ländern ist die Bezeichnung Gerichtsschreiber überdies seit der Revolution endgültig gefallen. Sollen nun in den Ländern, in denen diese Bezeichnung ausgehtigt worden ist, die Justizobersekretäre überhaupt keine Rechtsmittelleistungen aufnehmen können, weil sie einfach die Titulatur abliehen? Umgekehrt sind anderwärts befähigten Kanzleibeamten Gerichtsschreiberstellen übertragen worden. Soll nun etwa ein Protokoll, das von einem nichtgeprüften, Gerichtsschreiberamt ausübenden Kanzleibeamten ordnungsmäßig aufgenommen worden ist und den Zulassung „als Gerichtsschreiber“ — aber ohne seine Amtsbezeichnung, die die Eigenschaft des Kanzleibeamten ohne weiteres ersichtlich machte, z. B. „Kanzleiaktuar oder Kanzleischreiber“, enthält, mehr Gültigkeit beanspruchen können, als wenn ein zweifelsfrei ordnungsmäßig geprüfter Gerichtsschreiber sich „nur“ als „Justizobersekretär“ bezeichnet, was ohne weiteres besagt, daß er legitimiert ist. O sancta simplicitas!

Die ungeheuerliche Reichsgerichtsentcheidung wäre unmöglich gewesen, wenn die Bezeichnung „Gerichtsschreiber“ keinerlei bereits dahin gewandert wäre, wohin sie gehört, nämlich in den Schutzhäusern der wilhelminischen Herrschaft. Da erst kann sie keinen Schaden mehr anrichten! Was würden wohl die erteilungsbefähigten Herren Richter sagen, wenn man sie in einer deutschen Republik als die „Arbeitschreiber“ bezeichnete? — Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig!

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstags hat den Anfang gemacht und bei der Beratung des Arbeitsvertragsgesetzes am Dienstag, dem 28. Oktober 1926, bei jedem Arbeitsvertrag gemäß der nach § 31 beschlossenen Fassung eine Geschäftsstelle errichtet. Der Wunsch rechtsgerichteter Abgeordneter, insbesondere auch der deutschen Volkspartei, diese Stelle „Gerichtsschreiber“ zu benennen, fand durch den heftigen Einspruch der linksstehenden Abgeordneten keine Mehrheit.

Kein Verkehrsstreik in Berlin.

Im Lohnstreik der Berliner Verkehrsbetriebe fanden schon am Montagmorgen, anstatt, wie ursprünglich vorgesehen, heute, neue Einigungsverhandlungen statt, nachdem die Abstimmung des Personalrat der Abgabe (Omnibusgesellschaft) nicht die erforderliche Mehrheit für den Streik ergeben hatte. Die Einigungsverhandlungen führten zu einer Verständigung auf der Grundfrage des etwas abgeänderten, aber nur unwesentlich verbesserten Schiedspruchs. Die Funktorenversammlung hat dieser Verständigung ihre Zustimmung gegeben.

Zum letztenmal — „Wie's gemacht wird.“

Der Rat der Stadt Leipzig schreibt uns:

In der Nummer vom 23. Oktober 1926 ist unter der Überschrift: „Wie's gemacht wird.“ behauptet worden, daß die Stadtbank nur Bankangestellte engagiere, die das 21. Lebensjahr noch nicht überschritten hätten, und daß die gelassenen Kräfte in Deutsch- und Mathematik mindestens die Note 2 haben müßten.

Wir gestatten uns, Ihnen mitzuteilen, daß für die Einstellung von Angestellten für die Stadtbank nie derartige Bedingungen gestellt worden sind. Bei dem angegriffenen Ausschuss handelt es sich vielmehr um die Gewinnung geeigneter erwerbsloser Kräfte aus dem Kreis der Bankbeamten und Kaufleute, die für eine etwaige Umschulung für die Verwaltungsbekanntensaufbahn, bei der ein Höchstalter von 21 Jahren für den Eintritt vorgeschrieben ist, in Frage kommen können.

Geringfügige Verbesserung der Erwerbslosenfürsorge

SPD. Der Reichsrat erklärte sich am Donnerstag mit einer Änderung der Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge einverstanden. Bisher konnte Erwerbslosenunterstützung nicht gewährt werden, wenn während der letzten zwölf Monate weniger als drei Monate hindurch eine krankheitsversicherungspflichtige Beschäftigung ausgeübt worden war. Dies hat zu mancherlei Härten geführt, die nunmehr in folgenden drei Punkten gemildert werden sollen: Auf die zwölf Monate soll mitangerechnet werden die Zeit, während derer eine Beschäftigung ausgeübt wurde, die ihrer Art nach die Anwartschaft auf die Fürsorge begründet, aber weniger als drei Monate dauerte; ferner die Zeit, während derer der Betreffende infolge von Krankheit arbeitsunfähig war und die Zeit, während derer er auf behördliche Anordnung in einer Anstalt verwahrt wurde.

Der französische Nationalkongress der freien Gewerkschaften hat sich am Sonnabend mit der Organisation des Gewerkschaftswesens in Nordafrika befaßt. Dann ging er zur Diskussion des nächsten entages über. Mehrere Redner betonten, daß unter keinen Umständen der Achtstundentag bedroht werden dürfe. Es könne keine Rede davon sein, eine „liberale Anwendung“ des Achtstundentages einzuführen, wie das von kapitalistischer Seite angeregt wurde, sondern die Gewerkschaften seien im Gegenteil entschlossen, auf einer strikten Einhaltung des Achtstundentages zu bestehen.

... oft und gern



Fast vierzigjährige Erfahrung bürgt Ihnen für die Weltmarke: Kathreiners Malzkaffee. Der Gehalt macht's!

Im Hauptraum nebenan lag der Freund der Schwester, deren Mann im Kriege war, schlafend auf dem rostbraunen Kanapee. Die zwei Söhne der Schwester, acht- und neunjährig, standen sinnend vor dem alten Kinderwagen, in dem ihr halbjähriges Brüderchen — Sohn des Schlafenden — lag, beide häutchen an die Wangen gedrückt, und berauschlagten, wie sie für den Nachmittag zu einem Wagen kommen könnten.

„Wir montieren einfach den Motor ab, dann haben wir das Chassis.“ sagte der Ältere, der den Schraubenzieher schon in der Hand hatte.

„Aber leis, sonst fängt er an zu brüllen.“

Sie zogen die acht Schrauben heraus, hoben das Oberteil mit dem erwachsenen Säugling herunter auf den Fußboden und verschwand mit dem Kadestell. „Heut abend montieren wir den Motor wieder auf... Da, jetzt brüllt er schon.“

Auch der Freund, ein Motorschlosser, erwachte, sah sich sofort nach dem Kinderwagen um. Der Platz war leer. Dennoch, kein Zweifel, sah er ein Säugling. Er rief sich die Augen und staunte schlafrunten hinunter auf seinen Sohn. Sekunden später trug er ihn strahlend umher.

Das hatte sich so von selbst aus dem Ganzen ergeben. Er hatte die Schlafstelle — das Bett des Mannes, der im Kriege war — gemietet. Anfangs hatte der Tisch zwischen den zwei Betten gestanden, die Grenze zu markieren. Nur in der ersten Woche wurde beim Schlafengehen das Licht ausgedreht. Mit dem Gelde, das er für schlechteres Essen im Gasthaus hätte hinlegen müssen, bestritt die Frau den Haushalt für die ganze Familie, die unersorgt zurückgeblieben war. Die zwei Betten standen wieder nebeneinander.

Die Frau erschien mit der wassnassen Schürze und der Wurzelbürste im Uhrarmen. „Hat er geschrien?“ Ihr Gesicht war grau, die Haut schlaff. Nur die braunroten Lippen waren glatt, blutvoll gespannt und korrespondierten, wie sie offen standen, mit dem immer neugierig fragenden Augen. Sie war älter als der Motorschlosser.

„Da schau her!“ rief er, von neuem erheitert und deutete.

„Das haben die zwei Gauer schon heute nacht im Bett besprochen.“ Sie gab dem Säugling die Brust, die noch auffallend jung war, weiß, nicht groß und himmelblau geädert.

(Fortsetzung folgt.)

Wirtschaft

Der Weltspartag.

Der 31. Oktober war ein denkwürdiger Tag. Nicht etwa nur wegen der Sachwahl. Vielmehr hat die jüngst stattgefundene internationale Konferenz der Spartakisten beschlossen, am 31. Oktober jeden Jahres einen Weltspartakistentag anzusetzen, der den Massen der Bevölkerung die Notwendigkeit des Sparens ins Gedächtnis rufen soll. Der Weltspartag ist als Mahnung an jeden einzelnen gedacht, sein Einkommen nicht vorzeitig zu verschwenden, sondern für den Fall der Not etwas zurückzulegen. Man sollte meinen, daß es in der Zeit der über die ganze Erde verbreiteten Massenarbeitslosigkeit einer solchen Mahnung nicht bedarf. Es gibt wohl keinen wirksameren Appell an die Proletariermassen der Welt, der Unsicherheit ihrer Lebenslage eingedenk zu sein, als die Arbeitslosigkeit mit all ihren Schrecken. Da ist es denn verhängnisvoll, daß gerade in der Zeit, wo der Ruf zum Sparen die willigsten Ohren finden könnte, die Befolgung des Rufes am schwersten durchführbar ist. Was fehlt, ist weniger die Einsicht in die Notwendigkeit, einen Notgroschen zurückzulegen, als das Fehlen des Groshens. Es besteht sogar die Gefahr, daß das Sparen, wenn die Mahnung des Weltspartags allzu willig befolgt wird, sich gegen die Sparenden selbst kehrt. Solange die den Spartakisten anvertrauten Gelder nicht verbraucht werden, werden sie zinsbar angelegt, und Zinsen tragen können sie nur, wenn sie mittelbar oder unmittelbar in Kapital verwandelt werden. Wenn also der Ruf zum Sparen die Wirkung hat, daß die Massen ihre ohnehin reichlich niedrige Lebenshaltung noch weiter herabdrücken, nur um möglichst viel zur Spartakasse tragen zu können, dann kann es sehr leicht geschehen, daß die Menge des Kapitals weiter anwächst und die Massenkaufkraft weiter sinkt, also die Armutseigenschaft und damit die Unsicherheit der proletarischen Existenz nicht ab-, sondern zunimmt. Der sicherste Weg, um das Sparen nicht nur zu ermöglichen, sondern auch, um es zu einer wirklichen Sicherheit für die im Kapitalismus unausbleiblichen Fälle der Not werden zu lassen, ist die Verbesserung der proletarischen Lebenshaltung und vor allem die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Das Großbanken-Kartell.

Die Wirtschaftssituation hat bisher noch nichts hervorgerufen, was als Unterlage für zöge gesetzgeberische Reformen dienen könnte. Aber ein Verdienst kann man ihr nicht absprechen: das Frage- und Antwortspiel trägt dazu bei, Menschen und Institutionen, die sich hinter doppelt gepolsterten Direktorialtürnen gern mit dem Nimbus der Unwiderstehlichkeit und Unwandelbarkeit umgeben, in ihrer ganzen Kärglichkeit zu zeigen.

Wie war es bisher, wenn in der Öffentlichkeit über die Zinspolitik der Banken gesprochen wurde? Die Kritiker, hieß es jedesmal, haben keine Ahnung von den inneren Notwendigkeiten des Bankbetriebes, von den ehernen wirtschaftlichen Rücksichten und von der präzisen, bis auf die zehnte Dezimalstelle genauen Kalkulation, nach der sich bei den Großbanken die Festlegung der Zinsen und Provisionen vollzieht. Man hat der Enqueteausschuss einmal auf den Fuß gefasst. Und was kommt heraus? Der Delegierte der Großbanken, Herr Mosler von der Disconto-Gesellschaft, muß öffentlich eingestehen, daß irgendwelche festen Grundsätze für die Bemessung der Zinsen und Provisionen im Bankgewerbe nicht bestehen, und daß man sich nur recht vage „nach der jeweiligen Markt- und Wirtschaftslage“ richtet. Mit anderen Worten: daß man so viel nimmt, wie man kriegen kann, aber auch nicht mehr.

Das Kollegium, das nach solchen unfehlbaren Kriterien die Zinspolitik in Deutschland bestimmt, die Berliner Stempelvereinigung, hat aber tatsächlich einen Einfluß auf das Wirtschaftsleben aus, der weit über ihren äußeren Geltungsbereich hinausgeht. Auch darüber gab die Enquete wertvolle Aufschlüsse. Die Berliner Stempelvereinigung gehört zu den Kartellen, die der Form nach keine sind. Sie hat kein festes Statut und kennt keine Konventionen. Ihre Beschlüsse bestehen in einem gemeinsamen agreement: die Großbankdirektoren und ein paar große Bankherren verabreden miteinander, welche Zinsen- und Provisionsätze sie ihren Kunden auferlegen und zahlen wollen, und damit basta. Die Macht der Berliner Großbanken wäre aber unvollkommen, wenn man nicht, ebenfalls ohne juristisch sicheres Gepräge, ein System zur Beherrschung der Provinz erlassen hätte. Im Reich bestehen etwa sechzig örtliche und regionale Bankvereinigungen, die ganz ähnlich aussehen und arbeiten wie die Berliner Stempelvereinigung, nur mit einem Unterschied: in diesen örtlichen Bankvereinigungen dominieren gewöhnlich die Filialen der Berliner Disconto-Gesellschaft. Die Debetzinsen, die Effekten- und Kreditprovisionen werden auf diese Weise, wie Herr Mosler es ausübte, „durch Abrede mit den örtlichen Vereinigungen,“ in Wirklichkeit auf einen

Wink von Berlin her einheitlich für das ganze Reich festgelegt, so daß Unterbietungen nicht stattfinden können.

Das Verfahren erinnert etwas an die Methode der Schwerindustrie, die in den Zeiten des Vertikalkartells durch ihre Wertfirmen in den Bezirken der verarbeitenden Industrie und des Großhandels entscheidenden Einfluß auszuüben verstand. Nur daß die Industrie wenigstens auch äußerlich sichtbar kartelliert ist, während das Großbankkartell wahrlich nicht einmal unter die Kontrolle eines Kartellamtes fallen würde, mit dem jetzt manche Wirtschaftspolitiker der Linken die Macht der Privatmonopole brechen zu können. Vorläufig übten die Großbanken unbehelligt von jeglicher Kontrolle dieses Monopols aus und wenden es nicht nur gegenüber dem Publikum an, sondern vor allem gegenüber der mittleren und größeren Industrie, soweit es der in der Zeit der Kriegs- und Inflationsgewinne gelungen war, sich von den Banken zu emancipieren. (Morus in der Weltbühne.)

Einfluß der Kohlenverflüssigung auf den Massen-güterverkehr.

Die ersten Anlagen für Kohlenverflüssigung sind zwar erst im Bau; ihre Erzeugung wird sich zunächst bestenfalls auf einige hunderttausend Tonnen jährlich belaufen. Daß man aber die Entwicklung dieser Industrie in amtlichen Kreisen als sehr schnell einschätzt, ergibt sich aus kürzlich geführten Verhandlungen einer kommunalen Beratungsstelle. Als hier unter dem Titel „Produktive Erwerbslosenfürsorge“ der Bau des Südfügels des Mittelkanals und des damit in Verbindung stehenden Stülkanals Creppau (Saale) nach Leipzig-Lindenau in den Vordergrund hinsichtlich Dringlichkeit gestellt wurde, ist von mehreren amtlichen Stellen ernsthaft behauptet worden, daß in den 8 bis 10 Jahren bis zur Fertigstellung dieser Kanäle die Kohldraunkohle, das hauptsächlichste Massengut dieser Kanäle, infolge der Kohlenverflüssigung im wesentlichen aus dem Verkehr verschwinden werde! Es sei daher vorzuziehen, die Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge in erster Linie dem Wohnungsbau zuzuführen.

Wenn wir auch der Ansicht sind, daß selbst bei Einschränkung des Kohlenverkehrs für den Kanalverkehr noch genügend Massengüter übrigbleiben werden (das Leunawerk kann einen beträchtlichen Umschlagverkehr tätigen, und auch die Kalkfäße sind als Massengut nicht zu vergessen), so ist doch die von amtlichen Stellen geäußerte Ansicht immerhin recht kennzeichnend.

Das Tempo der industriellen Entwicklung ist nachgerade ein solches geworden, daß es die Rentabilität staatlicher Bauvorhaben größten Stills ernstlich fürchten kann. Die auch hieraus sich unabwieslich ergebende Forderung nach Verstaatlichung eben dieser so gewaltig angewachsenen Industrie wird den Beamten bei durchschnittlicher Einstellung als durchaus utopisch erscheinen. Was aber nicht in der technischen Undurchführbarkeit, sondern lediglich in dem Mangel an geistiger Anpassung an neue Verhältnisse begründet erscheint. (lv.)

Der genormte Koffer.

Endlich folgt man auch in Deutschland langsam dem amerikanischen Vorbilde der Normung so ziemlich aller Gebrauchsgegenstände.

Vor wenigen Wochen hat der Zentralverband der deutschen Koffer-Fabrikanten im Einvernehmen mit Händler- und Verbraucher-Vereinigungen eine Normung zunächst der Hartpappen- und Vulkanfaserkoffer beschlossen, in die später auch die Lederkoffer einbezogen werden sollen.

Am 1. Januar 1927 gibt es nur noch 10 Größen von Handkoffern, 4 Größen von Bügelkoffern, 4 Größen von Kabinenkoffern und 3 Größen von Damen- und Herrenkoffern statt der bisherigen unzähligen.

Die Größen sind so abgestuft, daß immer eine Koffergröße in die nächste gestellt werden kann. Die Zahl der Koffer-Einstöße ist gleichfalls vermindert, die Austauschbarkeit erhöht. Die Kofferplatten aus den begünstigten Rohmaterialien werden besser ausgenutzt; die Bügel können serienmäßig hergestellt werden. Ferner sollen nur noch zwei Größen von Schließern, Schartenen und Handgriffen hergestellt werden.

Alle diese Maßnahmen müßten preisenkend wirken. Warten wir's ab. Ein Fortschritt bleibt es, wenn auch die ökonomischen Auswirkungen zunächst noch verwischt werden dürften.

6 Prozent Dividende bei der Leipziger Malzfabrik.

Der Aufsichtsrat der Leipziger Malzfabrik hat in seiner Sitzung am 24. September beschlossen, der demnächst stattfindenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 6 Prozent (wie im Vorjahre) vorzuschlagen.

Einheitsorganisation des Mühlenbaukapitals.

Der Reichsverband des Deutschen Mühlenbaukapitals und der Verband Süddeutscher Mühlenbauer haben sich zum Reichsverband des Deutschen Mühlenbaukapitals zusammengeschlossen. Der Sitz der neuen Einheitsorganisation ist Erfurt.

Hochwasser.

Ueber Hochwassergefahr im Vorharzgebiet meldet der Braunschweiger Allgemeine Anzeiger: Das seit Mitte voriger Woche eingetretene Tauwetter und die ununterbrochenen Regenfälle haben Hochwassergefahr für den Harz und die angrenzenden Gebiete herbeigeführt. Sämtliche Flußläufe führen Hochwasser. Teilweise sind bereits Ueberflutungen eingetreten. Bei Bückhorn steht das Gelände westlich der Oker einen Fuß hoch unter Wasser. Auch die Elbe ist über die Ufer getreten. Die niedrig gelegenen Gegenden gleichen einem See. Die Bahnhöfe Seiningen, Burgdorf und Gittelde sind nur durch Fußwege zu erreichen. Die Ställe müssen vielfach geräumt und das Vieh in höher gelegene Ställe oder in Stodwerke gebracht werden. Im Laufe der Nacht zum Montag sind Schneefälle über den Harz niedergegangen. — Infolge der starken Regen- und Schneefälle sind die Niederungen des Leine-Gebietes meilenweit überschwemmt.

Starke Kälte in Norwegen.

Montag herrschte im nördlichen Norwegen eine für die jetzige Jahreszeit starke Kälte. In Roros betrug die Temperatur Montag morgen minus 25 Grad Celsius. Aus vielen Orten wird eine Kälte von 20-25 Grad Celsius gemeldet. Der Schnee liegt verhältnismäßig bereits einen Meter hoch.

Schwere Messerstecherei in Berlin.

In der Nacht vom Sonntag zum Montag spielte sich im Zentrum von Charlottenburg, am Wilhelmplatz, ein blutiges Drama ab, bei dem das Messer eine verhängnisvolle Rolle spielte und zwei junge Männer ihr Leben einbüßten. Gegen vier Uhr morgens schleifte sich ein junger Mensch zu einer Autodroste und bat den Chauffeur, ihn nach einer Rettungsgasse zu fahren, weil er überfallen und durch Messerstiche schwer verletzt worden sei. Schon unterwegs verlor der Fahrer die Besinnung. Der Arzt stellte 5 Messerstiche in den Unterleib fest. Kurz nach der Entlieferung in das Krankenhaus starb der Schwerverletzte. Das andere Opfer wurde aus mehreren Stichwunden blutend aufgefunden. In das Krankenhaus verbracht, erlag auch dieser junge Mann sehr rasch den Folgen der Messerstiche.

Nach weiteren Meldungen handelt es sich allem Anschein nach um einen Streit, der in einem Tanzlokal um ein Mädchen ausgebrochen war und dann später auf der Straße in eine Schlägerei ausartete, wobei die beiden jungen Arbeiter mit einem dolchartigen Messer erschossen wurden. Der Morbalkommission ist es gelungen, in den späten Abendstunden den Totschläger festzunehmen. Es ist der 17 Jahre alte Fensterputzer Emil Plesch. Er leugnet noch, ist jedoch als überführt anzusehen, da ihn einerseits Zeugen wiedererkannt haben und er außerdem eine Verletzung an der Nase trägt, die er sich bei der Bluttat zugezogen haben dürfte.

Autounfall — drei Tote.

Der Magdeburger Zeitung zufolge geriet ein mit drei Magdeburger Insassen besetztes Auto in der Zeidler'schen Heide in einer sehr gefährlichen Kurve ins Schleudern und überschlug sich. Erst am Sonntagfrüh, mehrere Stunden nach dem Unfall, wurde dieser entdeckt. Alle drei Personen wurden mit Genickbruch tot aufgefunden.

Eisenbahnunfall.

Sonabend nacht streifte ein einfaßender Personenzug auf dem Bahnhof Bredenscheid an der Bahnhalle Barmer-Hattingen zwei Güterwagen, die auf dem Nebengleis dem Hauptgleis zu nahe standen. Die Lokomotive, mehrere Personenwagen sowie die beiden Kohlenwagen wurden zum Teil stark beschädigt, zwei Reisende und ein Schaffner leicht verletzt.

Folgen schwere Dorf-Feme.

In dem schwäbischen Dorfe Mettingen zwischen Augsburg und Donauwörth hatte der Brauer Kapella seine Frau verprügelt, als sie ihn mit Vorwürfen überschüttete, weil er spät nachts betrunken nach Hause kam. Die Frau kam auf Raube und verprügelte sechs befreundete Dorfnachbarn, ihrem Mann eine gehörige Tracht Prügel zu versehen. Dabei ging es aber so scharf her, daß der Brauer totgeschlagen wurde. Vor Gericht erbrachten die sechs Nachbarn den Beweis, daß sie schließlich in Notwehr gehandelt hatten, weil der Brauer, der als berühmtester Raufbold bekannt war, dazumal tobte, daß drei von ihnen „erledigt“ waren. Das Gericht billigte ihnen unter diesen Umständen weitgehend mildernde Umstände zu: die beiden Führer erhielten ein halbes Jahr, die anderen je drei Monate Gefängnis.

Dixin

Das dankbare Seifenpulver

Größte Ergiebigkeit und hervorragende Waschwirkung! Dixin ist für jedes Waschverfahren geeignet. Besonders vorteilhaft auch für Maschinenwäsche zu verwenden! Ohne Chlor.

Jeder Partei- und Gewerkschafts-genosse kauft seine geistige Nahrung nur in seiner Parteibuchhandlung!

Wir empfehlen unser reichhaltiges Lager aus sämtlichen Wissensgebieten
Leipziger Buchdruckerei A. G.
Abteilung Buchhandlung und deren Filialen



Als der kluge, kleine Tutanchamon einmal in seiner königlichen Lustyacht auf dem Nil nach Heliopolis segelte, in Begleitung der Amernophistochter No-fi, war er sehr betrübt, weil er zuviel Sorgen hatte und weil er wenig Hoffnung hegen durfte, daß ihm die Oberpriester des Gottes Apis aus der Fäufche halfen. Von schweren Regierungsgedanken bedrückt, greift er ins Schilf, durch das die Barke gemächlich streicht, zupft sich Papyrusblätter ab, rollt sie, raucht sie und fühlt sich aufs angenehmste entlastet. Wenn man bedenkt, daß der nette, kleine Tut noch nicht einmal guten Tabak importiert bekam, ganz zu schweigen von kleinasiatischen und mazedonischen Sorten, so ist dieses Resultat erstaunlich. Nie aber hätte der lebenswürdige, melancholische Tut seinen Thron verloren, hätte ihm in seinen schicksalschweren Tagen eine Zigarettenmarke von der Qualität der GREILING-SCHWARZ-WEISS zu 48 zur Verfügung gestanden. Der milde, feine Duft der Greiling-Auslese beschwichigt auch das sorgenvollste Gemüt, ihr Genuß erfüllt mit neuem Mut, ihr Aroma ist von vornehmerem Charakter.

GREILING-SCHWARZ-WEISS zu 48
zur Verfügung gestanden. Der milde, feine Duft der Greiling-Auslese beschwichigt auch das sorgenvollste Gemüt, ihr Genuß erfüllt mit neuem Mut, ihr Aroma ist von vornehmerem Charakter.

Gesichter.

Von Heimito von Laube

Wenn man auf der Straße spazieren geht und den Menschen ins Gesicht sieht oder besser in das, was man gemeinhin Gesicht nennt, so erlebt man eine seltsame Erkenntnis: Die meisten Menschen haben gar kein Gesicht. Sie haben Stirn, Augen, Nase, Mund, Waden und Arme, doch kein Gesicht. Denn was ist ein Gesicht? Das Leuchten einer Seele hinter Augen und Stirn, oder, unbillig gesprochen, der Ausdruck eines Ich, eines Menschen hinter dem Werkzeuge des Sehens. In diesem Sinne ein Gesicht zu haben, ist ein seltenes Glück, so selten, wie das Glück, zu lieben und geliebt zu werden. Denn die meisten Menschen haben nicht nur kein Gesicht, sie sind auch demütigt, das Fehlen eines solchen durch eine aufgesetzte Maske zu verbergen. Das ist der tiefere Sinn, warum sich die Frauen schminken und malen, warum die Männer ihr Gesicht verhärten. Es soll ihnen keiner hinter die Kulissen sehen; es soll keiner sehen, daß hinter der Maske nichts zu sehen und zu suchen ist. Alle denkenden Photographen werden Menschenfeinde. Ist das ein Wunder? Sie sehen ja täglich und berufsmäßig den Menschen ins Gesicht, sie erfahren ja täglich und berufsmäßig die Maskenhaftigkeit dieser Gesichter. Man betrachte einmal die Photographien von Kindern und vergleiche sie mit denen von Erwachsenen. Einen Ausdruck hat auch die Mehrzahl der Gesichter der Erwachsenen. Aber welchen Ausdruck — das entscheidet hier. Das Kind sieht mit seinen Augen in die Welt. Daher das Ganze, Keine, um die Nachfrage der Welt Unbestimmtheit in seinem Antlitz. Der Erwachsene hat auf seinem Gesicht den Ausdruck, den die Gesellschaft, den die Welt von ihm verlangt. Die bedeutenden Männer, — wenn nicht ihr Antlitz kindlich bleibt wie das Rants oder Mozarts — sehen bedeutend aus, weil sie bedeutend aussehen wollen. Sie legen sich hohe Stirnen, blühende Augen, scharfe Nasen und ein süßes Lächeln zu. Ihr Unbewusstes, das sich ohne ihr Wissen nach den Wünschen der Gesellschaft richtet, formt ihr Gesicht und gibt ihnen einen Ausdruck, der gar nicht ihr Ausdruck ist. Die Menschen haben so viel in die Welt gesehen, daß auch ihr Gesicht, das Werkzeug ihres Sehens in die Welt, nicht mehr ihr eigenes ist, sondern seinen Ausdruck dem Rodez der Umgebung anpaßt. Man sollte jedem Menschen, mit dem man zu tun hat, 5 Minuten schweigend ins Gesicht sehen können, nicht bloß um zu sehen, wie dies Gesicht ist, sondern auch, um sich zu überzeugen, ob es überhaupt ein Gesicht ist. Wer gelernt hat, Gesichter zu sehen und von Nicht-Gesichtern zu unterscheiden, wird vielleicht, — wie der denkende und fühlende Photograph — zum Menschenfeind, aber er hat dafür auch den Vorteil, daß er vor Enttäuschungen bewahrt bleibt.

Was man den Eskimokindern erzählt.

Ueber die Entstehung der Erde und des Lebens auf ihr wissen die Eskimokinder ihren Vätern allerhand seltsame Dinge zu erzählen. Die folgende Probe davon ist dem sechsten Heft von „Masiusens Thulefahrt“ entnommen. (Verlag der Frankfurter Sozialverlagsdruckerei.) Was erzählt die Eskimofrau Nalungiaq: „Ich bin ein ganz gewöhnlicher Mensch und habe kein Wissen von mir selbst. Ich bin nie krank gewesen und träume beinahe niemals, daher bin ich nicht heillos geworden. Wenn ich ins Land hineingehe, um Brennholz zu sammeln, fühle ich nur Freude über die Wärme der Sonne; die Felle, die ich wiedersehe und die ich als kleines Mädchen durchwandert habe, erfüllen mich mit vielen Erinnerungen. Sonst erlebe ich niemals etwas, wenn ich allein bin. Ich kann nur lachen, wenn andere erzählen. Darum habe ich mein ganzes Wissen von einem alten Onkel, dem Jauerer Unatash. Seine Hilfsgeister waren seine verstorbenen Eltern, die Sonne und ein Hund. Mit Hilfe dieser Geister wußte er über alles, was auf der Erde und unter der Erde, im Meer und im Himmel ist, Weisheit. Aber was ich jetzt erzählen will, weiß jedes Kind, das von seiner Mutter in den Schlaf geplaudert worden ist: In den allerältesten Zeiten gab es kein Licht auf der Erde, alles war Dunkelheit und man sah die Fäden nicht und man sah keine Fingerringe, und doch lebten Menschen und Tiere auf der Erde. Aber es war kein Unterschied zwischen ihnen. Man lebte durcheinander, ein Mensch konnte zum Tier werden, und ein Tier konnte zum Menschen werden. Da waren Wölfe, Bären und Füchse, aber sobald sie zum Menschen wurden, waren sie alle gleich. Sie konnten wohl verschiedene Gewohnheiten haben, aber sie sprachen alle die gleiche Sprache, lebten in der gleichen Art von Häusern und zogen auf Jagd auf die gleiche Art. Solcherart lebte man hier auf der Erde in den allerältesten Zeiten, die niemand mehr versteht. Damals entstanden die Zaubersprüche. Ein zufällig ausgesprochenes Wort konnte plötzlich Kraft bekommen, und was man gerne wünschte, konnte geschehen, ohne daß jemand erklären konnte, wie es kam. Aus diesen Zeiten haben die Asten ein Gespräch zwischen einem Fuchs und einem Hasen überliefert: „Taoq — taoq — taoq: Finsternis — Finsternis — Finsternis“, sagte der Fuchs, er wollte es gern dunkel haben, denn er wollte von den Fleischverfressern der Menschen fliehen. „Udloq — udloq — udloq: Tag — Tag — Tag“, sagte der Hase, denn er wollte gerne Tageslicht haben, um seine Nahrung finden zu können. Und dann wurde es plötzlich so, wie der Hase gewünscht hatte. Sein Wort war das stärkere. Der Tag kam und löste die Nacht ab, und wenn die Nacht vergangen war, kam wieder der Tag. Und Licht und Dunkelheit wechselten miteinander. Zu diesen Zeiten waren keine Seetiere im Meer. Die Menschen verstanden es nicht, Speck in den Lampen zu brennen. Damals konnte frisch gefallener Schnee brennen, die weißen, weißen Haufen von sehr feinem Schnee, die sich im Schutze der festen, harten Schneewände ansammeln. Die Erde? Die Welt? Nein, das wissen wir nicht. Niemand hat uns erzählt, wie die Erde entstand. Wo unser Volk sich zu erinnern begann, war sie, wie sie heute ist. Aber Sonne und Mond und Sterne, Donner und Bliz sind Menschen, die einmal in den Weltraum hinaufgefahren sind. Warum? Ja, das ist nicht zu erklären. Wir selbst fragen niemals danach. Und doch gibt es einen Grund. Böse Handlungen und Tabubrüche haben die Lust mit Geistern besetzt. Sonne und Mond erzmorden ihre Mutter, und obwohl sie Geschwister waren, saßen sie Liebe zueinander. Darum hörten sie auf, Menschen zu sein. Auch Donner und Bliz waren Geschwister, zwei arme Waisenkinder, die keine Sippe hatten. Sie lebten einmal im Refillilande, aber da die Leute auf der Rennite jagd über einen Fluß gehen wollten, wurden sie zurückgelassen, damit sie vor Hunger starben. Sie waren nur zur Last, und kein Mensch hatte ein gutes Wort für sie. Die zwei armen Geschwister gingen zu einem Abfallhaufen hin, um zu sehen, ob sie nicht etwas finden könnten, das verrotten war, und da fanden sie einen Feuerstein und ein Stück Renntierfell, und mit dem Feuerstein und dem harten, trockenen Renntierfell in den Händen riefen sie einander zu: „Was sollen wir sein?“ „Donner und Bliz!“ Niemand von ihnen wußte, was das war, aber plötzlich hoben sie sich in die Luft und der eine schlug Funken mit seinem Feuerstein und der andere trommelte auf seinem getrockneten Renntierfell, so daß es über den Himmelraum hindröhnte. Zum ersten Male donnerte und blitzte es über der Erde; sie gingen ganz dicht über das Dorf hin, wo die Menschen wohnten, die sie verrotten hatten. Und diese harten alle in ihren Zelten, auch die Hunde. Die

Leichen lagen ganz unverändert da ohne Wunden, nur waren sie rot in den Augen, aber wenn man sie anzührte, fielen sie zusammen und wurden zu Asche. So entstanden Donner und Bliz.“

Total übergeschnappt.

Die englische Post ist und war nichts anderes als ein Inbegriff der Lustigkeit um jeden Preis. Man darf kaum einen Inhalt suchen und gewiß nicht nach dem geistigen Gehalt. Es ist dumm, die Maßstäbe einer widerwilligen Mehrheit an die Ausbrüche libidinaler Uebermut zu legen, die der Klasse der Angestellten eigentümlich, auch ihrer Schwankliteratur so wohl wie keiner andern anhaften. Am Ende ist ja auch das seelische Niveau, die kulturelle Klarheit oder gar der ethische Zukunftswille unserer dramatischen Produktion, wie sie das bürgerliche Theater von heute sonst vermittelt, so hoch nicht, daß wir über eine losgelassene Lustigkeit, über einen handfesten Clownspaß die Nase zu rümpfen Anlaß fänden. Uebel ist nur die Mischung von Ut und Sentimentalität, wie sie leider noch heute dem deutschen Schwanke besonders oft anhaftet. Der andauernde, hin- und hergehende Uebermut wirkt auf den gefunden und manchmal selbst auf den kranken Menschen aufstößend, ja im zweiten Falle sogar heilend. Für drei Stunden Lachen sind wir pöppellich dankbar und deshalb soll diese Art von Abendunterhaltung auch keineswegs denen vorenthalten bleiben, die sie besonders nötig haben, der arbeitenden Masse des Volkes. Woraus folgt, daß die Poste W e t e n d von Mister Coward dem W J empfohlen wird. Nicht zu Bildungs-, sondern zu Erholungszwecken: Man bade sich in Lachen, man unterwirft sich einer Heilteilmasse.

Die Unterhaltung, wie solche erzeugt wird, braucht uns nicht lange aufzuhalten. Ueber Sonntag (englischer Titel: Wochenende) kommen bei einem v. d. Rechten Schriftsteller und einer übergeschnappten ehemaligen Schauspielerin im schon ziemlich gefährlichen Alter, die zwei närrische Kinder beiderlei Geschlechts haben, zwei Pärchen von Gästen an, von denen jeder der vier einen eingeladen hat, im Besonderen der Begebenheiten aber immer an einen andern abgibt. Auf der altbewährten Grundlage englischer Wohnstüblichkeit (im Theater) passiert dabei nichts Ernstlicheres als ein paar Küsse. Zwei Verlobungen und zwei Eheschließungen werden lediglich von der überfandbelnten Familie konstruiert zum Besten der Hausfrau, der schon halb verlassenen Primadonna, die zu Hause immerfort große Szenen spielen muß. Der Mama das Stichwort zu geben, ist einfach guter Ton im übergeschnappten Hause geworden, und so gelingt es natürlich, im Laufe einer einzigen Nacht sämtliche vier Gäste aus diesem Hause wieder hinauszujubeln. Fluchtartig verlassen sie am nächsten Morgen den Schauspielplatz, und die verdrehte Familie jubelt darüber, daß diese verdrehten Menschen fort sind und daß sie sich wieder ungefähr ihrer eignen Bedrohlichkeit hingeben kann.

Zwar hat sie das eigentlich auch vorher getan, stets im Sinne der schönsten Szene: An dem endlich fertiggewordenen Teetisch nimmt schließlich die vierköpfige Familie ihre angestammten Plätze ein, während die völlig verdurfteten und verwirrten Gäste vergessen und verloren bei ihren Köffern herumstehen. Höhepunkt der Komik, daß man es zu spät merkt: Der Zuschauer hat schon über so viel andere Komikheiten gelacht, daß er erst garnicht erkennt, was vor sich geht, und erst kurz vor dem Fallen des Vorhanges die groteske Tatfache wahrnimmt: Hier Menschen haben ihre vier herzlich eingeladenen Gäste in der Erde stecken lassen und gehen in aller Unschuld ihrem Dürste und ihren täglichen Gewohnheiten nach.

Wieder war Marina Otto in der glücklichen Lage, ein heiteres Stück zu tragen. Sie wird es vielleicht in der dritten Vorstellung noch ausgeglichen und noch wirksamer tun. In der Premiere zwingen die tollsten Uebertreibungen des Textes zu mancher noch unerprobten Wühlfähigkeit und die wilde Ausgelassenheit der Zuschauer mocht es der Schauspielerin zunächst fast unmöglich, bei all ihrer festlichen Pathos selber vollkommen ernst zu bleiben. Aber es gab fast keinen Schlag der Heroine, den Frau Otto nicht fassiert hätte. Von der zürnenden Weiba zur verübenden Lady Mildred, von edler Raserei bis zu verhauchender Güte war alles da und wurde alles schmerzhaft hingelegt. Am schönsten war sie im Jörn über Uebertreibungen oder wenn sie sich dem Kommando des eingeübten Regisseurs fügte und den Text noch einmal brachte.

Die übrigen Hauptrollen blieben unter Schönlanks Leitung den Herren Ritz und Wendel, sowie Fräulein Weckind vorbehalten. Unter den Gästen wirkte eigentlich nur Herr Siedel prominent, obwohl auch die Komik seines steifen englischen Diplomaten vielleicht unter Unkenntnis des Typus und abweichender deutscher Komikartung litt.

Erreulich ist es, mit welcher Liebe Herr Ritz auch einen konfusen Lustspieltrick ausarbeitet. Herr Wendel ist ein heiterer Parieretaktant und Fräulein Weckind, mit einer Jazz-Fixe bewaffnet, spielt ihr verträgliches Gitz als lieben Laufjungen mit einer gefundenen Fische im Ton und im Tempo, die sich als ihres Wesens bestes Teil wohl noch zu entwickeln verspricht. hgr.

Ueberflüssige und wertvolle Konzerte.

Drei Pianisten hörte ich in der letzten Woche. Sylvia Dresbach spielte ein konventionelles Programm unzulänglich im Technischen, belanglos im Vortrag. Man bedauerte, wegen dieser Geistesleistung den 1. Vortragabend des Konservatoriums verstimmt zu haben, wo ein interessantes Programm gewiß exakter ausgeführt worden ist. Loretta Barbour (ein Mann trotz seines Namens), mojaritliebend, präzis im Technischen, trefflich in aggressiver Rhythmis, die linke Hand der rechten überlegen, gab im letzten Teil moderne spanische Klaviermusik, darunter den jetzt viel genannten Manuel de Falla. Was ich auch immer von ihm hörte, war äußerliche einfallige Salonmusik, innerlich keinesfalls wertvoller als die heute geschätzte Virtuosenmusik J. B. Liszts. (Solche Distanzierung wird über der modischen Natur meist von den Musik-Schreibern und -Sprechern vergessen.) Sympathisch wie Barbour, reizter aber ebenfalls ohne Erlebnis-Bedeutung: Sigfried Grundeis. Er spielte mir weit besser als im Vorjahre, spielte ein kluggewähltes Programm mit vorgeschrittener Kultur des Tons. An der erstausgeführten Sonatine von Otto E. Crutius scheint mir außer dem spürbaren Einfluß Strabins nichts bemerkenswert. Erlebnis-Gestalt hat die erste Kammermusik des Gewandhausorchesters. Ramin führte das neu erworbene Cembalo von Reupert-Wandberg in allen Vorträgen vor und benützte dazu kostbarste alte Musik von Rameau, Couperin, Ruhnau und Händel. Wer die Kammermusik beim Arbeiter-Verein gehört hat, weiß, mit welcher Raffinesse und Stillschheit Ramin das Instrument behandelt. Mäkellos spielte Wolfgang mit Ramin eine Violinsonate von Corelli, das Gewandhausquartett eine prächtige Suite Telemanns. Nur die Chromatische Phantasie und Fuge von Bach wäre mir auf dem modernen Konzertfüßel lieber gewesen als auf dem Cembalo. Sie scheint doch nach Willen und Ausmaß das Vermögen des alten Instruments zu sprengen.

Wohlige Begleitung wie die verlorene Fülle und Reinheit der alten Musik brachte ein Liedchen der Amerikanerin Edna Thomas. Prätig begleitet von der souveränen den Stoff beherrschenden Dore Lecher sang sie mit einer kostbaren warmen geistigen Allsinnigkeit, wie sie nur selten zu finden ist, geistlich und weltliche Negelieder, Keltensänge der Straßenhändler, Arien und Kinderlieder. Zwischen den Liedern macht sie in geschickter, angenehmer Weise eine Art lebhafter Conference (leider nur auf eng-

lisch). Ihre Stimme ist nicht fertig ausgebildet, es wäre noch mehr aus ihr herauszuholen. Doch bedeutet das nicht viel bei ihrer begeisterten Interpretation der Negermusik, die wieder, wie bei dem Negerjüngling Roland Hayes, den ungeheuren Reichtum der Volksmusik gegenüber unserm zeitgenössischen nachahmenden Musik-Bemühen überzeugend darlegt. Kindliche Gläubigkeit und freier Humor quellen in den empfindungsvollen Melodien und unauffällig anklingenden Rhythmen. Die Skala der Gefühle klingt stark und ehrlich in Schmerz und Wonne und der „Jazzgeist“ der modernen Musik-Industrie erscheint als flüchtige geschäftsmäßige Verwandschaft. Ich hätte der Edna Thomas mit ihren Negerweisen nach zwei Stunden gern noch eine zugehört (was ich bei einem Strauß-Abend selbst der besten Sängerin nicht tun würde). H. W.

Kleine Chronik.

Björn Tälén, der Berliner Tenor, gastierte als Turiddu in der sizilianischen Bauernchöre und als Canio im Bajazzo. Sein Turiddu war in Gesang und Darstellung aus einem Guß. Ein verwegener, etwas brutaler Dorfswaller, der die Liebe als Spiel und Jux aufsaßt und der mehr verwandelt als erschreckt zusammenfährt, als aus der Tüdelei mit Lola plötzlicher blutiger Ernst zu werden droht. Im Rhythmischen sehr gemächlich, im Stimmklang eher höhler als weich, hatte diese Gestaltung Markt und Kraft. Der letzte falsche Abgang dieses Turiddu kommt wohl nicht auf des Künstlers Rechnung. Anders Björn Täléns Canio. Dieser Dorfkomödiant war etwas unpersonlich gehalten, glücklicherweise allerdings auch weitaus von Theatralik. Doch vermehrte man auch Gefühlswärme und Kraft der Singsänger, namentlich in den Szenen des zweiten Aktes. Hier gibt die Stimme offenbar nicht genügend an Weichheit und an Klang her. Der Text schien nicht sicher; die Aussprache wurde mangelhaft; die Souffleure peinlich hörbar. Eine überaus reizende Komödiantin vermag gewiß nicht drei Männern auf einmal den Kopf zu verdrehen. Die Garde unserer Sängerkollegen muß überhaupt sorgfältiger erseht werden. Es geht auch nicht an, daß Santuzza eher wie Turidbus Mutter als wie seine Geliebte aussieht; Turidbus Abschwanken ist sonst zu begreiflich. F.

Des Königs Nachbarn, ein Singpiel aus dem deutschen Hofe von Fr. Grünbaum und W. Stern, Musik von L. Jessel, dem Komponisten des vielgespielten Schwarzwalddäbels, wurde als Neuheit im Operettentheater aufgeführt. Es handelt sich um die schon weiblich ausgewählte Geschichte vom Freyherrn Friedrich und dem Müller von Sanssouci. Wie sich im Zeit des Königs vor Sanssouci Müller und Müllerin, Kleinbürgerin und Mannestolz vor Königsthrone benehmen, so bumm und läppisch und aufbringlich, so fern und dann wieder so auffällig gebiät, das ist so abgemacht und so unerträglich, daß man unruhig auf dem Stuhl hin- und herrückt und sehnsüchtig nach einer Tür ausschaut, durch die man hier abhauen, verlogenen und endlosen Theaterei entfliehen kann. Nur in den Leistungen einiger Darsteller gab es ein paar Lichtblicke. Der Komponist Jessel, der im Schwarzwalddäbel falsch aus dem Bollen schöpft, entläßt sich mit seiner Musik. Förgiebels Orchesterleitung war ohne Temperament; an manchen Stellen schien der Kapellmeister überhaupt nicht mehr vom Fiedel zu kommen. Man möchte nun endlich wieder eine annehmbarere Operette am Dittirich hören! Aber niemals wieder solch unerträglichen Fredericusstisch!

Aufführung von Handys „Jahreszeiten“. Das Arbeiter-Kulturkartell brachte am Sonntag in Frankfurt a. M. mit Volkstheatern aus Frankfurt, Höchst und Erlheim, im ganzen 900 Mitwirkenden unter Max Barisch Handys „Jahreszeiten“ vor 22000 Zuhörern zur Aufführung. Die Festhalle war überfüllt. Unzählige hatten keinen Einlaß mehr gefunden. Die erfolgreiche Aufführung sollte zugleich als eine Vorprobe für das Arbeiterfängerefest in Hannover im Jahre 1928 gelten. W. H.

Neues Theater. Mittwoch, den 3. November, Erstaufführung Leo Falls Operette „Der liebe Augustin“. Hauptrollen: Eise Schulz, Dornburg, Gertrud Weising, Fleischer, Salkmann, Horand, Albert. Musikalische Leitung: Sebastian, Regie: Brügmann.

Das Ende eines Riesentelefskops. Das am Städtischen Observatorium in Edinburg aufgestellte Riesentelefskop soll jetzt abgebrochen werden, da es für astronomische Zwecke nicht mehr verwendbar ist. Dieses Riesentelefskop, dem Umfang nach das größte in der Welt, bildete schon 1851 auf der Londoner Weltausstellung den Mittelpunkt des Interesses. Es war von einer englischen Firma für die russische Regierung hergestellt, blieb aber nach dem Krimkrieg in englischen Händen. Mit Hilfe des Telefskops wurden neuerzeit von Sir William Peck die Satelliten des Jupiters entdeckt.

Filmchau.

Als Sensationsfilm unter dem Namen Das Hollen Schiff segelt jetzt Jax Londons Roman „Der Seewolf“. Dieser Film, der ganz vorzüglich photographiert ist, interessiert, solange er die Menschheit seines Geschehens mit lachlicher Einfachheit ins Bild überträgt, also: den brutalen, zeitweise mit Blindheit und Wahnsinn geschlagenen Kapitän, dessen einsam auf hoher See treibendes Schiff vom Hollen Schiff werden muß. Auch noch die zur Zubereitung des Konfisks nötige Liebesromantik, verörpert durch ein junges Mädchen, das an Bord gerettet wird und den Kampf der Männer untereinander herdroht, einen Kampf, der mit Rebellion, Schiffbrand und Untergang endigt. Das alles ist zwar nicht sehr geschickt erfinden und ebenso gut schon dagewesen, ist aber erträglich durch ein seltenes filmisches Tempo. Und doch verpufft die Wirkung, weil man in eine auf die Realität angewiesene und als Realität dargestellte Handlung fassende Philosophieren von der „Unsterblichkeit der Seele“ hineinvermengt, die einem immer dann lauer anzuliegen, wenn man sich den fesselnden Naturbildern hingeben möchte. Das einzige Vergnügen besteht in der Anstimmung eines schurkischen Schiffskochs, dessen Komik an Shakespeares herandrückt. (Rafino.)

Der Sudermannsche Reiter Der gute Ruf hat im Film eine nicht eben glückliche Umformung erfahren. Die erhalten gebliebenen Moralpredigten gegen die Vortriebe der guten Gesellschaft sind für uns gegenstandslos, und die Handlung selbst ist der Wirklichkeit ungläubig geworden. Der Film ist reich an pathetischen Banalitäten, die sich in den reichlichen Zwischenakteln oft bis zum Völleren steigern. (Unterfuhm.)

Es mehren sich die Fälle, daß die berechnete Mißbegier des Laien, etwas über die zauberhaften Nachgeheimnisse der Filmherstellung zu erfahren, zu einem Belegzeug auf die Börsen der Gutgläubigen benutzt wird, ohne daß das Gebotene mit den Kosten im Einklang stehe. Nach den gemachten Erfahrungen ist hier künftig Nichttrauen am Platz und der Laie sollte nur Veranstaltungen besuchen, die von bekannten Gesellschaften oder Fachleuten angeleitet werden. Als eine Veranstaltung, bei der das Publikum nicht auf seine Kosten kommt, stellt sich J. B. der pomps angefüllte Vortrag des „Kulturfilm-Schriftstellers“ Rolf Hopff-Kost, Dresden heraus. Der Herr hatte den Mut, unter dem Titel „Ein Blick hinter die Kulissen des Films“ einen älteren, anders betitelten Film laufen zu lassen und seinen „Vortrag“ in der Hauptrolle darauf beschränkte, zu der miserablen Verzerrung einfach die Zwischenaktel des Films laut vorzulesen. Hopff-Kost paffte die wenigen ersten Filmfachleute in Leipzig auf, daß wenigstens hierzulande ein derartiger Unfug so schnell nicht wieder möglich ist. Hl.

Leipziger Angelegenheiten

Leipzig, 2. November.

Die göttliche Weltordnung.

Die göttliche Weltordnung spielt bei unsern Kirchlich-Fremden eine recht wesentliche Rolle bei all ihren Ausführungen, Anregungen, Verteidigungen. Und was wird da nicht alles als göttliche Weltordnung angesehen! Freilich nicht gern hören sie es, wenn man bei Unglücksfällen, Katastrophen usw. auf diese göttliche Weltordnung hinweist. Aber auch da gibt's und gab's ja allerhand Ausreden. Besonders die von der Prüfung der Menschheit.

Was man aber alles schon zur göttlichen Weltordnung gerechnet hat, das zeigt ein Artikel, der nun zwar vor reichlich 100 Jahren (1819) in der kirchlichen Kölnischen Zeitung erschien. In diesem Artikel wandte man sich gegen die damals auftretende Meinung der nächstlichen Straßenbeleuchtung durch Gas, an erster Stelle aus religiösen Gründen, weil die nächtliche Gasbeleuchtung „als Eingriff in die Ordnung Gottes erscheint. Nach dieser ist die Nacht zur Finsternis eingeseht, die nur zu gewissen Zeiten durch Mondlicht unterbrochen wird. Sich dagegen aufzuleuchten hieße, den Weltplan höfmeistern zu wanken.“

Es ist ja noch immer Aufgabe der „Kirchlichen“ gewesen, jede Verbreitung des Lichtes zu verhindern, besonders dann, wenn in die Köpfe kommen soll. Vielleicht ist nach ihrer Meinung auch das ein Eingriff in die Ordnung Gottes.

Mag's bei ihnen dunkel bleiben wenn es deshalb nur bei den andern umjo heller wird. Civis.

Eine Inverschämtheit.

Der Wahlausfall hat die Redaktion des ehrenwerten Organes am Peterssteinweg in eine Gemütsverfassung versetzt, die sie zu jeder Gemeinheit befähigt. Das Blatt, das sich seit dem letzten Erfolg Strejsemanns als linkssozialistisch gebildet — es hat von jeher die besondere Fähigkeit besessen, den Mantel rechtzeitig nach dem Winde zu hängen — leistete sich, wie wir bereits gestern berichtet haben, in seiner Montagsnummer in einer Wahlbetrachtung folgende Stellungnahme:

„Die Zahlen, wie sie hier angenommen werden, mögen im einzelnen noch mancherlei Verschiebungen erfahren; das Bild im ganzen wird sich kaum ändern. Es läßt klar erkennen, daß der terroristische, die Stadt Leipzig in ihrer gesunden Entwicklung schwer hemmende Einfluß des Antisozialismus einzig und allein von der Zersplitterung im bürgerlichen Lager lebt. So wird sich Leipzig wohl darauf einrichten müssen, noch eine hübsche Weile das „Sitzfleisch“ unter den deutschen Großstädten zu bleiben. Denn daß die Völkung eines gesunden Fortschrittes auf so manchem Gebiet urächlich auch mit dem ungebührlich hohen Einfluß eines zum Terror neigenden Radikalismus zusammenhängt, bedarf wohl keiner ausführlichen Begründung.“

Da haben wir's also! Nur der „zum Terror neigende Radikalismus“ ist daran schuld, daß Leipzigs Fremdenverkehr nicht in Fluß kommen will! Der Antisozialismus“ hemmt die Stadt Leipzig in ihrer gesunden Entwicklung! Bei, gibt das eine schöne Parole für die Stadtverordnetenwahl! Nun werden sich alle politisch Minderbemittelten und Schwachsinningen beeilen, die wirtschaftspolitische „Gemeinschafts“-Liste zu wählen, damit der begüterte Reisende nach Bleiß-Athen kommt, um hier des Royalales Knodlaushergüsse zu genießen und den Leipziger Gaurijantar, genannt Scherbelberg, zu befeigen.

Zwar: im Leipziger Rathaus herrscht unangefochten die bürgerliche Ratsbureaucratie. Nicht ein einziger aus der Arbeiterbewegung hervorgegangener berufsmäßiger Stadtrat, nicht ein einziger Sozialist, ja noch nicht einmal ein bürgerlicher Demokrat sitzen den berufsmäßigen Teil des Ratskollegiums. Und im Stadtverordnetenrat besteht seit 1924 eine bürgerliche Mehrheit von drei Stimmen. Unter 73 Stadtverordneten sitzen nur 19 Sozialdemokraten, die allerdings mit ihren sachlichen Argumenten sehr oft die Führung haben. Und vorher, vom Jahre 1922 ab, war das Stadtverordnetenkollegium halb bürgerlich, halb sozialistisch. Den Ausschlag gab der bürgerliche Vorsteher, so daß praktisch auch damals eine bürgerliche Mehrheit bestand. Bedinglich die kurze Spanne von 1919 bis 1922 sah eine sozialistische Mehrheit. Das Bürgerium hat also machen können was es wollte. Es hat auch seine Macht weidlich ausgenützt. Radikale Inzereffenpolitik war Trumpf. Das Wohl der Stadt, die Interessen der Allgemeinheit war ihm vollkommen gleichgültig. Das Bürgerium, unterstützt von den Kommunisten, hat der Stadt die Mittel verweigert, die sie zu wichtigen Verbesserungen brauchte. Die mißerabten Straßen, die erbärmliche Beleuchtung, die mangelnden Verkehrseinrichtungen und vieles andere mehr, was die Heimischen bedrückt und die Fremden fortreibt, sind die Folgen dieser bürgerlich-kommunistischen Wirtschaft! Vereichert euch! war die Parole bürgerlicher Stadtverordnetenpolitik.

Ist es ein Wunder, daß die Interessen der Stadt leiden und Leipzig in den Ruß kommen mußte, ein großes Dorf zu sein? Sind nicht alle kulturellen und städtebaulichen Interessen dem der Messe untergeordnet worden? Hat das Bürgerium nicht unter dem Gesichtswinkel einseitiger, weit über das Notwendige hinausgehende Messerförderung das Graßmuseum am Königsplatz verhöferte und dafür am Johannisplatz für fast 7 Millionen Mark ein neues Museum entstehen lassen, von dem selbst das Organ am Peterssteinweg sagen muß, es lähe aus wie ein Spartaßebau? Hat nicht das Bürgerium für das Ritterstraße 300000 Mark bewilligt, um für einen Stadtrat eine handelsmäßige Wohnung zu erlangen, während für dieselbe Summe 25 bis 30 wohnungslose Familien hätten untergebracht werden können.

Sollen wir die Liste bürgerlicher Kommunalwirtschaftsvergrößerer? Und dabei magt das „Blatt des gebildeten Mannes“ den Vertretern der Arbeiterkassen vorzuwerfen, sie schädigten das Ansehen Leipzigs?

Eine verlogener und erbärmlichere Handlungsweise ist nicht denkbar. Die L. N. R., die sich bei passender und unpassender Gelegenheit über die angeblich unsachliche Kampfesweise anderer aufhalten, steigen selber von der Innre sachlicher Politik hinab in die Kloake der Verleumdung. Sie erbringen damit den Beweis, daß die praktische Politik der sozialdemokratischen Stadtverordneten unanfechtbar ist.

Wägen sich das die Leipziger Bürger merken und am 14. November

die sozialdemokratische Liste 2

wählen.

Erlebtes am Wahltag.

Von einem Arbeiter wird uns geschrieben: Es war am Wahlsonntag vormittags beim Waden durch die Reichsbannerkapelle vom Volkshaus. Viele Menschen hatten sich aus diesem Anlaß vor unserm Volkshaus angelagert. Wohllich zogen einige Volksoffiziere vorbei mit dem „wunderschönen“ Marsch: „Schön ist's beim Militär!“ Kaum waren diese vorüber, fuhr ein Auto mit der alten „deutschen Kriegsflagge“ am Volkshauscafé vor. Ein sehr dicker Herr mit weingerötetem Gesicht stieg aus. Stimme: „Sie haben sich wohl in Lokal geirrt?“ Andre Stimme: „Das ist das Volkshaus!“ Darauf der Dicke: „Ich gehöre doch auch zum Volk! Ich kann doch mal 'ne Flasche Wein im Volkshaus trinken!“ Es wurde dafür gesorgt, daß der Dicke im Volkshaus nichts

Die Amerikareise des Oberbürgermeisters

Gestern abend gab Oberbürgermeister Dr. Rothe vor den Stadtverordneten und einem Kreis von Beamten und Betriebsleitungen eine Schilderung seiner Eindrücke während der Amerikareise. Die Reise erfolgte bekanntlich, um die Einzelstücke der in Neunorf aufgenommenen Leipziger Dollarkarte zu unterzeichnen. Dr. Rothe bediente sich dabei eines in Amerika mehrfach im Gebrauch befindlichen Apparats, mit dem durch einen Namenszug 18 rechtsgültige Unterschriften geleistet werden. So war die Arbeit, derentwegen Dr. Rothe nach Neunorf reiste, in etwa zwei Stunden getan. Aber der Oberbürgermeister nutzte die Reise zugleich zu einer Besichtigung amerikanischer Städte und deren öffentlichen Einrichtungen.

In humorvollem Plauderton erzählte er, wie man ihn überall aufs wärmste empfangen habe. Als Dr. Rothe, nach heimischer Art, mit Cut bekleidet vor den Oberbürgermeister von Neunorf trat, habe dieser ihn mit prüfendem Blick angesehen und ausgerufen: „So also sieht ein deutscher Bürgermeister aus!“

Dr. Rothe hat darauf seinen Cut eingepackt und erst nach seiner Rückkehr in Deutschland wieder angezogen. Freudlich wie beim Bürgermeister sei er auch durch die Presse begrüßt worden. Bei seiner Ankunft habe er stets die Gassen der stiegenden Fotografen passieren müssen, er sei nie so viel fotografiert worden als in Amerika. Die Zeitungen brachten sofort ihre Schnellaufnahmen. Die Volkenträgerbauten in der Neunorker City haben nicht den Beifall des Oberbürgermeisters gefunden. Ein Paustil für diese Mißgebäude sei noch nicht gefunden. Leicht sei die Orientierung in Neunorf. Lange, gerade Straßen, nicht mit Namen, sondern einfach mit Zahlen und Himmelsrichtungen bezeichnet, machen es einem Fremden sehr schnell möglich, sich ohne Führer überall zurechtzufinden.

Nur eines fehlte: Grünanlagen. Neunorf habe nur einen Central-Park, dessen Bäume aber infolge der immer miasmenreicher werdenden Luft absterben beginnen. In 20 bis 30 Jahren werde auch dieser einzige Park nicht mehr sein. Etwas günstiger lägen die Verhältnisse in Detroit, das von den ungünstigen Erfahrungen in Neunorf etwas gelernt habe. Chicago habe besonders schöne Auen, wie dort die großen, mit Bäumen bepflanzten Straßen genannt werden. Hochhäuser gibt es dort wenig, und die wenigen, die man findet, sind im Gegensatz zu Neunorf, wo man von der Straße aus gar kein richtiges Bild von den Hochhäusern gewinnen kann, so gelehrt, daß man die Möglichkeit hat, sie in ihrer Größe zu sehen.

Außerordentlich schnell baue man in amerikanischen Städten. Im Februar z. B. sei ein großer vierstöckiger Bau begonnen worden. Am 15. November wird er eröffnet. Das sind Terminnäden, die unter Hochbauamt nicht fertigbringen.

Gewaltig ist der Verkehr in den Hauptstraßen; wer ihn nicht gesehen hat, kann sich kein Bild davon machen. Dabei regelt er sich von selbst. Rote, gelbe und grüne Lichtsignale — nur an den allerbedeutendsten Verkehrsknoten steht man einen Verkehrsbehörden — fordern zum Halten, zum Fertigmachen, zum Warten oder zum Anfahren auf. Das Publikum und die Fahrer sind außerordentlich gut diszipliniert.

Jeder befolgt die Signale sofort. Wer es nicht tut, kommt in den mit großer Mäßigkeit und Intensität richtungswandelnden Verkehrsüberkreuzungen unter die Räder.

Der Autoverkehr wird durch die Verkehrsregeln sehr gelähmt. Zu Fuß kommt man in den Verkehrszentren schneller. Dem Schnell-

verkehr dient die Untergrundbahn. In dem launigen Hin und Her der Untergrundzüge vergeht einem Hören und Sehen.

Die Straßen außerhalb der Städte haben ebensovwenig Namenbezeichnungen wie die Innenstraßen. Eine Zahl und eine Figur, für jeden der vereinigten Staaten eine andere, sind alles. Zahlen und Figuren sind in kurzen Abständen an den Straßen angebracht, auf sie hat man zu achten, um die Namen der zu durchlaufenden Ortschaften braucht man sich nicht zu kümmern.

Das Wohnungswesen ist in den amerikanischen Städten ganz anders als bei uns. Aber es gibt auch Einrichtungen, die wie hier noch bestehen.

Wäschhäuser mit Cachezungen und angeheizten Trockenanlagen, elektrische Wägen und Bänken für den öffentlichen Verkehr, elektrische Wägen im Laufe des Vormittags in der Arbeit gibt, kann sicher sein, daß es sie abends zig und fertig gewaschen und gebügelt zurück hat.

Der Oberbürgermeister hat auch ein großes Krankenhaus besucht, das zur Hälfte nach dem bei uns üblichen Pavillonstypus gebaut, zum Teil in einem Hochhaus untergebracht ist. Die Leipziger Krankenhäuser, meinte der Oberbürgermeister, hätten damit durchaus Schritt. Die Schulhäuser sind schlicht, einfach, aber praktisch und weisen besonders große Turnhallen mit großen Laufbahnen auf. Für Bibliothekswesen wird in den nordamerikanischen Städten viel Geld ausgegeben. Die Neunorker Kongressbibliothek hat ein Vermögen von 26 Millionen Dollar, außerdem sind 42 Volksbibliotheken, die unseren Volksbibliotheken entsprechen, eingerichtet. Die erste fast 1 600 000, die vom Oberbürgermeister besichtigte Volksbibliothek 72 000 Bände. Die Straßen von Neunorf sind außerordentlich sauber. Alles, was man in der Hand hat und los sein will, wird auf die Straße geworfen. Die Straßenreinigung kommt mit ihrer Aufräumung nicht entfernt nach.

Der Oberbürgermeister hat auch große Wirtschaftsbetriebe besichtigt. In den Ford-Betrieben sei der Arbeitsprozeß für einen Leier erstaunlich.

Bei der Arbeit am Fließbande wird der einzelne Mann zur Maschine, er habe nur ganz bestimmte Bewegungen der Arme oder der Zunge zu vollziehen, und diese genau in dem Moment, in dem das Band das fertigzustellende Fabrikat an ihm vorbeiführt.

Es sei ganz genau ausgekostet, mit welcher Schnelligkeit das Band gehen muß, um die Arbeitskraft in der größtmöglichen Weise zu nutzen.

Der Oberbürgermeister erzählte auch von den großen Schlachthäusern in Chicago und von manchem anderen. Seine unterhaltliche Art ließ die Hörer nicht ermüden. Brausender Beifall lohnte den Redner, als er geendet. Manches von dem, was der Oberbürgermeister in Amerika gesehen hat, wird ihm bei seiner künftigen Kommunalarbeit immer wieder vornehmend. Für vieles, was dort unerlässlich ist, die Städteentwicklung in Deutschland noch nicht reif. Daß sie sich bald dahin austreife, wer möchte es wänschen?

Nach Dr. Rothe sprach der amerikanische Generalkonsul de Soto, der Stadt Leipzig den Dank aus für das Wohlwollen, das man dem hiesigen amerikanischen Konsulat stets entgegengebracht habe. Er selbst werde allezeit ein warmer Förderer der wechselseitigen Beziehungen bleiben, und wenn Leipzig noch mehr Geld brauchte, solle es sich ruhig wieder an Amerika wenden. Diese Bemerkung wurde mit stürmischer Heiterkeit und lebhaftem Beifall aufgenommen.

abrufen. Sie stellten den einen, namens Reche, und verlangten von ihm, daß er die Plakate wieder antlebe. Da er sich weigerte, wollten unsere Genossen erst bedäuflich mit ihm reden, sie liehen aber schließlich von ihm ab. Der „revolutionäre“ Rote Frontkämpfer hatte nun nichts Eiligeres zu tun, als nach der Polizeiwache zu laufen und dort unsere Plakatantleber zu benutzieren. Die Folge davon war, daß der eine unserer Genossen von der Polizei gefaßt und auch der Namen des anderen festgesetzt wurde. Wirklich ein Muster eines sich selbst in den Dienst der Polizei gegen die eigenen Klaffengenossen stellenden Roten Frontkämpfers.

Der Rat als bürgerlicher Wahlhelfer.

Der Rat erläßt eine Bekanntmachung, nach der nächsten Donnerstag in der Zeit von 8 bis 2 Uhr die Wählerlisten in der Wandelhalle des Rathauses ausgestellt werden, um „wie er sagt“ allgemein die Möglichkeit zu geben, die Beteiligung oder Nichtbeteiligung an der Landtagswahl vom 31. Oktober 1926 nachzuprüfen.

Daß es dem Rat nicht darauf ankommt, daß auch die Arbeiter Einsicht in die öffentlich ausgelegten Wählerlisten nehmen können, um auch die Nichtwähler aus den Kreisen der Arbeiterkassen festzustellen, damit auch diese am 14. November an die Wahlurne zu der Erringung einer proletarischen Mehrheit im Stadtverordnetenkollegium gebracht werden können, geht aus der vom Rat festgesetzten Zeit der Einsichtnahme in die Wählerlisten hervor. In der Zeit von 8 bis 2 Uhr haben wenige Arbeiter die Möglichkeit, die Wählerlisten zu prüfen, wer gewählt und wer nicht gewählt hat. Wennschon der Rat wirklich versuchen will, die Wahlbeteiligung zu steigern, dann muß er die Wählerlisten in einer Zeit auslegen, wo auch die Arbeiter, Angestellten und kleinen Beamten Einsicht nehmen können. Solange er dies jedoch nicht tut, handelt er parteilich zugunsten des Bürgeriums und leistet indirekt den bürgerlichen Parteien Wahlhilfe. Die Leipziger Neuesten Nachrichten, die ebenfalls von der Ratsbekanntmachung Notiz nehmen, versehen diese mit der Ueberschrift: „Die Nichtwähler an den Pranger.“ Das zeigt, wie von dieser Seite die Ratsbekanntmachung bewertet wird. Das Bürgerium will auch seine letzten Wähler an die Wahlurne bringen. Arbeiter, Angestellte und Beamte, tut das gleiche. Bei der letzten Stadtverordneten- und Landtagswahl haben zehntausende Leipziger Arbeiter nicht gewählt. Bringt sie am 14. November an die Wahlurne!

Aus dem völkischen Lager.

Zu der Verdringung des durchgefallenen völkischen Landtagslandwahlen und Stadtverordneten Götze, die wir am Sonnabend veröffentlichten, erhalten wir von dem völkischen Stadtverordneten Matthes folgende Zuchrift:

Die Verdringung des Herrn Götze in der Leipziger Volkszeitung am 30. Oktober ist geradezu göttlich! Wenn es sich nicht um eine ernste Sache handelte, hätte ich gar nicht auf diese Verdringung des Herrn Oberpostsekretärs Götze geantwortet. Herr Götze, als sogenannter stetig hochstehender Mensch, mühte sich doch erst einmal an keine Kniehopsel greifen, um zu prüfen, ob das Ding noch richtig funktioniert. Er scheint das aber nicht getan zu haben, sonst hätte er nicht so eine ungeschickte Verdringung losgelassen. Da aber nun einmal Herr Götze den vielenfajten Leidhinn beging, festgefalle Tagelachen in unüberlegter Weise abzutreiben, sehe ich mich veranlaßt, Herrn Götze ein wenig in die Blicklichkeit zurückzurufen.

Zu 1 weist die Eintragsliste zu den Landtagswählern die einzigen Namen auf, welche ich auf Veranlassung von Herrn Götze geschrieben habe. Alles übrige erledigt die Staatsanwaltschaft.

Zu 2 ist mir am Sonnabend oder Sonntag von dem Untersekretär gemeldet worden, daß erst 278 unterschrieben hätten. Zu 3 hat Herr Hunger keine Kenntnis von dem Ausschluß ge-

bekam! Der Polizist, den er informiert hatte, bekam auch nichts zu tun. Hätte diese Provokation vielleicht etwas mit dem Vorbemerkung der Hitlerjungen zu tun?

Beim Schloppen kam ich auch in das Haus am Sophienplatz 6 in die 1. Etage zu Herrn Löbner. Ich sagte zu ihm beim Ueberreichen eines Schloppzettels: „Sie haben noch nicht gewählt!“ Er: „Was sein, was's ist!“ (Den Zettel zerrupfend, die Tür schließend): „De Robnl! De robe Wandel! Ah, de robe Wandel!“

Ja, ja. Es gibt noch nationale Wäner! Nachmittags nach 2 Uhr haben sie noch nicht mal ihre Staatsbürgerpflichten erfüllt. Und sie, die immer alles auf die lange Bank schieben, wollen uns Arbeitern Ordnung und Pünktlichkeit beibringen.

Sonst aber freue ich mich immer, wenn ich bei der Arbeit für die Partei einen Idioten treffe.

Anflug an Wahlplakaten.

Uns wird geschrieben: Auch bei der diesmaligen Wahl haben rechtgerichtete Kreise Wahlplakate beschädigt. So wurde z. B. in Lindenau, Rügner Straße, beobachtet, wie sich Schuljungen in verächtlicher Weise an einer Plakatstange zu schäffen machten. Bei der Nachprüfung ergab sich, daß an einem Plakat, das den Stimmsettel darstellen sollte, die Nummern 4, 5 usw. herausgerissen waren. Es konnten also nur die Jungen als Täter in Frage kommen. Ein Straßenbäher, der vorbeikam und hörte, wie ich die Jungen fragte, was sie an der Plakatstange zu tun hätten, sagte, den Wärschens ist schon so etwas zuzutrauen. Dem einen Jungen sein Vater ist der Apotheker von der Friedens-Apothek an der Ecke Gutsmuths- und Karl-Heine-Straße. Der hat, als wir streiften, die Streikenden fotografiert. Durch Zufall wurde mir also bestätigt, was mir auch schon von anderer Seite gesagt worden war, daß der fragliche Apotheker sehr reaktionär eingestellt sei. Als er noch als Gehilfe tätig war, gebärdete er sich radikal, und nachdem er Besitzer der Friedens-Apothek geworden ist, arbeitet er gegen die Interessen der Arbeiter. Anscheinend will dieser Herr Arbeiter in seiner Apotheke nicht sehen. Dem kann ja die Arbeiterkassen des Westens nachkommen. Es gibt ja in Lindenau noch andere Apotheken.

Ein roter Frontkämpfer als Denunziant.

Am Morgen des Wahltag in der vierten Stunde klebten in Großhöfcher zwei unserer Genossen Wahlplakate an. Sie beobachteten, daß hinter ihnen zwei Rote Frontkämpfer die Plakate wieder

Schönlank-Gedächtnisfeier

anlässlich des 25. Todestages Bruno Schönlanks heute Dienstag, dem 2. November, abends 8 Uhr, im großen Saale des Volkshauses. Mitwirkende: Leipziger Duetett, Männer- und Frauenchor Thonberg-Sittlerich, Vorträge von Schönlanks Schriften durch Genossen Loose.

Gedentrede vom Genossen Lipinski.

Eintrittskarten für die Funktionäre werden durch die Bezirksvertreter ausgegeben.

Wo ruft die Pflicht?

Funktionäre.

Mädern. Mittwoch, den 3. November, Handzettel für Freitagverjammung abholen.

Wahren. Morgen Mittwoch, abends 8 Uhr, Funktionärstreffen in der Bibliothek, Leubacher Straße 3.

V-Selberhausen. Donnerstag, den 4. November, abends 1/8 Uhr, wichtige Sitzung in der Krone. Alle haben zu erscheinen.

Alt-Weipitz. Südbesitz. Morgen Mittwoch, den 3. November, abends 1/8 Uhr, wichtige Vorgespräch aller Gruppenführer im Volkshaus, Zimmer 13. Alle müssen ausgehen sein.

Frauen.

Stötteritz. Wir besichtigen morgen Mittwoch die Bundesküche, Treffpunkt 1 Uhr Ecke Güntz- und Papiermühlstraße. Auch unsere arbeitslosen Parteigenossen sind willkommen.

Böhlitz-Chrenberg. Morgen Mittwoch, abends 8 Uhr im Kindergarten Vortrag über: Die schaffende Frau im öffentlichen Leben, Arbeitsgemeinschaft junger Genossinnen.

Reuth. Heute Dienstag abends 8 Uhr, im Vater Jahn Vortrag des Genossen Reinhold Lehmann über: Selbsten, die das Volk verehrt. (Geschichtsbilder)

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Abteilungs II. Jun. Banner-Versammlung am 2. November, abends 8 Uhr, Terrassa Klein höher. - Zug- und Gruppenleiter-Sitzung am 2. November, abends 8 Uhr, Stadt Altenburg.

Mitglieder-Vereinigungen

Stötteritz. Die Kinderbibliothek bleibt diesen Mittwoch geschlossen.

hat, denn sonst hätte Herr Götze sicher erklärt, daß Herr S. schon ausgeschlossen ist. Da das aber nicht der Fall war, hatte Herr Götze nicht den Mut, dies öffentlich zu erklären.

Zu 4 nehme ich an, daß Herr Götze sich selbst lügen strafte, denn Herr Hunger nannte das Gebaren von Herrn Götze einen Schurkenstreich, ihn selbst einen Verräter und Denunzianten, was leider Herr Götze noch nicht „berichtigt“ hat.

Zu 5 habe ich von der Geschäftsstelle ein Schreiben erhalten, worin mir mitgeteilt wurde, daß, wenn ich ein Darlehen von einem Juden nehme, es nicht mehr mit meinem Mandat als St.-M. zu vereinbaren sei und ich die Konsequenzen tragen müßte.

Zu 6 hat Herr Götze mir gesagt: „Jeder muß bei Aufstellung unterschreiben, daß er die Hälfte der Diäten (das sind fünfzig Mark, Herr Götze!) an die Parteikasse abzuführen hat, weil das Geld in erster Linie der Partei gehört.“ Da ich dieses unredliche Ansuchen ablehnte (weil ich schon lange ohne Arbeit bin), hatte ich es mit Herrn Götze und den übrigen Herrschaften verborgen.

Zum Schluß möchte ich nochmals darauf hinweisen, daß in der letzten Mitgliederversammlung am 19. Oktober, die sich mit der Landtagswahl beschäftigte, Herr Götze darauf hinwies, daß die Diäten der Landtagsabgeordneten größtenteils der Partei zugute kommen!

Aus Vorstehendem können sich die Leser ein kleines Bild machen, was an der Berichtigung des Herrn Oberpostsekretärs Götze ist.

Ich erkläre, daß die völkische Bewegung von Götzes Gnaden wohl die Arbeiter als Jugumittel und Stimmvieh gebrauchen will, aber niemals zulassen wird, daß Arbeiterinteressen von Arbeitern vertreten werden.

Die Erkenntnis des bisherigen völkischen Stadtverordneten Matthes ist immerhin erfreulich, daß Arbeiter bei den Völkischen keine Arbeiterinteressen vertreten und daß völkische Führer vom Schlosse des Herrn Götze nur um ihrer eignen Person und ihrer eigenen und kapitalistischen Interessen willen Arbeiterwähler zu führen versuchen. Solche Sumpfbüchsen, wie sie Herr Götze und seine Partei sind, müssen verschwinden. Dazu haben die Wähler am 14. November bei der Stadtverordnetenwahl Gelegenheit, indem sie ihre Stimme der Sozialdemokratischen Partei geben.

W. M. A. H. 2.

Der Fall Schütze.

Zu der am Sonnabend im Anschluß an unsere Mitteilung über den Fall Schütze abgedruckten Erklärung des Verkehrsverbundes erhalten wir folgende Berichtigung:

In der L. V. vom 30. Oktober wird in einer Fußnote des Deutschen Verkehrsverbundes überhaupt, Schütze hätte die Verwaltung der Sterbefasse von mir übernommen. Diese Behauptung ist un wahr. Wahr ist, daß ich die Verwaltung der Sterbefasse niemals geleitet habe.

Dito Herrmann, Leipzig-Mädern, Halleische Str. 210.

Hierzu wird uns mitgeteilt, daß mehrere Mitglieder des Verkehrsverbundes behaupten und bereit sind, ihre Behauptung eidesstattlich zu erklären, daß im Jahre 1923, als die Sterbefasse nur für freigewerkschaftliche Arbeiter des Betriebes bestand, sie als Beiratsmitglieder auch die fälligen Sterbefassenbeiträge mit zu leisten hatten und diese dann stets an den Betriebsratsvorsitzenden Otto Herrmann abgeliefert haben. Sie sind mehrmals Zeuge gewesen, daß Herrmann Sterbefasse an die betreffenden Empfänger ausgehändigt hat.

Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten Mittwoch, den 3. November, abends 8 Uhr. - Tagesordnung: 1. a) Reisausschuss für das höhere Schulwesen usw. (Einspruch), b) Fortbildungsgesänge für Lehrer. 2. Entscheidung des Beschwerdeausschusses beim Landes-Volkshaus und Jugendamt wegen der Wahl der Hilfsorgane. 3. a) Kindergärten, b) Antrag wegen der Sozial- und Kleinrentner. 4. a) Beteiligung an der Deutschen Luft-Hanfa Aktiengesellschaft usw., b) Unterstützung eines Vereines für Luftfahrt und Flugwesen, c) Anwendung der Steuerermäßigungs-Paragrafen. Gegebenenfalls: 5. a) Begründung von Beamtenstellen bei der Straßenreinigung, b) Mindestlohn bei der Hebammen usw. 6. a) Ortsrat über städtische Schulbeiräte, b) Erziehungsbeiräte. 7. a) 44. Volksschule (Doppelseite), b) Krankenhaus zu St. Jakob (Kaiserwohnung, Abortanlagen im Roten Hause), c) Radfahrweg in einer Straße der Delitzscher Landstraße, d) Zitauer Straße, e) Land in Erdfeld. 8. a) Einbau eines Schulaufstades in der 50. Volksschule (Einspruch), b) Flech- und Schlachthof (Schukbad am Fleischgroßhandelsgebäude, Trockenraum im Tafelmelzgebäude, Gebäuden), c) Zentralmarkthalle (Laden-einbau, Gebäuden), d) Umbau von Straßenbahnwagen usw., e) Rinderfährstraße der Straßenbahn, f) Verkehrsverbindung mit Leipzig-Mädern, g) Verkehrsmittel nach den Wenerischen Häusern in Leipzig-Kleinjochow, h) Fußverkehr auf der östlichen Seite des Peterssteinwegs. 9. a) Vergütungssteuer, b) Ermächtigung und Vorrichtung von Räumen für die Steuerbehörde und das Standesamt in Leipzig-Gohlis.

Kurse des W.B. Wir machen nochmals auf unsere Kurse aufmerksam, die am Montag, dem 8. November, beginnen. Anmeldungen im W.B. oder bei Kursusbeginn. Gebühr 150 Mark. Erwerbsscheit frei.

Strassenperzierung. Vom Montag, dem 1. November, ab ist auf etwa eine Woche die Delitzscher Straße zwischen dem Delitzscher Markt und der Mothesstraße für den durchgehenden Fahrzeugverkehr in beiden Richtungen gesperrt worden. Es werden dort Schleifenbauarbeiten vorgenommen. Umleitung erfolgt durch die Gräse- und Mothesstraße. Der Strassenbahnverkehr wird nach beiden Richtungen aufrechterhalten.

Religionsgenossenschaft (Ortsgruppe der Friedensgesellschaft). Dienstag, den 2. November, abends 8 Uhr, Monatsversammlung in Schlegers Restaurant. Bericht über die Hauptversammlung der D.F.G. Vortrag: „Brauchen wir Kolonien?“ Gäste willkommen.

Revanschiererei oder Volkspolizei? - Unsere Reichswehr. Ueber diese aktuellen Themen sprechen im Auftrage des Kriegsgegnerbundes Leipzig die bekannten Redner Volkspolizei-Oberst a. D. Dr. Schühlinger und Gerhart Seger, der Generalsekretär der Deutschen Friedensgesellschaft, in einer öffentlichen Versammlung am Freitag, dem 10. November. Thema und Redner verheißen einen hochinteressanten Abend. Näheres wird noch bekanntgegeben.

Freibankverkauf der Freibank. Freibank I: 251 bis 1850, Freibank II: 3301 bis 4250, 1 bis 250. Ab 11 Uhr freier Verkauf.

Polizeinachrichten

Kuhleier Verkauf der Landtagswahlbewegung. Die Landtagswahlbewegung ist ohne nennenswerte Zwischenfälle vor sich gegangen. Nur in ganz vereinzelten Fällen machte sich polizeiliches Einschreiten notwendig, doch handelte es sich dabei nur um unbedeutende Vorkommnisse. Die durchschnittlich schwach besuchten ca. 80 öffentlichen Wahlerversammlungen und die Umzüge und Werbefahrten verliefen ebenfalls ohne Störungen. Am Wahltag selber sind Vorfälle nicht zu verzeichnen.

Warnung vor einem Schwindler. Durch die Kriminalpolizei Magdeburg wird gewarnt vor einem angeblichen Dietrich v. Seiditz alias Fritz Freiher v. Seiditz - alias Fritz Freiher von Bitt. der sich als ehemaliger Oberleutnant des Reg. Altk. Nr. 1 ausgibt, und sich bei Behörden Unterstützung ersucht. Dabei bietet er sich an, irreführende Angaben in politischen Angelegenheiten und solche, wie sie in Spielclubs vorkommen, anzugeben. Bei seinem Auftreten lasse man ihn fernhalten.

Durch die 10.000-Volt-Spannung schwer verletzt. Am 31. Oktober vormittags ist im Elektrizitätsunterwerk Raundörschen ein 22-jähriger Monteur der 10.000-Volt-Spannung führenden Leitung zu nahe gekommen, wobei er sich schwere Verbrennungen des rechten Armes und des Kopfes zuzog. Man fand ihn bewusstlos auf dem Fußboden liegend. Er fand Aufnahme im Krankenhaus St. Jakob.

Steuerkalender für November.

Ausgleichende!		Aufbewahren!	
Seit	Steuerart	Stabstelle	Anmerkungen
1.	Einkommensteuer	Städt. Steuerbediensteten	2. Hälfte der Jahressteuer
1.	Steuern für Gewerbesteuer, Grundsteuer, etc.	Städt. Steuerbediensteten	2. Hälfte der Jahressteuer
8.	Steuern für Gewerbesteuer, Grundsteuer, etc.	Binnengam	ausgleichende Einzahlung der Einkommensteuer für Oktober 1923 von den Eigentümern bezahlter Grundsteuer, 40 % des Einkommens für einen Monat
8.	Grundsteuer	Städt. Steuerbediensteten	für geleistetem Verfall, Verfallleistungen haben ununterbrochen bezogene Gewinne innerhalb drei Tagen nach Empfang zu leisten für die zweite Oktoberhälfte, wenn nicht anders vereinbart
8.	Vergütungssteuer für ständige Besoldungen	Steuerebene 4 B. November, mäßig 10. Binn. 84	Voranmeldung und Vorauszahlung der Monatssteuer
10.	Umsatzsteuer	Binnengam	Einzahlung der Vorauszahlung für Oktober 1923 von Steuerpflichtigen, die zum Abschluß der Abrechnung verpflichtet sind.
10.	Erbschaftsteuer	Binnengam Leipzig-Mitte, Zimmer 34	Hälfte der nach dem letzten Steuerjahr festgesetzten Jahressteuer
15.	Abrechnungssteuer	Binnengam Leipzig-Mitte	10% vorstehend.
15.	Verkehrssteuer	Binnengam	In Höhe eines Viertel der nach dem letzten Vermögensverzeichnis festgesetzten Verkehrssteuer. Steuerpflichtigen sind die Hälfte der Jahressteuer
15.	Zugerechnungsgebühren	Städt. Steuerbediensteten	von den Eigentümern bezahlter Grundsteuer: 10 % W. für je 100 M. Wert Grundsteuer
15.	Straßenreinigungsgelder	Städt. Steuerbediensteten	von den Eigentümern bezahlter Grundsteuer: 40 % W. für je 100 M. Wert Grundsteuer
15.	Schuldenbeitrag industrieller und gewerblicher Anlagen	Städt. Steuerbediensteten	der zu zahlende Betrag tritt dem Städt. Steueramt durch Zahlung bekannt gegeben
15.	Steuerabzug vom Arbeitslohn	Binnengam	Bezüge unter 100 M. W. brauchen erst mit dem am 20. des Monats 1923 zu werden, Beträge und dem der Gesamtbeitrag 100 M. W. nicht übersteigt, erst am 5. des folgenden Monats abgeführt zu werden
20.	Vergütungssteuer für ständige Besoldungen	Steuerebene 4 B. November, mäßig 10. Binn. 84	für die erste Novemberhälfte, wenn nicht anders vereinbart
25.	Steuerabzug vom Arbeitslohn	Binnengam	Bezüge unter 100 M. W. brauchen erst mit dem am 20. des Monats 1923 zu werden, Beträge und dem der Gesamtbeitrag 100 M. W. nicht übersteigt, erst am 5. des folgenden Monats abgeführt zu werden

Wenn die Zahlungen innerhalb der auf den Abrechnung folgenden Woche - der Schenkung - geleistet werden, sind keine Vergütungssätze zu entrichten. Für die Zahlung der Steuerabzüge vom Arbeitslohn und der Besoldungssteuer bestehen keine Schenkungen.

Verzeichnis, Bank- und Telegraphenverbindungen der Binnengamter und des Städt. Steueramtes.
Binnengam Leipzig-Mitte: Volkshausstr. 14 188, Girokonto Leipzig Nr. 3000, Reichsbankgirokonto, Telefon Nr. 72351.
Binnengam Leipzig-Gohlis: Volkshausstr. Nr. 894, Girokonto Leipzig Nr. 335, Reichsbankgirokonto, Telefon Nr. 24 811.
Binnengam Leipzig-Alt: Volkshausstr. Nr. 67 088, Girokonto Leipzig Nr. 355, Reichsbankgirokonto, Telefon Nr. 72 852.
Binnengam Leipzig-Mädern: Volkshausstr. Nr. 67 009, Girokonto Leipzig Nr. 312, Reichsbankgirokonto, Telefon Nr. 72881.
Binnengam Leipzig-Nord: Volkshausstr. Nr. 6033, Girokonto Leipzig-Gohlis Nr. 15 281, Reichsbankgirokonto, Telefon Nr. 80 227, 88 161, 81 828.
Binnengam Leipzig - Kleinfähr: Volkshausstr. Nr. 63 101, Girokonto Leipzig Nr. 300, Reichsbankgirokonto, Telefon Nr. 72 858.
Städt. Steueramt Leipzig: Schenkstr. Nr. 100 bei der Staatsbank Leipzig, Volkshausstr. Nr. 6718, Schenkstr. bei der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt, Girokonto bei der Reichsbank, Telefon Nr. 70 151.

Sächsische Angelegenheiten

Der Sieg des Kleinbürgertums.

A. G. Wer sind die Sieger vom 31. Oktober? Die große Koalition? Die Volkspartei, die Demokraten, die Bau- und Wirtschaftler? Oder gar die wackelhaften Schwarzweissen, der Reaktion hochste Ritter mit herabgelassenem Wiser: die Deutschnationalen?

Rein und abermals nein! Man suche die Sieger bei diesen nicht und nicht bei jenen. - ja, die Mandate sind schon längst im Wind zerflattert, mit denen vier Jahre lang Sachsens Bevölkerung zu beglücken sie mit Sicherheit wählten. Und so sollen sich denn die vermeintlichen Sieger in Illusionen nicht wagen! Illusionen sind wie Bajonette. Man kann sie vor sich her tragen, um sich die Aussicht zu verschaffen auf den eigenen Weg, aber man kann auf ihnen nicht sitzen: das Gewicht jener Zehntausende von Stimmen, die ein Mandat aufwiegt, halten Illusionen nicht aus. Schiebt man aber die Illusionen der eingebildeten Wahlgewinner beiseite, so ist das Bild für das triumphierende Großkapital gar ungünstig und schmerzlich. Der Gewinner sind die, die jetzt daran gehen, den Wünschen und Sehnsüchten der gesellschaftlichen Zwischenschichten, den Rahmen der großen bürgerlichen Parteien durchbrechend, politischen und organisatorischen Ausdruck zu verschaffen. Sie haben nicht nur gewonnen, sie haben - fast möchte man sagen: kampflos - gefiegt. Wie Fische aus dem Boden emporgeschossen, haben sich die Mittelstandsparteien in die vorderste Reihe gedrängt, Mandate erobert, die Positionen der beiden Rechtsparteien und nicht zuletzt der Demokraten erschüttert.

Wer sind sie, die Eindringlinge, wem ebnen sie den Weg? Im politischen Leben kaum eindeutig beschrieben, vertragen sie doch unversehens ihr wirtschaftliches und soziales Gesicht. Es ist das Kleinbürgertum, die Kleingewerbetreibenden, die kleinen Rentner, die unteren Angestellten und Beamten; es ist der Mittelstand, die von der Inflation geschädigten ausgedienten Offiziere, Oberlehrer, „besseren“ Angestellten, pensionierten Beamten, Bestzer wertloser Staatsrenten und Kriegsanleihepapiere, Leute mit einst gesichertem Einkommen, sei es aus erworbenen Pensionsansprüchen, sei es aus zusammengetragenem Kapital; es ist die bunt zusammengepackte Schicht der Aufwertungsgeschädigten, jener Erwerbsunfähigen aus den verschiedensten sozialen Positionen, aus den mannigfaltigsten Kreisen des gesellschaftlichen Ganzen, für die die Inflation den Ruin, die Aufwertung das Ende aller Hoffnung bedeutete: das sind die sozialen Gebilde, die am Tage der Wahl dem Großkapital keine ungetriebene Freude bereitet haben. Schwer zu erraten ist es freilich nicht, warum diese wahrhaftig nicht kapitalistischen Existenzen, bis vor kurzem das treueste und anspruchloseste Stimmvieh der bürgerlichen, namentlich der beiden Rechtsparteien, sich zur Fährtenstucht entschließen.

Sie, die doch im Kapitalismus beständig zwischen den Mühlsteinen der großen Gesellschaftsklassen, der Arbeiter und der Kapitalisten, zerrieben werden, die heute in die Bourgeoisie hinaufkrühen, „was Besseres“ werden, um morgen ins tiefste Elend herabzufallen, dem Schicksal des Lumpenproletariats anheimzufallen, - sie klammern sich mit den letzten Kräften an den Rest ihres gesellschaftlichen Glanzes, ihrer bürgerlichen Existenz, sie halten fest an dem kümmerlichen Schein eines „Kantabergemägen“ Daseins und sie sehen ihren letzten Lebensinhalt in der Hoffnung auf die Wiederkehr der „guten alten Zeit“. Die bürgerlichen Parteien haben diese Schichten schon im Hochflieger der Inflation, im Papierjahre 1923, bitter enttäuscht. Und was im Kleinbürgertum, im herabstufenden Mittelstand nur noch etwas Lebensmut, etwas (wenn auch fanatisch-verbissenen-borniert) Aktivität und etwas Ehrgeiz befaß, das krümte in Scharen den Kopfstein der neuen Heilslehre zu: den Völkischen, die die Enttäuschung am Kapitalismus mit der Sehnsucht nach dem „guten alten“ Kapitalismus so vortrefflich zu verbinden verstanden. Die nationalsozialistischen Landtagsmandate sind jener Irrungen und Wirrungen recht hoffnungslos ausläufer.

Indes sind jene kümmerlichen Zeiten vorbei. Mit den wirtschaftlichen Umwälzungen der Stabilisierungsperiode veränderte sich auch der Inflationenkampf verzerrtes politisches Gesicht. Traditionelle Ware gewann an Ansehen, die alten Rechtsparteien konnten - namentlich nach der geschickten Aufwertungsdemagogie des Winters 1924/25 - über mangelnden Zukunft nicht klagen. Die gestaltlose Kleinbürgertum schien wieder in ruhiges kapitalistisches Fahrwasser zu geraten. Doch schon der Volksscheid gab zu denken; die althergebrachte monarchistische Ideologie schlug nicht mehr durch, die politische Autorität der kapitalistischen Parteien kam ins Wanken.

Und nun die Sachsen wählen! Kein Zweifel ist möglich: Ueber Nacht sind zwei neue Parteien mit drei- bis vierhunderttausend Stimmen, mit 14 Mandaten entstanden, mit neuen Männern, mit neuer Organisation. Eine beachtliche Scheidung hat sich im bürgerlichen Lager vollzogen: der Kleinbürger, der Mittelständler rebelliert.

Wer da keine Scheuklappen vor den Augen hat, sieht es deutlich: der Bau der kapitalistischen Herrschaft über Gehirne und Gemüter des Kleinbürgertums zeigt Risse, der Baum scheint gebrochen. Die gesellschaftlichen Zwischenschichten, die sich ihrer Lebenslage und ihrer Stellung im Produktionsprozeß noch immer mehr und mehr der Arbeiterklasse nähern, haben den Parteien des monarchistischen, des „realrepublikanischen“ und auch des demokratischen Großkapitals zu einem erheblichen Teil ihre Gefolgschaft gekündigt. Eine Bresche ist geschlagen, die Festung muß erobert werden.

Das lehrt der Wahlausgang: die proletarische Front steht und behauptet sich; doch die Front des Kapitals in uns weicht schwache, überempfindliche Stellen auf.

Und diese Tatsache erklärt auch ein anderes. Das gesamte Kleinbürgertum ist durch die wirtschaftlichen Umwälzungen des letzten Jahrzehnts in Gärung veretzt worden. Von dem einen Ufer hat es sich losgelöst und am andern ist es nicht ge-



In jeder Küche sind MAGGI'S Suppen-Würfel geschätzt, weil man daraus auf einfachste Weise schnell und bequem nahrhafte, wohlschmeckende Suppen herstellt. Mehr als 20 Sorten. - 1 Würfel gibt 2 Teller Suppe und kostet nur 13 Pfg. - Verlangen Sie bitte ausdrücklich **MAGGI'S Suppen-Würfel**

landet. In der gewitterschwülen Atmosphäre des Heute vermag es auch weder hier noch dort einen festen Halt zu finden. Es schwankt, es stolpert, es wagt sich vor und scheut wieder zurück. Und es reißt auch jene mit, die die Welle der Ereignisse bereits ins proletarische Lager getrieben. Auch sie werden schwankend, die alte Gedankenwelt der bürgerlichen Schlagworte vom Staatswohl und der Volksgemeinschaft und dem schädlichen Klassenkampf tritt neuerlich in ihre Rechte, Konfusion und Verwirrung bemächtigt sich der armen Seelen, die aus kleinbürgerlicher Kirchturnwelt hineingeschlittert sind in die Welt der Sozialdemokratie, — und, ehe man sich dessen versehen, ist das Unheil da. Kapitalistische Gedankenwelt erhebt frech und schamlos ihr Haupt in unseren Reihen, Parteibeschlüsse, Disziplin, Sozialismus gelten nichts mehr, der wildgewordene Spielbürger färbt seine Wildheit „national“. Das — nichts anderes — die Naturgeschichte des Verrats der Dreißig und Zwanzig in Sachsen.

Und die Fraktion? Die Kräfte der Arbeiterklasse werden zerplittert, die sozialistische Schularbeit, die auch ohnehin unter den Nachwirkungen der Umwälzungsepoche gelitten hat, wird schwer geschädigt, die gesamte Kraft der Sozialdemokratie für die Ausschreibung der Giftstoffe aus dem eigenen Körper beansprucht, und jenes nach Hunderttausenden zählende Heer des Kleinbürgertums, das sich vom Kapitalismus eben loszulösen beginnt, bleibt sich selbst, d. h. erneuter Einwirkung der kapitalistischen Infektion, überlassen. Der Erfolg? Ein Wahlsieg des gestaltlosen, politisch schwankenden Kleinbürgertums, — ein Wahlsieg, der der unrige hätte werden können. Noch kein Sieg des Kapitalismus; noch nicht. Aber ein Sieg des Kapitalismus in dem Augenblick, wo zum zweiten Male kleinbürgerliche Tendenzen in unseren Reihen zum Durchbruch, zum zweiten Male Träger „realpolitischer“, „staatspolitischer“ und ähnlicher kapitalistischer Gesinnungen zu Einfluß gelangen sollten.

Wahlausfall und Regierungsbildung.

Die Presse ist voll von Rechenergebnissen über den Wahlausgang. Charakteristisch ist, daß die bürgerliche Presse zu dem Wahlergebnis mit sehr gemäßigten Gefühlen Stellung nimmt. Nur der Volksstaat, das Organ der vier, die ehemals dreißig und zwanzig waren, ist mit dem Wahlausgang zufrieden. Er tut wenigstens so und versucht, seinen Lesern glaubhaft zu machen, daß die Dreißig und Zwanzig einen großen Erfolg erzielt hätten. Der Zweck der Werbung ist, die Anhänger der Altsozialisten über ihren katastrophalen Zusammenbruch hinwegzutäuschen und sie auch nach der Wahl bei der Stange zu halten.

Der Wahlausfall gibt den Rechenkünstlern die beste Gelegenheit, sich nach Herzenslust zu betätigen. Hinter den Rechenkunststücken verbirgt sich aber nichts anderes als die Verlegenheit, mit der die Bürgerlichen dem Wahlausgang gegenüberstehen. All diese Rechenkunststücke ergeben aber mit Sicherheit: Es geht nicht mit einer Regierungsbildung nach rechts, es geht nicht nach links, es geht auch nicht nach der Mitte. Wie stark die Verlegenheit der Bürgerlichen ist, geht daraus hervor, daß der demokratische Zeitungsdiener allen Erstes die Meinung vertritt, die Wirtschaftspartei — die ganze zehn Abgeordnete zählt — müßte die Regierungsbildung übernehmen. Dieses Verlegenheitsgerede beweist nur, wie recht wir hatten, als wir gestern darauf hinwiesen, daß die „Sieger“ an dem Wahlausgang recht wenig Freude haben werden.

Die bisherigen Regierungsparteien sind so zusammengedrückt worden, daß ihnen das Wiederkommen in die Regierung von selbst vergeht. Eine sichere Mehrheit für eine bürgerliche Regierung wäre nur dann möglich, wenn die Front von Bethke bis Tittmann und v. Müde geschlossen würde. Bethke würde schon mitmachen, ob aber Tittmann mittut? Von einer großen Koalition unter Mitbeteiligung der Sozialdemokratie kann selbstverständlich erst recht keine Rede sein. Eine sozialistische Minderheitsregierung ist durch die Zerstörung der proletarischen Landtagsmehrheit unmöglich geworden — die Regierungsbildung ist also zunächst noch recht rätselhaft.

Zunächst müßte der Versuch unternommen werden, eine sozialistische Minderheitsregierung zu bilden. Da die Sozialdemokratie mit ihren 31 Mandaten die stärkste Partei im Landtage ist, läßt sie auch zuerst für die Regierungsbildung in Frage. Ob sich freilich eine solche sozialistische Regierungsbildung ermöglichen läßt, ist eine andere Frage. Sie würde wahrscheinlich auch bei ihrer Arbeit ungeheure Schwierigkeiten bekommen.

Webrigens scheint es von vornherein fragwürdig, daß eine sozialistische Minderheitsregierung gebildet werden könnte, denn nach der sächsischen Verfassung wird der Ministerpräsident bei Anwesenheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Abgeordneten gewählt. Sind bei der Abstimmung nicht zwei Drittel der gesetzlichen Zahl der Abgeordneten anwesend, so ist die Wahl in der nächsten Sitzung ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden vorzunehmen. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhalten hat.

Die sächsische Parteipresse zum Wahlausgang.

Vollstimmte Chemnitz.

„Was nun? Es wird nicht an gutem Ratsschlag von verschiedenen Seiten fehlen. Es wird nicht an Politikern mangeln, die zahlenmäßig feststellen, daß Sachsen rot geblieben ist. Sie werden die vier Stühle der „Alten Sozialdemokratischen Partei“ den 45 Sitzen von Sozialdemokraten und Kommunisten hinzurechnen, um zu diesem Ergebnis zu kommen.“

Es ist nicht Sache der sächsischen Sozialdemokratie, sich Illusionen hinzugeben. Die Partei der Dreißig und Zwanzig ist viel mehr nationalsozialistisch als sozialistisch-proletarisch. Mit ihr kann es in Sachsen keine Gemeinschaft geben. Eine sozialistische Minderheitsregierung mit Unterstützung der Kommunisten, unter Einrechnung dieser 4 Mandate — daran denkt hier kein Mensch.

Diese vier Mandatsträger rechnen zum Bürgertum, und es ist ihre und dessen Aufgabe, den Kaufpreis für eine Unterstützung oder Beteiligung an Bürgerblut zu bestimmen. Die Haltung der sächsischen Sozialdemokratie ist durch die Erfahrungen der Vergangenheit so eindeutig bestimmt, daß jede Kombination, die über die Dreißig und Zwanzig hinweg eine Brücke zum Bürgertum schlagen will, eitel Phantasie ist.

Durch diese klare Scheidung wird der Wirtswort in Sachsen bis

zur nächsten Wahl beseligt werden. Die Wahl vom 31. Oktober ist der Anfang zu konsolidierten Verhältnissen im Sachsenland.“

Vollzeitung Plauen.

„Was soll nun werden? Wenn man das Kunststück fertig bringt, die vier MSP-Deute mit zu den Sozialisten zu rechnen, gibt es im neuen Landtag wieder eine proletarische Mehrheit. Es ist dann das Verhältnis von vor 1922 wieder hergestellt, es gleichfalls 40 sozialistische Abgeordnete 47 bürgerlichen Abgeordneten gegenüberstehen. Das war jene Zeit, wo unter einer rein sozialdemokratischen Regierung fortschrittliche sozialistische und republikanische Aufbaubarbeit geleistet worden ist, die Sachsen mit Recht in den Ruf des fortschrittlichsten Staates gebracht hat. Diese Politik wäre auch im neuen Landtag möglich, wenn nicht die vier Heberläufer der 23 norhanden wären, die bereits erklärt haben, daß sie keine Regierung unterstützen, die irgendwie von den Kommunisten getragen wird oder abhängig ist. Die Dreißig und Zwanzig bilden tatsächlich das Jünglein an der Waage und es unterliegt heute schon keinem Zweifel, daß sich ihr Gewicht auf der Waagschale der Reaktion geltend machen wird. Die Koalition von den Deutschnationalen bis zur MSP, steht in sicherer Aussicht. Wir beneiden die Herren Bethke und Wirth nicht um ihre Rolle. Ihr Weg läuft mit eiserner Konsequenz in die schlimmste Reaktion. Sie können nicht mehr zurück, denn auch hier heißt es wie im Faust: „Das erste steht uns frei, beim zweiten sind wir Aeneid.“

Die sozialdemokratische Fraktion ist auch im neuen Landtag stark genug, um eine kräftige, und wie ausdrücklich betont sei, fruchtbarere Opposition zu treiben. Die Räume der Reaktion werden trotz Bethke-Wälder und Wirth nicht in den Himmel wachsen.“

Vollblatt Zwickau.

„Im November noch, spätestens am 30. Tage nach der Wahl, muß der neu gewählte Landtag zusammentreten. Bis dahin muß verhandelt werden, eine neue Regierung zu bilden. Bei den ungeklärten Mehrheitsverhältnissen wird das nicht so leicht sein. Wir stehen auch nach dem Ausgang dieser Wahl auf dem Standpunkt, daß in Sachsen zunächst der Versuch gemacht werden muß, eine rein sozialdemokratische Regierung zu bilden. Die Kommunisten allerdings haben schon vor der Wahl erklärt, daß sie eine sozialdemokratische Minderheitsregierung nicht unterstützen werden, wenn diese zu gleicher Zeit die Unterstützung der MSPS benötigt. Ebenso teilt jetzt der Sozialdemokratische Pressediener mit, daß ihm von „maßgebender Seite der MSPS am Sonntag erklärt wurde, daß die MSPS unter keinen Umständen eine Regierung unterstützen werde, die gleichzeitig auf die SPD angewiesen ist.“

Reichstagsabgeordneter Dr. Hertz Stadtv.-Vizevorsteher Fritz Seger

sprechen am Freitag, den 5. November im Volkshaus über:

Finanzpolitik u. Gemeinden

Wähler und Wählerinnen! Gestaltet diese Versammlung zu einer wuchtigen Kundgebung des Leipziger Proletariats für eine sozialdemokratische Kommunalpolitik.

SPD. Groß-Leipzig.

Dresdner Volkszeitung.

„Die Erfolge der Alten Sozialdemokratischen Partei Sachsens bleiben weit hinter dem zurück, was diese Partei erwartete. Die Herren von den Alten Sozialdemokratischen Partei hatten große Trauben im Kopf.“

Der einzige bedeutende Erfolg, den die Alte Sozialdemokratische Partei erzielt hat, ist die Zerstückelung der proletarischen Mehrheit, denn die MSPS kann als proletarische Partei nicht mehr angesehen werden. Die Leute um Bud und Bethke können stolz darauf sein, daß sie der Reaktion diesen Dienst geleistet haben.

Darüber, wie die künftige Regierung Sachsens aussehen wird, läßt sich zur Zeit kaum etwas sagen. Obgleich unter den 40 Abgeordneten des Landtags 40 sind, die sich sozialistisch nennen, kann von einer sozialistischen Mehrheit in Sachsen nicht mehr die Rede sein, denn es ist praktisch ausgeschlossen, daß eine Regierung zustande kommen könnte, die sich auf die Alte Sozialdemokratische Partei Sachsens, die Sozialdemokratische Partei und die Kommunisten stützt.“

Volkszeitung für die Oberlausitz.

„Nie wieder Sowjetfaschismus“ war die bürgerliche Wahlparole in diesem Kampfe. Da Sowjetfaschismus eine freie Erfindung der „nationalen“ Wahlparole war, wäre es zwecklos, auseinanderzusetzen, wie weit diese kindliche Parole Erfolg oder Mißerfolg gehabt hat. Es ist keine „proletarische Mehrheit“, da es ist aber auch kein Bürgerblut da, es sei denn, man bekommt das Kunststück fertig, aus den selbststammigen und gegenseitlichen Substanzen einen Budding anzurichten. Was möglich erscheint, wenn auch nur als schwache Möglichkeit, ist eine Minderheitsregierung in irgendeiner Form. Aber sie wird in keinem Falle ohne die Sozialdemokratie als die ausschlaggebende und tonangebende Partei möglich sein.

Meißner Volkszeitung.

„Die Frage taucht nun auf: Wird es möglich sein, die zahlenmäßig vorhandene proletarische Mehrheit im Landtage auch in der neuen Regierung zum Ausdruck zu bringen. Nahe liegt der Gedanke, daß Sozialdemokraten und Altsozialisten eine sozialistische Minderheitsregierung bilden könnten, die allerdings auf die Unterstützung der Kommunisten angewiesen wäre. Die Kommunisten haben in ihrem Wahlauftrag, wenn auch verklausuliert, wenn auch unter Vorbehalten, die Unterstützung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung zugesichert. Bei diesem Wort müßte man sie also zunächst halten. Sie müßten, wenn sie den Interessen des Proletariats wirklich ehrlich dienen wollten, eine solche sozialistische Minderheitsregierung nicht nur mit Vorbehalten, nicht nur von Fall zu Fall, sondern definitiv unterstützen. Wenn man dann noch damit rechnen dürfte, daß die fünf Demokraten und der eine Abgeordnete des Zentrums eine solche sozialdemokratische Minderheitsregierung nicht von vornherein bekämpfen, sondern wohlwollende Neutralität schon auf Grund ihres republikanischen Bekenntnisses einer solchen Regierung gegenüber einnehmen, dann wäre in Sachsen die Möglichkeit zu einer ruhigen republikanisch-demokratischen Aufbaubarbeit vorhanden.“

Es ist wohl eine Selbstverständlichkeit und braucht vom Standpunkt eines Sozialdemokraten nicht erst eingehend begründet zu werden, daß die starke bürgerliche Minderheit, die in Sachsen vorhanden ist, beachtet werden muß. Die Sozialdemokratie denkt nicht daran, Bergewaltigungspolitik einer Minderheit gegenüber zu treiben.“

Um so erstaunlicher ist es nun, daß der Sozialdemokratische Pressediener (SPD) in einer Wahlbetrachtung heute in den frühen Vormittagsstunden mitteilen kann, daß ihm von maßgebender Seite der MSPS schon am Sonntag erklärt worden sei, daß die Altsozialisten unter keinen Umständen eine Regierung unterstützen würden, die gleichzeitig auf die Kommunisten angewiesen sei. Es bliebe also zunächst die Große Koalition, die, nach der Meinung des Sozialdemokratischen Pressediener, zahlenmäßig durchaus möglich wäre, wenn sich die Sozialdemokratie daran beteiligen würde. Der Pressediener nennt selbst die Aussichten für eine solche Regierung vorläufig mehr als gering. Er rät auf eine rein bürgerliche Regierung oder ein Koalitionskabinett. Beide könnten aber auch nur durch die Unterstützung der MSPS leben.

Diese Stellungnahme des SPD ist zumindest sehr voreilig, um seinen anderen Ausdruck zu gebrauchen.“

Armen- oder Wohlfahrtspflege.

Eine Ermüdung an den Volksstaat.

Der Volksstaat brachte am Mittwoch voriger Woche eine Kritik meines Aufsatzes über „Armen- oder Wohlfahrtspflege“ in der Leipziger Volkszeitung vom 23. Oktober, die es mir in ihrer Durchsichtigkeit leicht macht, sie hinünftig werden zu lassen. Mir wird vorgeworfen, „wider besseres Wissen“ aus der ungenügenden reichsrechtlichen Regelung der Fürsorge Schlüsse gegen die Koalitionsregierung gezogen zu haben. Demgegenüber ist nur eins festzustellen. In den Erläuterungen zu den Reichsgrundrissen heißt es klipp und klar: „Die bisherige Armenpflege von Reichs wegen zu einer gehobenen Wohlfahrtspflege umzuwandeln, ist dem Reich bei seiner gegenwärtigen Finanznot nicht möglich. Darüber hinauszuwachen, bleibt den Ländern und Fürsorgeverbänden überlassen.“ Diese grundlegende Erklärung hat also den Ländern, auch der sächsischen Regierung, volle Handlungsfreiheit gelassen. Eine Berufung auf die ungenügende reichsrechtliche Regelung kann daher niemals überzeugen. Die logische Folge kann dann doch nur die sein, daß die Verantwortung dafür, daß man in Sachsen bei der Festlegung der Unterstützungssätze nicht über die mangelhafte reichsrechtliche Regelung hinausgekommen ist, die sächsische Regierung trifft. Daß diese noch vor 2½ Jahren versprochen hatte, das gesamte Unterstützungsniveau ganz allgemein auf den Stand einer gehobenen Wohlfahrtspflege zu bringen, können die Herren vom Volksstaat ja in meinem von ihnen kritisierten Wahlauftrag lesen. (Das war zur selben Zeit, als man auch im Reichsrat dafür eintrat.) Auf die wahren Gründe der Nichterfüllung dieses Versprechens wagt der Volksstaat aber nicht einzugehen. Man muß schon „wider besseres Wissen“ handeln, wenn man als wirklicher Kenner der politischen Situation seit dieser Zeit nicht zugeben will, daß hierin die ungeliebte Koalitionspolitik in Sachsen schuld ist.

Der Volksstaat stellt zwei Abhänke aus meinen seitherigen Veröffentlichungen gegenüber, um den Anschein zu erwecken, daß ich in früheren Aufsätzen die Regelung der Unterstützungssätze durch die Bezirksfürsorgeverbände ausgeheißt, jetzt aber verwerfen wolle. Dabei geht der Volksstaat auch hier, wie meistens, um den Kern der ganzen Frage herum. Ich halte vollkommen auch heute noch die Ausführungen in dem angeführten Januarauftrag aufrecht, daß der formale Weg der Regelung der Unterstützungssätze durch die Bezirksfürsorgeverbände im Interesse der Selbstverwaltung und einer individualisierenden Fürsorge der bessere ist. Aber was nützt die beste formale Regelung, wenn nicht die materielle Seite gleichzeitig gesichert ist. Das ist die Kritik, die mein Wahlauftrag übte, und deshalb ist es ein Übel, diesen mit dem vom Januar 1926 zu identifizieren. Ich wiederhole: Die Bezirksfürsorgeverbände hatten nicht die genügenden finanziellen Mittel, um die im Jahre 1924 geplante gehobene Fürsorge für alle Unterstützungsempfänger garantieren zu können. Und das Versäumnis trifft die Koalitionsregierung, die es fertigbrachte, gleichzeitig die Besteueren zu ermäßigen.

Ich setze keinen Wert darauf, daß mein vom Volksstaat lädiertes „menschlischer und journalistischer Anstand“ von diesem wieder hergestellt werde. Wichtiger ist mir der Kampf um die Sache; die Wirkliche und tatkräftige Beseitigung der furchtbaren Not unfer Volks-genossen. Margarete Starckmann-Sunack.

Rundfunkprogramm

Leipzig.

Mittwoch, den 3. November. Wirtschaft. 10 Uhr: Wirtschafts- nachrichten; Volk und Baumwollprelle; amerl. Metallmeldungen des Vorabends. 2.45 Uhr: Baumwolle, Landwirtschaft, Berliner Des Post. 3.25 Uhr: Berliner Devisen amtlich, Berliner Produkten- börse amtlich. 5.15 Uhr: Geschäftliche Mitteilungen fürs Haus bzw. Verkehrspunkt. 6 Uhr: Wirtschaftsnachrichten; Wiederholung von 2.45 und 3.25 Uhr und die laufenden Produktenbörsen, Berliner Butter, Berliner Metalle amtlich, Berliner Sprot. 6.20 Uhr: Fort- setzung für Baumwolle, Londoner Metalle amtlich und Landwirt- schaft und Mitteilungen des Leipziger Reichsanzeigers für Handel und Industrie. 7 Uhr: Geschäftliche Mitteilungen fürs Haus bzw. Ver- kehrspunkt. Unterhaltung und Belehrung. 10.05 Uhr: Verkehrs- punkt, Wetterbericht und Schneebbericht. 10.20 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterbericht. 12 Uhr: Mittagmusik auf der Suptels-Phonola. 12.55 Uhr: Raucener Zeitungen. 1.15 Uhr: Presse- und Wörberbericht. 3-4 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. 3 Uhr: Lektor Mann und Studentrat Friebe! Englisch für Anfänger. 3.35 Uhr: Lektor Mann und Studentrat Friebe! Englisch für Fortgeschrittene. 4.30-6 Uhr: Märchnachmittag für Kinder: Die Himmelfahrt des kleinen Peter. 6.30-6.45 Uhr: Morsekursus. 6.45-7 Uhr: Arbeitsmarktbericht des sächsischen Landesamtes für Arbeitver- mittlung. 7.15-7.45 Uhr: Schriftsteller Walter Steinhauser: „Deutschland, das werdende Filmland der Welt.“ 7.45-8.15 Uhr: Walter Salzmann: „Die Vögel der deutschen Meeresküsten.“ 8.15 Uhr: Wettervorhersage und Zeitangabe. 8.30 Uhr: Volkstüm- liches Orchesterkonzert unter Mitwirkung von Alfred Kage. Das Leipziger Rundfunkorchester. 10 Uhr: Pressebericht und Sportzeit. 10.15 Uhr: Funfbreit. Mitwirkende: Gertrud Weichmann (Kolora- tur Sopran), Carl Ebert (Süddeutscher Humor), Karl Kehler (Hör- res) und das Leipziger Rundfunkorchester.

Versammlungskalender

Dienstag, den 2. November 1926.
Seisungsmonteur u. Helfer. Volkshaus, sofort nach Arbeitschluss.
Mittwoch, den 3. November 1926.
Deutscher Bauernverband, Bauernwerkstatt Bauhilfs- und Tiefbau- arbeiter. Volkshaus, 7 Uhr.
Tageordnungen usw. in vorausgegangenen Interaten ersichtlich.

Volkshaus Leipzig

Spezialgerichte: Heute Pökelschinken mit Merrettlich und Kidney 1.10 Morgen Gefüllte Rindsroulade mit Makkaroni 1.10. — Schlaafkost.

Für Blutarme, für alle die geistig arbeiten und für jeden, der einer Kräftigung bedarf:

zum Frühstück

Knorr Haferflocken



Gute Reklame durch das Inserieren in der Leipziger Volkszeitung bringen Gute Geschäfte

Aus der Umgebung

Außenbahn und Verkehrs-Gesellschaft.

Man hat, veranlaßt durch unsere Anfragen in der Dienstadt, jetzt den Schiler etwas geklärt und gleichzeitig die Dementierung in Bewegung gesetzt. Die Ausführungen der Amtshauptmannschaft in der bürgerlichen Presse können nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß der Vertrag über die neue Verkehrs-Gesellschaft, an der die Energie-Werkegesellschaft und die Außenbahn beteiligt sind, bereits bis zur Unterschrift fertiggestellt ist. Und wenn weiter zur Berücksichtigung der Einwohner darauf hingewiesen wird, daß deren Kapital überwiegend in öffentlichen Hand ist, so fragt man sich ganz unwillkürlich, wie dann eine solche Fortschritt der Außenbahn, die auf die Interessen der wertvollen Bevölkerung so wenig Rücksicht nimmt, möglich ist. Wo blieb, wenn er überhaupt vorhanden war, der Einfluß der öffentlichen Hand in der Frage der Einführung des Stadttarifes für Wahren? Es wäre in der Tat am Platze, daß die Vertreter der öffentlichen Hand einmal erklären, inwiefern sie auf das Verhalten der Außenbahn in der Frage Wahren und hinsichtlich ihrer Fahrpreise Einfluß ausüben in der Lage waren. Daran haben die Einwohner der an den Außenbahnlinien liegenden Gemeinden ein großes Interesse. Ihnen scheint, als ob das Bestehen einer besonderen Gesellschaft verteidigt auf den Fahrpreis wirkt, denn die städtische Straßenbahn erhebt für die Strecke nach Wahren nur einen Zuschlag von 5 Pf., während der billige Außenbahntarif 15 Pf. beträgt. Für die Strecke nach Engelsdorf sind 10 Pf. Zuschlag vereinbart, für eine gleichlange Strecke nach bei der Außenbahn 15 und 20 Pf. Die Einwohner von Wahren und Engelsdorf werden durch den Umfahrtarif an das gesamte städtische Straßennetz angeschlossen, die Außenbahn läßt ihre Fahrpreise trotz der wesentlich höheren Fahrpreise nur bis in das Stadtzentrum. In diesen wenigen Beispielen können sich die Einwohner klarmachen, welche Forderungen die Vertreter zum Beizugsstag stellen müssen, um preiswürdige, die besonderen Verhältnisse der Berufstätigen und den Zug nach dem Lande unterstützende Verkehrsleistungen von der bestehenden Außenbahngesellschaft zu erlangen, die bisher, trotz angelegener Überlegenheit der öffentlichen Interessen, diesen Nachweis nicht erbracht hat. Inwiefern die geplante neue Verkehrs-Gesellschaft die Gewähr für eine solche Verkehrsleistung bieten soll, bleibt Geheimnis ihrer Natur nicht in den Kreisen der Fahrpreise zu suchenden Bevölkerung.

Leibertswitz. Am Mittwoch, dem 3. November 1926, abends 8 Uhr, findet in der Schulanstalt ein Elternabend statt. Herr Lehrer Friedrich wird mit seinen Gesangsgruppen den Eltern Chor-, Solo- und Spieltücht vorführen.

el. Pögnau. Stadtverordneten-Sitzung. Zur Bildung eines Gewerbeversicherungs-Ausschusses wird beschlossen, dem gewählten Einkommensteuer-Ausschuss die Arbeit mit zu übertragen. In der Wohnungssache Guttschubach steht dem Beschluß des Wohnungsausschusses der Ratsbeschlus entgegen. Der Rat steht auf einem ablehnenden Standpunkte; der Ratsbeschlus wird schließlich mit Stimmengleichheit abgelehnt. Der Punkt Kleiderkasse der Polizeibeamten steht wiederum zur Behandlung. Stadtv. Voigtländer erklärt im Namen der kommunistischen Fraktion gegen den Antrag zu stimmen. Der Beschluß, den Polizeibeamten 500 Mark unverzinsliches Darlehen, das nach fünf Jahren getilgt und gemeinschaftliche Haftung anerkennend wird, wird gegen 5 Stimmen der SPD. angenommen. Anders bei der Kleiderkasse des Wirtschaftsinpektors Schramm. Da sprach der Stadtv. Voigtländer gleichfalls dagegen. Stimme aber mit seiner Fraktion bei der Abstimmung dafür. Den Polizeibeamten in niedriger Gehaltsgruppe verweigert man ein Darlehen, einem Beamten in einer höheren Gehaltsstufe bewilligt man glattweg 200 Mark pro Jahr. Das nennt man kommunistische Konsequenz. Oder wollte man aus bestimmten Gründen es mit dem Wirtschaftsin-

spektor nicht verderben? — Der Antrag des Stadtv. Pögnau, den Bürgersteig der Enlauer Straße mit zu pflastern, wird dem Bau-Ausschuss überwiesen. Die Polizeiverordnung über das Blatfahnen wird mit 9 gegen 8 Stimmen angenommen. Die Mieten des neuen städtischen Wohnhauses sind vom Wohnungsausschuss festgelegt worden. Sie bewegen sich von 225 bis 750 Mark pro Jahr. Stadtv. Voigtländer hält die festgesetzten Mieten für zu hoch, obwohl diese auf das denkbar niedrigste Maß gesetzt worden sind. Genosse Michaelis erfaßt den Rat, eine Berechnung der Kosten der Neubauten zu machen, um auf Grund dessen eine möglichst einheitliche Mietzinsfestsetzung vornehmen zu können. Die Mietzinsfestsetzung wird gegen 2 sozialistische und 5 kommunistische Stimmen angenommen. Für die Sozialrentner und Erwerbslosen sollen Brennholz-beihilfen gewährt werden. Die Kosten belaufen sich auf 2050 Mark und werden gegen 1 Stimme bewilligt. Von den Erwerbslosen war ein Antrag eingegangen, wonach jedem Erwerbslosen 3 Zentner

Öffentliche Versammlungen zur Gemeinderatswahl.

Donnerstag, den 4. November, abends 7 Uhr:
Leibertswitz. Auf dem Marktplatz spricht Redakteur Ernst Frenzel. Leipzig

In dieser Versammlung wird über **Die Erfolge sozialistischer Gemeindepolitik** gesprochen.

Darum kommt und urteilt selbst! **SPD. Groß-Leipzig.**

Starkoffen und jede Woche 1 Zentner Feuerung unentgeltlich verabfolgt werden. Der Antrag wird dem Fürsorgeausschuss überwiesen. Zur Volksküche erklärt der Ratsvorsitzende, daß die Zuschüsse zur Volksküche bereits 7200 Mark betragen und weitere Kosten nicht mehr übernommen werden können. Stadtv. Waldapfel erklärt, daß keine Fraktion weiteren Mittelsbewilligungen nicht mehr zustimmen kann. Stadtv. Fiedler stellt den Antrag 2000 Mark für die Volksküche zu bewilligen. Der Antrag Fiedler wird mit 9 Stimmen angenommen.

Spiele, Sport, Körperpflege

Wie sagt man es den Bürokraten?
Von F. Wildung, Berlin.

Manche Bürokraten aus der alten Schule wollen es immer noch nicht begreifen, warum die Arbeiter sich eigene Sportverbände gründen mußten. Politik und Weltanschauung — die letztere ist ihnen überhaupt ganz unverständlich — glauben sie, habe doch nichts mit dem Sport zu tun, Sport sei doch neutral. Die politische Scheidung in Parteien sei wohl ein notwendiges Übel, aber sonst müßte Volksgemeinschaft herrschen; das sei doch jetzt gerade sehr nötig, damit die Wiederaufrichtung unseres Volkes ermöglicht werden könne und so ähnlich. Selbst in den höchsten Regionen der Bürokratie begegnet uns diese Ansicht. Sogar Zentrumsbürokraten teilen

sie. Das ist uns denn doch zu kumm. Wir fragen dementsprechend ganz einfach, warum es denn eine katholische Mitte gibt, warum man denn die katholische Jugend in besonderen Organisationen sammelt, ja sogar eine besondere Sportorganisation, die „Deutsche Jugendkraft“, ins Leben gerufen hat, obwohl doch die politische Betretung der Katholiken, das Zentrum nämlich, un-zweifelhaft eine bürgerliche Partei ist.

Das mit der Weltanschauung hat schon seine Wichtigkeit. Sogar die Deutsche Turnerkrone nahm sie für sich in Anspruch und begründete damit ihren Austritt aus dem Reichsausschuss. Bei ihrem letzten Wiedereintritt ist dieser Punkt trivial dunkel geblieben. Gerade die Deutsche Turnerkrone behauptet stets und mit Recht, daß Turner sein mehr bedeute als Muskelkraft leisten, daß damit eine bestimmte Welt- und Lebensanschauung verbunden sei. Das ist auch unsere Meinung. Arbeiterturner und Arbeiterportler sein, das ist mehr als Leibeskräfte treiben, das ist Kulturstreben im Geiste des Sozialismus. Das ist Hebung des kulturellen Niveaus der Arbeiterklasse, ist Streben nach Überwindung des Minderwertigkeitsgefühls in der Arbeiterklasse. Mit welchem Recht will man uns freistellen machen, was man für sich selbst in Anspruch nimmt? Man mag unsere Weltanschauung für falsch halten, aber man soll uns nicht hindern, nach unserer Hebungszugung zu leben und zu handeln. Wollens in der Demokratie sollte man diese Ansicht haben.

Außer den Gründen, die in der Welt- und Lebensanschauung liegen, sollte die Bureaucratie noch andere anerkennen. Glaubt man denn etwa im Ernst, daß es den bürgerlichen Verbänden möglich gewesen wäre, alle die Schäden des Volkes für die Leibesübungen zu gewinnen, die wir Arbeiterportler gewonnen haben? Wir sind doch an diese Schäden herangelommen, weil wir ihrer sozialen Lage und ihrer politischen Einstellung entgegenkamen. Wir haben aber die Leibesübungen für die proletarischen Schichten erst mit einem Geiste erfüllt, der sie ihnen verlockend erscheinen ließ. Der Sport wäre noch heute in der Arbeiterklasse verpönt, wenn wir ihm nicht die Wege gebahnt hätten; höchstens würden die Proletarierkinder Stoffe bei den Wettkämpfen bilden. Die Sportplatzanlagen von heute resultieren sich dank unserer Kulturarbeit nicht aus der Arbeiterklasse.

Es ist schmerzhaft, daß man heute noch gezwungen ist, der Bureaucratie gegenüber Dinge zu rechtfertigen, die für Menschen, die im öffentlichen Leben stehen, keiner Rechtfertigung mehr bedürfen sollten. Aber wenn man uns jetzt eine Förderung von Einrichtungen ablehnt wie sie unsere neuerbaute Bundeschule ist, dann muß man wohl diesen Herrschaften gegenüber mit dem ABC der Aufklärung beginnen.

Arbeiterturn- und Sportschule. Für alle Übungsstunden (mit Ausnahme der Kinder) findet am Mittwoch, dem 1. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im Lehrsaal der Bundeschule, ein Vortrag statt über „Sport und Herz“. Unsere Schüler sind verpflichtet, diesem Vortrag beiwohnen. — Donnerstag, abends 7 Uhr, Sitzung der Jugendleiter der dem Kartell angeschlossenen Organisationen im Bundeshaus, Fichtestraße 36. Hermann Schubert.

Der Korbball gewinnt immer neue Anhänger. Die französischen Arbeiterportler haben im vergangenen Sommer eine ganze Reihe Mannschaften aus weiblichen und männlichen Sportern aufgestellt, die nunmehr in die Serienspiele um die regionalen und provinziellen Meisterschaften im Korbball eintreten werden. Es handelt sich vorzugsweise um Leichtathleten, die im Sommer sich durch gute Leistungen hervorhaben und nunmehr im Winter des Korbballspiel als Training für die kommende Leichtathletikkampagne benutzen.

Finnische Fußballmeisterschaft. Der Endkampf um die Meisterschaft im Fußball wurde zwischen den Mannschaften des Sportvereins Welfo aus Turku (Åbo) und des Wefa aus Helsinki am Sonntag ausgetragen. Wefa errang die Meisterschaft mit 1:0 (0:0). Das Spiel war sehr lebhaft, die beiden Mannschaften einander gleichwertig.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Der vom Polizeipräsidium Leipzig am 10. November 1910 unter der Listennummer 647 auf den Namen

Karl Edmund Obit

ausgestellte Führerschein für Kraftwagen ist verloren gegangen.

Zur Verhütung von Mißbrauch wird dieser Führerschein hiermit für ungültig erklärt.

Leipzig, am 29. Oktober 1926.

Das Polizeipräsidium.

Verkehrsabteilung.

Bekanntmachung.

Die Zulassungsbekanntmachung für den Personentransport

III 3601

Besitzer Gastwirt Edwin Kühn in Leipzig-Gohlis, Dallische Straße 11, sowie der vom Polizeipräsidium Leipzig unter Listennummer 5419 vom 1. Juli 1921 ausgestellt Kraftwagenführerschein Klasse 3 für den Geschäftsführer

Erwin Wilhelm Walter Kühn

geboren am 13. Oktober 1895 in Leipzig-Gohlis, in Leipzig-Gohlis, Dallische Str. 11, wohnhaft, sind verloren worden.

Zur Verhütung von Mißbrauch wird diese Zulassungsbekanntmachung und der Führerschein hiermit für ungültig erklärt.

Leipzig, den 30. Oktober 1926.

Das Polizeipräsidium.

Verkehrsabteilung.

Um allgemein die Möglichkeit zu geben, die Beteiligung oder Nichtbeteiligung an der Landtagswahl vom 31. Oktober 1926 nachzuprüfen, werden die Wählerlisten für diese Wahl

Donnerstag, den 4. November 1926,

während der Zeit von 8-2 Uhr in der Wandelhalle des Neuen Rathauses — Hauptingang — öffentlich ausgestellt.

Nach der Stadt Leipzig,

1. November 1926.

Die Amtshauptmannschaft.

Leipzig, am 30. Oktober 1926.

Die Amtshauptmannschaft.

Martrankstadt. Öffentl. Stadtverordneten-

Sitzung findet Freitag, den 5. November 1926, abends 8 Uhr im Sitzungssaal, Weibachweg 1, statt.

Tagessordnung hängt im Rathaus aus

Stadtrat Martrankstadt.

Begau.

Zur Prüfung und Freisetzung der Wahlvorschläge für die Stadtverordnetenwahl am 14. November 1926 findet am Mittwoch, dem 3. d. M., nachmittags 4-5 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses öffentliche Sitzung des Wahlausschusses statt.

Begau, am 1. November 1926.

Der Stadtrat.

Moderne und geschmackvolle

Drucksachen

für jeden vorkommenden Bedarf werden schnellstens geliefert. Der neuzeitlich eingerichtete Rotationsbetrieb ist besonders geeignet zur Herstellung von Prospekt- und Malenaufträgen.

Leipzig Buchdruckerei

Wittengellgesellschaft

Taubertstraße 10/21

Famillennachrichten.

Nach langem schweren Leiden verchied am Montag, dem 1. Oktober, vorm. 1/2 Uhr, im Alter von 76 Jahren unser lieber Vater, Schwieger- und Großvater, Herr

Karl Göricke

In tiefem Schmerz

Die Kinder.

Einäscherung Donnerstag, den 4. Oktober, mittags 1 Uhr, auf dem Südfriedhof. Blumenpenden werden dankend abgelehnt.

Die Einäscherung der

Frau MARTHA HÜNIGKE

findet Donnerstag, den 4. 11. 1926, nachmittags 1/3 Uhr von der Kapelle des Südfriedhofes aus, statt.

Dank.

Für die herzliche Teilnahme sowie Blumenpenden beim Hinscheiden unseres lieben Vaters,

Herrn Wilhelm Röder

sagen wir allen Bekannten und Verwandten sowie den lieben Hausbewohnern unseren herzlichsten Dank.

L. Kleinschöber, den 2. November 1926

Die trauernden Hinterbliebenen.

Hefe ist Leben!

VITAMINE BEDEUTEN GESUNDHEIT!

Irving's Hefe Vitamin-Tabletten

„Irving's Yeast-Vite“

Das neue Präparat von hervorragender und schnellster Wirkung zur Nervenstärkung und Blutbildung. Eine Verbindung reiner (90%) Medizinahefe und Vitamine B mit anderen von hervorragenden Spezialärzten verordneten lebenswichtigen Substanzen.

Durch die Hefe wird eine intensive Auffrischung des gesamten Organismus bewirkt. Bei Ermüdung und Erschöpfung, sowie jeder Art nervösen Unbehagens sind die Irving's Hefe Vitamin-Tabletten unentbehrlich. Nehmen Sie 1-2 Tabletten und Sie fühlen sich in wenigen Minuten frisch und arbeitsfähig.

Infolge ihrer chemischen Zusammensetzung sowie ihres Gehalts an Vitaminen, die man direkt als Lebenssubstanzen ansprechen kann, sind Irving's Hefe Vitamin-Tabletten auf Grund der gemachten Erfahrung von besonderer Wirkung zur Verhütung der allgemeinen durch nervöse Erschöpfung hervortretenden Erscheinungen, wie Kopfschmerzen, Neuragie, Verdauungsstörungen, Blähungen, Magen- und Gallenbeschwerden, Depressionen, Schlaflosigkeit usw.; dergl. hat sich das Präparat als hervorragend blutreinigend erwiesen.

Es steht wissenschaftlich fest, daß sich weder Geist noch Körper ohne die nötigen Vitamine in der Nahrung entwickeln können.

Unsere Garantie

Versuchen Sie eine Packung von 20 Tabletten; wenn Sie keine Besserung verspüren, senden Sie die leere Packung mit Angabe der Bezugsquelle an uns. Rückerstattung des bezahlten Betrages nur für die 20er-Packung original postwendend.

Uns sind seit Einführung der Irving's Hefe-Vitamine-Tabletten in England innerhalb von 18 Monaten über 30 000 Gutachten ohne Aufforderung von Verbrauchern der Irving's Hefe-Vitamine-Tabletten zugegangen. Beglaubigte Abschriften stehen jederzeit auf Wunsch zur Verfügung. Bin mit der Erfolge außerordentlich zufrieden. Die Folgen einer mehrmonatigen Überanstrengung und Übermüdung sind sehr gut zurückgegangen.

Nervenarzt Dr. K. Ich bin endlich von Pickeln befreit, zum ersten Male seit zwei Jahren. Ich habe mit Freuden die Feststellung machen können, daß Sie mit Ihrem Mittel wirklich nicht zu viel versprochen haben.

Selt ich Irving's Yeast-Vite-Tabletten gebrauche, hat sich meine Verdauungstätigkeit gehoben und somit mein Allgemeinbefinden. Es ist von allen benutzten Mitteln das erfolgreichste.

Ausgezeichnet in der Wirkung, angenehm zu nehmen sind Irving's Yeast-Vite-Tabletten, die das auf nervöser Grundlage liegende Erschlaffen meiner Darmtätigkeit vollkommen gehoben hat.

Kann Irving's Yeast-Vite-Tabletten mit bestem Gewissen empfehlen, sie haben mir bei Appetitlosigkeit ausgezeichnete Dienste geleistet. Opernsängerin M. R. Ich litt bisher an fürchterlichen Kopfschmerzen, die aber nach dem Gebrauch Ihrer Tabletten völlig verschwunden sind.

Hefe ist Leben! Sie haben recht! Auf Ihre Annonce habe ich einen Versuch mit Irving's Hefe-Vitamine-Tabletten gemacht und bin von dem Ergebnis voll und ganz zufrieden. Ich habe seit Jahren einen ganz miserablen Appetit und schwer mit den Nerven zu kämpfen. Seitdem ich Ihre Tabletten gebrauche, ist schon eine ganz bedeutende Besserung eingetreten.

Verlangen Sie unsere Broschüre!

Den Herren Ärzten und Kliniken stehen Muster unentgeltlich zur Verfügung. Lehnen Sie Nachabnahmen ab, nur echt mit unserm Namenszeichen. In Gläsern von 20, 50, 100, 300 und 700 Stück.

KARBA G. m. b. H., Berlin-Charlottenburg 4, Mommsenstr. 55.

Zu haben in allen Apotheken und falls nicht vorräthig, porto- und spesenfrei durch Versand-Apothek: Auguste-Viktoria-Apothek, Berlin SW 11, Königstraße 52. Bestandteile: Reine Hefe 96% (Vitamine B) 1.32 g, Doppelkohlen-saures Natron 1.02 g, Dimethylamidophenazin 0.9 g, Phenolphthalein 0.12 g, Brom-Natrium 0.4 g f. tab. X